Plenarprotokoll 13/143

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

143. Sitzung

Bonn, Freitag, den 29. November 1996

Inhalt:



(A) (C)

143. Sitzung

Bonn, Freitag, den 29. November 1996

Beginn: 8.30 Uhr

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997

(Haushaltsgesetz 1997)

– Drucksachen 13/5200, 13/5836, 13/6001 bis 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort. Es liegen (B) sechs Entschließungsanträge vor. Ein weiterer Entschließungsantrag ist durch die Koalitionsfraktionen angekündigt worden.

Ich weise darauf hin, daß wir im Anschluß an die Aussprache über das Haushaltsgesetz sowie über einen Entschließungsantrag namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Hans Georg Wagner, SPD.

Hans Georg Wagner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Freude und Genugtuung stelle ich fest, daß Sie, Herr Finanzminister, wieder gesundet und unter uns sind. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, daß Sie wieder hier sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bleibe nicht bis zum Schluß so freundlich.

(Bundesminister Dr. Theodor Waigel: War trotzdem schön!)

– Das war auch ehrlich gemeint, Herr Minister.

Zunächst einmal habe ich als zeitweise amtierender Vorsitzender des Haushaltsausschusses den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Haushaltsausschusses, die uns ertragen müssen, herzlich zu danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Was wir uns selbst verordnen, nämlich nächtens, bis morgens um halb vier, zu tagen, ist ja nicht gerade einfach. Auch die Arbeitsintensität leidet darunter, wie wir gestern an einem bestimmten Punkt schmerzlich erfahren haben.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Wenn andere Leute schlafen, können wir nichts dafür!)

– Wir haben im Gegensatz zu Ihnen nicht geschlafen. Sie schlafen ja, wenn Sie wach sind. Das ist das (D) Schlimme an der ganzen Geschichte, Herr Kollege Dr. Weng.

(Zustimmung bei der SPD und der PDS)

Zumindest erwecken Sie den Eindruck, als ob sie permanent schlafen.

Eines muß ich feststellen: Bedauerlicherweise ist zum erstenmal in der Geschichte des Bundestages der **Haushalt des Bundestages** selber nicht einvernehmlich verabschiedet worden. Die Kürzungsabsichten der Koalition wurden nicht im Berichterstattergespräch vorgetragen. Deshalb konnte der Haushalt nicht einvernehmlich getragen werden. Ich bedauere das außerordentlich und hoffe sehr, daß wir in der nächsten Beratung wieder zu der allgemeinen Regel zurückkehren, zumindest den Haushalt des Bundestages gemeinsam zu tragen.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Die **Verfahrensweise bei der Haushaltsberatung** wird von Jahr zu Jahr hektischer. Die Vorlagen werden am letzten Tag oder sogar in den letzten Minuten oder Sekunden produziert. Die Vorlagen tragen nicht einmal mehr die Überschrift „Arbeitsgruppe Haushalt" der CDU/CSU oder der F.D.P., sondern meistens die Überschrift „Bundesminister der Finanzen". Da weiß man, wo der Antrag eigentlich herkommt. Ich halte das nicht für gut.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hans Georg Wagner

(A) Wenn Sie schon, wie wir ja wissen, die Vorbereitungen für die Koalition treffen, dann sollte man es bitte nicht so offensichtlich machen, daß auf dem Fax nur noch Ihr Absender steht und nicht einmal erkennbar ist, daß die Koalition Antragsteller ist, wie es im Verfahren zum Haushalt eigentlich sein sollte.

(Zuruf von der SPD: Peinlich, peinlich!)

Eine sorgfältigere Aufstellung des Bundeshaushalts erscheint mir jedenfalls dringend notwendig und für die Zukunft unabdingbar; denn angesichts dessen, daß hier über mehr als 400 Milliarden DM entschieden wird, geht es nicht an, daß die Sorgfaltspflicht von Anfang an nicht gewahrt wird.

Ich halte es für verantwortungslos, Herr Minister Waigel, daß man, nachdem der Haushaltsentwurf im Juli beschlossen worden ist, in der Bereinigungssitzung plötzlich feststellt, daß es noch einen Spielraum von 3 Milliarden DM für Einsparungen gibt. Da kann doch irgend etwas nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entweder ist die Vorbereitung nicht so erfolgt, wie sie sein sollte, oder es stimmt irgend etwas in der Haushaltsberatung nicht, oder es ist ein Showgeschäft, bei dem man sagt: Die Koalition hat die Chance, ihren Willen zum Sparen unter Beweis zu stellen, indem versucht wird, in der letzten Sekunde noch etwas herauszuholen. Ich meine, eine sorgfältige Vorbereitung des Bundeshaushalts durch die (B) Bundesregierung wäre das Vernünftigste. Deshalb sollten Sie zu dieser Vernunft zurückkehren.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt des Jahres 1997 hat drei Überschriften: **Schulden, Pleiten, Arbeitslosigkeit.** Mit über 2 Billionen DM hat der Haushalt die größten Schulden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, mit fast 30 000 Pleiten im Jahre 1996 liegen Sie absolut an der Spitze aller Bundesregierungen, was die Pleiten anbelangt, und mit einer Arbeitslosigkeit von weit über 4 Millionen Arbeitslosen liegen Sie auch an der Spitze aller Bundesregierungen.

Die drei Überschriften - Schulden, Pleiten, Arbeitslosigkeit - haben fünf Namen. Für die Schulden stehen Kohl, Waigel, Schäuble, Solms und Gerhardt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Christa Luft [PDS])

Für die Pleiten in Deutschland stehen Kohl, Waigel, Schäuble, Solms und Gerhardt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die Massenarbeitslosigkeit stehen fünf Namen: Kohl, Waigel, Schäuble, Solms und Gerhardt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Das sind diejenigen, die im Zusammenhang mit diesen drei Überschriften genannt werden müssen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In allen Neujahrsansprachen des Bundeskanzlers seit 1983 sagt er mit tiefbetrübter Miene: Meine Damen und Herren! Liebe Landsleute! Die größte Aufgabe des nächsten Jahres ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. - Sehen wir einmal nach 13 Jahren hin, wie das aussieht. Jedes Jahr gibt es 200 000 Menschen mehr, die keine Arbeit haben. Das ist die Bilanz von 13 Jahren Regierung Kohl in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Zurufe von der CDU/CSU und der F.D.P.)

- Da sagen Sie, Frau Kollegin Albowitz, auch noch „Gott sei Dank". Sie scheinen sich um die Arbeitslosen überhaupt nicht zu bekümmern. Bei der F.D.P. und ihrer Klientel kann ich das verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Abg. Ina Albowitz [F.D.P.])

- Sie haben gesagt „Gott sei Dank", als ich davon sprach, daß hohe Arbeitslosigkeit verwerflich ist. Es ist schlimm, mit welchem Zynismus man offenbar mit den Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland umgeht. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS - Ina Albowitz [F.D.P.]: Reden Sie nicht einen solchen Unsinn, Herr Kollege!)

Es ist diese Woche gesagt worden, daß es dringend notwendig sei, eine **europaweite Beschäftigungsoffensive** einzuleiten. Denn vielleicht kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit gemeinsam beseitigt werden und so die Linderung des Schicksals von 18 Millionen Menschen in der Europäischen Union gelingen. Ihre Rezepte haben sich als wirkungslos erwiesen. Sie sind mit Ihrer Politik gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Ihre hilflosen, jammernden Appelle an die Unternehmer bewirken offenbar gar nichts. Sie sind von denen veräppelt oder, wie wir Saarländer sagen, verarscht worden mit Zusagen, die nicht eingehalten werden. Das deutsche Ansehen in aller Welt war stets mit Wirtschaftsführernamen verbunden. Ich erinnere an Herrn Bosch, Herrn Benz, Herrn Siemens und Herrn Dornier, um nur vier beispielhaft zu nennen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hennemann!)

Sie standen in der ganzen Welt für Innovation und Qualität.

Betrachten wir die **Unternehmerpersönlichkeiten,** die es heute in Deutschland gibt. Heute steht derje-

Hans Georg Wagner

(A) nige, der die meisten Arbeitnehmer aus seinem Betrieb hinausgeschmissen hat, an höchster Stelle und genießt höchstes Ansehen. Das ist eine Verkehrung dessen, wie früher Wirtschaftsführer in Deutschland gewirkt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU: Hennemann!)

Günter Ogger hat ein Buch geschrieben: „Nieten in Nadelstreifen". Darin kann man wirklich nachlesen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland im Unternehmerlager Nieten gibt, die nur erfolgreich sind, wenn sie Leute aus den Betrieben hinausschmeißen, statt hier im Lande neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im Laufe der Debatte permanent das Stichwort **Verlagerung von Investitionen ins Ausland** geliefert. Betrachten wir das genau. Es liegt ja der Überblick des Jahres 1995 vor. Wie war es wirklich mit den Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft?

1995 gab einen Kapitalexport in Höhe von fast 48 Milliarden DM und einen Kapitalimport in Höhe von fast 14 Milliarden DM. Die Frage lautet: Wo hat die deutsche Wirtschaft eigentlich investiert? Fast 93 Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen wurden in Ländern wie Amerika, Japan und der Europäischen Union getätigt. In den Ländern, die hier immer als Niedriglohnländer angeführt werden, in die man

(B) investieren müsse und werde – China, die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Entwicklungsländer –, sind nur 5,2 Prozent der Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft getätigt worden. Das heißt, es ist eine große Lüge, wenn hier behauptet wird, man würde Arbeitsplätze in Länder exportieren, die Niedriglöhne zahlen. Man exportiert vielmehr dorthin, wo schon hohe Löhne gezahlt werden: in die USA, nach Japan und in Staaten der Europäischen Union.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich will einmal die vom Statistischen Bundesamt zusammengestellten Investitionen nennen: Die 25,56 Milliarden DM, die im Ausland investiert worden sind, sind meistens Übernahmen von Firmen. Die Firma Hoechst AG hat in den Vereinigten Staaten für 10 Milliarden DM Kaufpreis die Firma Marion Merell übernommen. Das ist also keine Investition, sondern die Übernahme eines Betriebes. ITT Finanzen wurde in Amerika für 3,6 Milliarden DM von der Deutschen Bank übernommen. Die Fresenius AG engagierte sich in den USA mit 3,3 Milliarden DM und die Robert Bosch GmbH ebenfalls in den USA mit 2,4 Milliarden DM, die Dresdner Bank und BASF engagierten sich mit jeweils ungefähr 2 Milliarden DM in England, die Deutsche Telekom Mobilfunk engagierte sich mit 0,82 Milliarden DM in Indonesien, die Bayer AG mit 0,8 Milliarden DM in den USA und die Gehe AG mit 0,58 Milliarden DM in England. Das ergibt die Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft.

(C) **Arbeitsplätze** wurden nirgendwo geschaffen. Im Gegenteil: In der metallverarbeitenden Industrie, in der Deutschland investiert hat, sind in den betroffenen Ländern USA, Japan und Europäische Union von 18,8 Millionen Arbeitsplätzen nur noch 14,8 Millionen Arbeitsplätze übrig. Die deutsche Wirtschaft hat also nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland 4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Stichwort in diesen Tagen war wohl auch die Frage des Beschlusses der SPD vom vergangenen Montag hinsichtlich der **Ausbildungsplatzumlage,** übrigens keine sozialistische Erfindung. Erinnern Sie sich einmal: Als ein Herr Friderichs noch Bundeswirtschaftsminister war, gab es eine solche Umlage bereits. Das Bundesverfassungsgericht hat damals festgestellt, daß eigentlich ein Überangebot von 12,5 Prozent an Ausbildungsplätzen normal und richtig wäre. Bei einem geringeren Überangebot müßte man eine Umlage kassieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Was haben Sie denn eigentlich gegen die Hunderttausenden von Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern, die jedes Jahr redlich ausbilden und denen wir durch diese Umlage finanziell helfen wollen? Was haben Sie gegen den Mittelstand, den Sie doch immer auf Ihre Fahnen geschrieben haben?

(D) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Ich sage als Sozialdemokrat den Hunderttausenden von Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeistern der mittelständigen Wirtschaft danke, die treu und brav ihre Ausbildungsverpflichtungen erfüllen, anders als die Schmarotzer, die die Arbeitnehmer nachher, wenn sie fertig ausgebildet sind, übernehmen und nicht selber ausbilden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kristin Heyne [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie, meine Damen und Herren, machen sich zum Verteidiger dieser Schmarotzer, wie ich sie nenne, die anderen die Ausbildungsplatzkosten aufbürden und selbst nichts tun.

Sie zocken zugunsten von Millionären Millionen von Menschen ab. Das ist eine Politik, die wir nicht mitmachen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ihre Politik – das umschreibt auch den Haushalt 1997 – ist nichts anderes als staatliche Reichtumspflege. So nenne ich Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun noch zu einem Stichwort, das hier immer wieder genannt worden ist. Wenn es um den Abbau von

Hans Georg Wagner

(A) Subventionen geht, fällt Ihnen nichts anderes als die deutsche Steinkohle ein. Dazu muß ich auch als einer, der aus einem betroffenen Land kommt, einmal ein Wort sagen: Wer der **Importkohle** das Wort redet, wie viele von Ihnen das tun, der soll auch öffentlich zugeben, daß er für **Kinderarbeit** ist.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

– Ja, Sie sind zu dumm, um das zu wissen. – In Kolumbien wird die Kohle durch Kinderarbeit gefördert.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nun einmal nachgewiesen. Ich begrüße, daß sich der Bundespräsident in Nepal gegen Kinderarbeit ausgesprochen hat. Sie, die „christlichen" Politiker, sind für Kinderarbeit im Kohlebereich. Das sind Sie mit Ihrer Steinkohlepolitik; lassen Sie sich das gesagt sein.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Um Gottes willen!)

Die weltweite Nachfrage nach Steinkohle ist im Steigen begriffen. Es wäre pure Dummheit, wenn man diese Energie bei uns aufgeben würde. Man hat überhaupt keinen Ersatz an sicherer Energie. Deshalb ist derjenige, der gegen die Steinkohle in Deutschland so polemisiert, wie Sie das schon seit Jahren tun, auch gegen die **Technologie,** die in diesem Bereich entwickelt worden ist und die weltweit (B) Spitze ist. Wer gegen Kraftwerks-, Bergwerks- und Umwelttechnologien aus Deutschland ist, der ist christlicher Demokrat. Daß dies so ist und daß Sie so technikfeindlich sind, tut mir furchtbar leid.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU – Hans Raidel [CDU/CSU]: Sozialmillionär Wagner! – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Hat schlecht geschlafen!)

Auch das Unwesen, das Sie im Forschungshaushalt treiben, führt dazu, daß viele wichtige **Forschungsvorhaben** nicht realisiert werden können, und ist eindeutig gegen die künftige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Wer so technologiefeindlich wie Sie ist, der muß sich fragen lassen, wie er denn die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland überhaupt gestalten will.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU/CSU)

Wir haben in diesen Tagen – so meine ich jedenfalls, und es ist auch in der Presse so dargestellt worden – klare Alternativen entwickelt. Wir haben sie in den Debatten aufgezeigt; hier wird sichtbar, daß dies eine andere Wirtschaftspolitik bedeutet. Wir wollen weg vom Abzocken der Millionen und der Hilfe für die Millionäre

(Beifall der Abg. Ingrid Matthäus-Maier [SPD])

(C) hin zum Umgekehrten: Millionäre abzocken und Millionen helfen. Das ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Hans Raidel [CDU/CSU]: Selbst ein Millionär und schimpft durch die Gegend!)

Sie, Herr Pfarrer Hinze, können sich zu Wort melden, wenn Sie etwas sagen wollen. Ich bin gerne bereit, darauf zu antworten. Mich freut immer, daß ein evangelischer Pfarrer diese berühmte Rolle hier spielt. Dazu muß ich Ihnen allerdings einmal sagen, daß ich als evangelischer Christ manchmal kräftige Schamgefühle habe, daß Sie sich evangelischer Pfarrer nennen dürfen.

(Beifall bei der SPD – Bundesminister Dr. Theodor Waigel: Jetzt reicht es aber! – Hans Raidel [CDU/CSU]: Millionärsozialist Wagner!)

Wir haben die wichtigsten politischen Aufgaben dieser Tage öffentlich mitgeteilt bekommen. In einer Umfrage von Emnid haben sich 86 Prozent der Befragten für den Faktor **Arbeit** als wichtigsten Gegenstand der Politik ausgesprochen. Deshalb unsere Forderung, eine Beschäftigungsoffensive einzuleiten. Mit diesem Haushalt ist das natürlich nicht gelungen. Wir bedauern es außerordentlich.

An zweiter Stelle herrscht bei 66 Prozent der Bevölkerung die Sorge um die **Renten** vor: Auch da haben Sie erheblich zur Verunsicherung beigetragen, in- (D) dem aus Ihren Reihen die Besteuerung von Renten angesprochen wird. Da passiert ein ungeheuerlicher Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei den **Steuern** sind 63 Prozent der Menschen in Deutschland der Auffassung, daß sie ungerecht sind. Deshalb erneut das Angebot an Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Steuerreform bereits im Jahre 1998 und nicht erst 1999 durchzuführen. 61 Prozent haben die **soziale Frage** an die Spitze gestellt; auch in diesem Bereich sind Sie führend im Abbau von sozialen Leistungen.

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß wir auch in dritter Lesung diesem Haushalt und diesem Haushaltsgesetz nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Das ist eine Überraschung!)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat Herr Bundesminister Dr. Waigel.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstmals seit über sieben Jahren als Bundesfinanzminister

(Zuruf von der SPD: Viel zu lange!)

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) konnte ich nicht die ganze Zeit an einer Lesung des Bundeshaushaltes teilnehmen.

(Zuruf von der SPD: Sehr bedauerlich!)

– „Sehr bedauerlich", heißt es von links. Ich begrüße, daß Sie das auch bedauert haben.

Johann Wolfgang von Goethe hat einmal den Zusammenhang zwischen Finanzen und Krankheit folgendermaßen beschrieben:

Was nützet mir der Erde Geld,

kein kranker Mensch genießt die Welt.

Insofern freue ich mich natürlich, daß ich jetzt wieder eine solche Debatte genießen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich danke Ihnen jedenfalls für Ihre Genesungswünsche von allen Seiten. Herr Kollege Wagner, Sie sehen, es hat genutzt.

Im Gegensatz zu einzelnen Presseberichten hätte ich es vorgezogen, an der Debatte teilzunehmen. Auf die 100prozentige Lohnfortzahlung verzichte ich gerne – von der Presse wurde mir etwas anderes unterstellt.

(Peter Dreßen [SPD]: Das können Sie auch bei Ihrem Gehalt! Da spielt das keine Rolle!)

– Hören Sie mir mal eine Sekunde zu!

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie sind doch sonst nicht so empfindlich!)

(B) – Entschuldigung, ich habe den Abgeordneten hinter Ihnen gemeint. – Vielleicht sind wir dann der gleichen Meinung, Sie wissen es ja noch gar nicht.

Ich habe – wie wohl die meisten Politiker – noch nie danach gefragt, wie viele Urlaubstage mir zustehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich weiß ganz sicher: In jedem Jahr als Bundesfinanzminister habe ich weit weniger als 30 Tage Urlaub genommen. Ich war immer dafür, auch die Minister in die **Kürzung der Lohnfortzahlung** einzubeziehen.

(Peter Dreßen [SPD]: Dann machen Sie das doch!)

– Warten Sie doch! Die SPD sollte das Bezügefortzahlungsgesetz passieren lassen. Dann tritt ein, daß wir genauso behandelt werden wie jeder Arbeitnehmer. Das halte ich für richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Politiker müssen genauso gestellt werden wie die Arbeitnehmer. Nichts anderes haben wir hier gefordert, und für nichts anderes werden wir eintreten.

Ich möchte mich nun vor allen Dingen bei denen bedanken, die die Hauptlast der Beratungen in den letzten Tagen und Wochen getragen haben: beim amtierenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Kurt Rossmanith, und bei Ihnen, Herr Wagner, (C) die Sie gemeinsam viel Arbeit haben leisten müssen. Wir hoffen alle, daß das nächste Mal unser Kollege Wieczorek diese Arbeit – wie immer vorzüglich – wieder leisten kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir alle haben uns gefreut, daß er einmal vorbeikommen konnte und daß wir sahen, daß er auf dem Weg der Besserung ist.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuß und bei den Mitarbeitern des Ausschusses, die eine unglaubliche Arbeitsleistung erbringen.

Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern des Finanzministeriums. Sie stehen der Koalitionsarbeitsgruppe für Formulierungshilfen zur Verfügung, aber selbstverständlich auch Ihnen von der Opposition. Diese Dienstleistung muß nur abgerufen werden. Es ist die dienende Funktion eines Ministeriums, den Abgeordneten im Haushaltsausschuß zur Verfügung zu stehen, wenn es darum geht, Formulierungshilfe zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Am 30. Oktober habe ich in der damals von der Opposition am Weltspartag angezettelten Bundestagsdebatte allen Propheten, die eine Nichteinhaltung der Haushaltseckwerte vorhersagten, erwidert: Das Gegenteil werden wir beweisen. – Genauso ist es.

Herr Wagner, jetzt muß ich schon – trotz des Lobes, (D) das ich Ihnen vorhin für Ihre Arbeit gezollt habe – ein paar Bemerkungen zu Ihrer Rede machen: Sie haben Reminiszenzen an große **Unternehmerpersönlichkeiten** vor 100 Jahren dargebracht. Meinen Sie eigentlich, daß die Welt der Arbeitnehmer heute so sein sollte, wie die Welt der Arbeitnehmer damals war? Glauben Sie, daß man heute Unternehmenspolitik unter den Umständen betreiben kann, wie man es vor 50 oder vor 100 Jahren getan hat?

(Zurufe von der SPD)

Es genügt doch nicht, uns auf der einen Seite vorzuhalten, wir würden in den Kategorien des letzten Jahrhunderts verharren, wir seien unsozial, wenn Sie auf der anderen Seite eine Welt vor 100 Jahren glorifizieren, die mit unserer sozialen Welt von heute nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es war doch geradezu abenteuerlich, was Sie über die **Importkohle** und die Kohleförderung gesagt haben.

(Zuruf von der F.D.P.: Ja!)

So etwas Dümmliches habe ich wirklich seit Jahren im Deutschen Bundestag nicht mehr gehört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unglaublich!)

Von Ihnen als einem sachkundigen Mann aus dem Haushaltsausschuß hier zu hören, wer für Import-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) kohle sei, sei für **Kinderarbeit** in Kolumbien, ist eine Unverfrorenheit, für die Sie sich entschuldigen sollten. Eine bodenlose Unverfrorenheit!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir beziehen Importkohle zum Beispiel aus Australien. Herrscht dort Kinderarbeit? Wird dort die Kohle mit Hilfe von Kindern gefördert? Das zu behaupten ist geradezu dümmlich.

Lieber Herr Wagner, man kann in diesem Hause jemanden gern mögen oder weniger gern mögen. Aber so mit dem Kollegen Hintze umzugehen,

(Ernst Schwanhold [SPD]: War genau richtig!)

indem Sie ihm unverschämterweise unterstellen, daß er seines Berufes nicht würdig sei, steht Ihnen nicht zu. Entschuldigen Sie sich in aller Form für die Gemeinheit, die Sie hier einem Kollegen gegenüber entgegengebracht haben!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Kommen Sie doch zur Sache!)

Die Haushaltseckwerte

(Zuruf von der PDS: Na endlich!)

sind sogar noch verbessert worden. Der Bundeshaushalt 1997 setzt mit seinem deutlichen Ausgabenrückgang ein Zeichen für die **Rückführung der Staatsquote** auf das vor der Wiedervereinigung erreichte Niveau. Dazu kommt: Die in Art. 115 des Grundgesetzes gesetzte Obergrenze für die Neuverschuldung (B) wird klar eingehalten. Die Zahlen belegen: Deutschland wird sich für die Währungsunion qualifizieren.

Die Beratungen im Finanzplanungsrat haben gezeigt: Die Länder und die Kommunen werden ihre Defizite ebenfalls zurückführen. Wir werden 1997 ein Defizit von etwa 2,5 Prozent des BIP erreichen. Der Sachverständigenrat hat im übrigen darauf hingewiesen, daß das Ziel sehr wohl erreicht werden könne und daß in seiner Prognose – der des Sachverständigenrats – noch nicht alle Haushaltsentscheidungen berücksichtigt seien.

Der Vorwurf der Opposition, wir hätten mehr für die **Bundesanstalt für Arbeit** ansetzen müssen, geht ins Leere. Sie wissen ganz genau: Die geplanten Sparmaßnahmen erbringen 5,5 Milliarden DM. Das ist genau die Differenz zwischen dem Ansatz im Haushalt der Bundesanstalt und dem Ansatz im Bundeshaushalt.

Es gibt allerdings ein Haushaltsrisiko, und zwar die **SPD-Blockadepolitik im Bundesrat.**

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD)

Nachdem Sie schon in den letzten Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe blockiert haben, geht es für den Bundeshaushalt 1997 um 6 Milliarden DM. Ich hoffe, daß sich die SPD-Mehrheit im Bundesrat auf die eigentliche Rolle dieses Verfassungsorgans besinnt und eigene Länderinteressen wirklich wahrnimmt.

(C) Der Haushalt 1997 ist konjunkturgerecht und fördert das Wachstum. Bundeskanzler Kohl hat zu Recht auf die herausragende Rolle der erreichten **Preisstabilität** für niedrige Zinsen, Wachstum, neue Arbeitsplätze und vor allem für die soziale Gerechtigkeit hingewiesen. Preisstabilität sei nicht alles, behauptet dagegen Ministerpräsident Lafontaine. Der Haushalt 1997 führe im übrigen zu einer konjunkturschädlichen Parallelpolitik.

Aus der Mitte der 70er Jahre ist mir noch die ökonomische Ansicht eines führenden SPD-Politikers in Erinnerung: Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

(Lachen bei der CSU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der, der jetzt Briefe nach Frankfurt schreibt!)

Anschließend wurden die Staatsausgaben erhöht und sogenannte Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme aufgelegt. Was war der Erfolg? – Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Wirkung dieser verfehlten Politik mußten wir mühsam beseitigen.

(Eckart Kuhlwein [SPD]: Welche Arbeitslosigkeit haben wir heute?)

Ministerpräsident Lafontaine zitiert als Beweis eine Studie des Internationalen Währungsfonds: **Konsolidierung** sei nur bei **Wachstum** möglich, also jetzt nicht. Das, meine Damen und Herren, ist schon faktisch falsch. Wir haben ja wieder Wachstum – schon in diesem Jahr höher, als wir zunächst erwartet hatten. Ich weiß auch nicht, welche Studie des IWF Herr Lafontaine anspricht. In einer Studie vom Juli 1996 steht jedenfalls, daß Konsolidierung expansiv, also (D) wachstumsanregend, wirke. Es heißt also nicht: Konsolidierung oder Wachstum. Die richtige Formel lautet: Konsolidierung bringt Wachstum. Ohne Konsolidierung findet dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum nicht statt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In dieser Studie steht aber noch etwas anderes: Jede Konsolidierung, die sich nicht mit den Problemen der Sozialsysteme auseinandersetzt, ist zum Scheitern verurteilt.

Ihr falscher Ansatz führt übrigens auch in der Europadiskussion in die Irre. Wer einen europäischen Stabilitätspakt für weniger wichtig als einen europäischen Beschäftigungspakt hält, geht einen ganz gefährlichen Weg.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Wir brauchen beides!)

Der **europäische Stabilitätspakt** sichert die Stabilität des Euro. Nur eine stabile Währungsunion schafft Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Dazu gehören auch die **Maastricht-Kriterien.** Sie sind klar festgelegt und stehen nicht zur Disposition.

Wachstum und Beschäftigung können auch nicht durch eine gezielte Wechselkurspolitik erreicht werden, wie es da und dort gefordert wird. Wechselkurse werden letztlich durch die Märkte auf der Basis von wirtschaftlichen Fundamentaldaten bestimmt. Für

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) günstige Fundamentaldaten sorgt insbesondere eine glaubwürdige und stabilitätsorientierte Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wir stehen zu der Finanzpolitik, wie die Bundesregierung und die Koalition sie konzipieren, und wir stehen zur Geld- und Währungspolitik, wie die Bundesbank sie konzipiert. Wenn eines von beidem im Inland oder im Ausland angegriffen wird, kann dies unsere Zustimmung nicht finden. Wir weisen auch die Kritik im Inland und im Ausland an der Deutschen Bundesbank zurück. Wir stehen zu dieser Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Fordern ist leicht. Sie fordern Mehrausgaben. Über einzelne Punkte könnte man reden: bei der Bildung, bei der Forschung. Wir haben selbst trotz größter Knappheit hier Prioritäten gesetzt und dafür an anderer Stelle Mittel eingespart. Wir haben seit 1982 die familienpolitischen Leistungen mehr als verdoppelt. Mehrausgaben fordern, bei Einsparungen aber bremsen und blockieren, das macht die unseriöse Doppelstrategie der Opposition komplett.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Eine höhere Verschuldung – das wissen wir alle – ist ausgeschlossen. Die Zinslasten im Bundeshaushalt sind hoch und müssen begrenzt werden.

Ich habe alle **Sonderbelastungen** für den Bundeshaushalt seit 1991 zusammenstellen lassen. Sie ergeben sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands, (B) der gewachsenen weltpolitischen Verantwortung Deutschlands und aus finanzpolitischen Entscheidungen für den Standort Deutschland. An Schulden haben wir 520 Milliarden DM übernommen. Die Haushaltsbelastungen – Zinsen und Tilgung dieser Schulden, Nettotransfer für die neuen Länder, Zahlungen für die Bahnreform, Kohlepfennig etc. – betrugen rund 710 Milliarden DM. Dazu kommen Hilfen und Bürgschaften für die GUS und für die mittel- und osteuropäischen Staaten in Höhe von 160 Milliarden DM. Allein die vom Bund übernommenen Sonderlasten sind damit doppelt so hoch wie die Nettokreditaufnahme des Bundes von 1991 bis 1997.

Das beweist deutlich, daß wir mit einem vernünftigen policy mix, mit einer Mischung aus Einsparungen, vertretbarer Verschuldung und notwendiger Steuererhöhung die Probleme gelöst haben,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist doch keine Lösung!)

daß aber an erster Stelle dauerhafte Einsparungen standen, um die Finanzkennziffern zu erreichen, über die wir heute verfügen und die weiter verbessert werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Substanz unseres Sozialstaates bleibt voll erhalten; darauf haben die Redner der Koalition in dieser Woche schon hingewiesen. Gerade um diese Substanz zu erhalten, muß der Sozialstaat umgebaut werden. Die Eigenverantwortung kann und muß ge- (C) stärkt werden. Im Spannungsfeld zweier einander zugeordneter Prinzipien, Solidarität und Subsidiarität, muß der **Eigenverantwortung,** muß dem einzelnen, muß der kleineren Gemeinschaft künftig eine stärkere Rolle zugewiesen werden. Anders ist Solidarität auf Dauer nicht mehr finanzierbar. Das resultiert aus der katholischen Soziallehre und aus der protestantischen Ethik und ist notwendig, um das Gemeinwohl auf Dauer finanzieren und gewährleisten zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wer den Menschen wie Sie, Herr Wagner, vorgaukelt,

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Ja, Gaukler!)

hier müsse sich nichts ändern, solange es noch ein paar Reiche gebe, denen man das fehlende Geld abknöpfen könne, der betrügt die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

So wie Sie hier geredet haben, genauso wird Politik im Saarland betrieben. Dann kommt man zum Bund, bittet um einen Scheck – es sind mehr als 2 Milliarden DM pro Jahr – und beschimpft anschließend diejenigen, die dem Saarland die Finanzierung von 40 Prozent seines Haushalts überhaupt erst ermöglichen. Das ist schon eine Unverfrorenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Warum eigentlich, Herr Wagner, stellen Sie Ihre Rezepte nicht Ihrem Ministerpräsidenten und Ihrer (D) Finanzministerin zur Verfügung? Sprechen Sie doch einmal mit denen! Es wäre sicher von Vorteil, wenn Sie Ihre ökonomischen Kenntnisse in diesem Zusammenhang einbringen könnten.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Uns würde das viel Geld ersparen.

Meine Damen und Herren, der Sozialneid, den Sie, Herr Wagner, geschürt haben, schafft nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz, sondern vernichtet weitere Hunderttausende.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.])

Wir werden den Konsolidierungsweg auch nach 1997 weiter beschreiten. Der Finanzplan reicht bis in das Jahr 2000, unsere mittelfristige Perspektivplanung bis in das Jahr 2005. Der Anstieg der Bundesausgaben liegt bis zum Jahr 2000 durchschnittlich bei unter 1 Prozent pro Jahr, bei einem jährlichen Wachstum von im Schnitt 4 Prozent. Allein das senkt Jahr für Jahr die **Staatsquote.**

(Karl Diller [SPD]: Warten wir es mal ab!)

– Sie, Herr Diller, haben bisher keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie die Staatsquote sinken soll. Nur wenn die Staatsquote sinkt, können Neuverschuldung und Steuern und Abgaben sinken. Sie haben bisher nichts dazu beigetragen. Folglich sind Sie gar nicht in der Lage, die finanzpolitischen Kennziffern

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

zu verändern. Sie legen nämlich immer nur drauf und senken nicht ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jedes Prozent weniger Staatsquote bedeutet Minderausgaben für den öffentlichen Gesamthaushalt in Höhe von 35 bis 40 Milliarden DM. Dafür wird in den nächsten Jahren noch viel Arbeit zu leisten sein. Sie ist aber notwendig, wenn wir im 21. Jahrhundert vor den großen Herausforderungen bestehen wollen.

Das Jahressteuergesetz 1997 – damit auch die Einnahmen der Länder – liegt nun in der Hand des Vermittlungsausschusses. Die **Vermögensteuer** kann ab Januar nicht mehr erhoben werden.

(Joachim Hörster [CDU/CSU]: So ist es!)

Fakt ist: Mit dem Wegfall der Vermögensteuer gibt es kein Steuergeschenk für die Reichen. Wer dieses Argument benutzt, hat weder das Jahressteuergesetz 1997 noch die Analysen von OECD, IWF und Europäischer Union gelesen. Für den Wegfall der privaten Vermögensteuer wird die Erbschaftsteuer erhöht. Substanzsteuern sind Arbeitsplatz- und Eigenkapitalvernichtungssteuern.

Die verschiedentlich von Herrn Scharping bemühte OECD-Statistik läßt übrigens keinesfalls den Schluß zu, die deutsche Vermögensteuer sei im internationalen Vergleich zu niedrig. Die von der OECD verwendete Bezeichnung „taxes on property" umfaßt alle Steuern auf Vermögensbesitz und Vermögensverkehr: neben der Vermögensteuer auf das private und betriebliche Vermögen im deutschen Sinne alle Grund-, Gewerbekapital-, Grunderwerb-, Börsenumsatz-, Wechsel-, Gesellschaft-, Kapital-, Erbschaft- und Schenkungsteuern im weitesten Sinne. Die OECD-Statistik weist aus: Eine Vermögensteuer im deutschen Sinne wird in den meisten Ländern nicht erhoben.

Folgten wir jetzt der SPD, müßten wir die verwaltungs- und kostenintensive Vermögensteuer unmittelbar in den neuen Bundesländern einführen.

Mit dem von der SPD noch nicht aufgelösten Junktim, sich bei einem vollständigen Wegfall der Vermögensteuer der Fortsetzung der Unternehmensteuerreform zu versagen, schaden Sie dem Standort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dann nämlich muß die **Gewerbekapitalsteuer** am 1. Januar nächsten Jahres in den neuen Ländern eingeführt werden – mit allen negativen Konsequenzen für den Aufholprozeß der Wirtschaft.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Ja!)

Meine Damen und Herren, man stelle sich einmal vor: Dies würde die Unternehmen in den neuen Bundesländern 400 bis 500 Millionen DM kosten, und gerade die größeren Betriebe haben natürlich noch große Wettbewerbs- und Strukturprobleme. Einerseits über die BvS und über Programme zu versuchen, die Betriebe wettbewerbsfähig und am Markt zu halten – das tun wir –, ihnen andererseits aber im gleichen Zuge etwas wegzunehmen in der Hoffnung, der Bund werde das auf andere Art und Weise wieder ausgleichen, ist volks- und betriebswirtschaftlich Unfug. Es ist höchste Zeit, daß Sie auch im Interesse der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern von dieser falschen Politik Abschied nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Arbeit an der Steuerreform kommt zügig voran.

(Lachen bei der SPD – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Seit zehn Jahren!)

– Auf jeden Fall werden wir früher als Sie die Eckwerte eines solchen Konzepts vorlegen. Dann bin ich gespannt,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Ich auch!)

ob Ihren Worten auch Taten folgen und ob Sie dazu in der Lage sind. Bisher haben Sie immer nur große Sprüche geklopft; aber wenn es darauf ankam, war nichts dahinter. Wer nicht einmal in der Lage ist, die Gewerbekapitalsteuer für den Osten zu verhindern, von dem ist steuerpolitisch in den nächsten Jahren doch nichts zu erwarten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Mit unserer mittelfristigen Konzeption der Finanz- und Steuerpolitik, dem Jahressteuergesetz 1997, dem Bundeshaushalt 1997 und dem Finanzplan verfolgen wir die richtige Strategie. Wir bestätigen das Vertrauen der Märkte in die stabilitätsorientierte deutsche Finanzpolitik. Wir schaffen die Grundlage für die Meisterung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angesichts der zunehmenden Integration und Globalisierung der Weltwirtschaft. Wir sichern den Standort Deutschland, stärken unsere Wirtschaft in der immer härter werdenden internationalen Konkurrenz. Wir sichern die langfristigen Grundlagen unseres Sozialstaates, schaffen Spielräume für eine staatliche Zukunftspolitik. Unsere Politik bringt Impulse für den Aufschwung. Sie stellt die Weichen für Investitionen, Wachstum, steigende Einkommen und vor allem für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Dazu kommen günstige ökonomische Daten: niedrige Zinsen, eine stabile D-Mark, moderate Lohnabschlüsse, anhaltende Preisstabilität mit einer Inflationsrate von 1,5 Prozent, eine positive Entwicklung des Welthandels und der Weltkonjunktur, aufwärts zeigende Konjunkturindikatoren und eine steigende Produktion.

Seit dem 2. Quartal 1996 liegen wir wieder auf Wachstumskurs. Die Investitionsbedingungen sind gut. Jetzt müssen die Unternehmer und die Gewerkschaften dafür sorgen, daß neue Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in wenigen Jahren geht das Jahrhundert zu Ende. Die Jahrtausendwende liegt vor uns. Eine solche Zeitenwende bringt Gelegenheit, zurückzuschauen und vorwärts zu blicken. Nach der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts – zwei

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) Weltkriegen, der Teilung unseres Vaterlandes, einer Weltwirtschaftskrise und zwei Währungsreformen – steht die zweite Hälfte im Zeichen des Aufbaus. Wir haben zunächst den Westteil unseres Landes erfolgreich aufbauen können. Nach der Vereinigung sind wir jetzt in den neuen Ländern dabei, dies mit dem Einsatz aller verfügbaren Kräfte zu tun. Mit unserer Finanzpolitik sind wir auf dem richtigen Weg.

In Deutschland sichern wir die Arbeitsplätze auch nach der Jahrtausendwende. Wir schaffen die Basis für eine leistungsfähige Wirtschaft und eine gestaltende Politik.

In Europa vollenden wir den Binnenmarkt mit einer dauerhaft stabilen Währungsunion. So entsteht ein großer dynamischer Wirtschaftsraum, der Wachstum und Wohlstand für alle Länder bringt. Wir sichern mit unseren Partnern in der G 7 und im Internationalen Währungsfonds die störungsfreie Entwicklung der Weltwirtschaft.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles Sprüche!)

Wir fördern inflationsfreies Wachstum sowie durch Konsolidierung und Strukturreformen ein ausreichendes Kapitalangebot zu günstigen Konditionen. Damit werden wir unserer Verantwortung in Deutschland, in Europa und weltweit gerecht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Nur Sprechblasen!)

(B)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat die Kollegin Antje Hermenau, Bündnis 90/Die Grünen.

Antje Hermenau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß es Ihnen besser geht, Herr Waigel. Wir haben das gerade an der Lautstärke und an der Chuzpe Ihrer Rede gemerkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man merkt Ihrer Rede auch an, daß Sie diese Woche nicht hier waren, sondern Goethe gelesen haben.

Kommen wir zur Haushaltspolitik dieser Koalition. Ein Haushalt ist mindestens Handwerk; eigentlich müßte es Kunst sein. Dies hier ist aber ein Ergebnis von Einfallslosigkeit und Ignoranz. Die „FAZ", die nun wirklich keine grünennahe Zeitung ist, muß inzwischen schon titeln, daß die Haushälter „mit ihrem Haushälterlatein am Ende" sind, daß es keine „planvolle Detailarbeit" mehr gibt, sondern eher lustlose und oberflächliche Erbsenzählerei.

Die Koalition bringt gerade einmal eine Einsparung von einer halben Milliarde DM gegenüber dem Regierungsentwurf zustande. Das hat auch damit zu tun, daß die Koalitionshaushälter schon lange wußten, daß das dicke Ende zur Bereinigungssitzung noch kommen würde und daß dann planlose, kurzfristige und hektische Verschiebungen von Milliardenblöcken nach den Vorgaben des Bundesfinanzministers durchgezogen würden.

(C)

(Zuruf des Abg. Hans Georg Wagner [SPD])

– Wir hatten die Faxspur schon; danke, Herr Kollege Wagner. – Von wegen Stunde des Parlamentes. Dem kann ich nicht zustimmen. Das Parlament hat wenig mitzureden, wenn die Milliardenverschiebungen aus dem BMF herübergefaxt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Generell ist anzumerken, daß im Haushalt 1997 nach unserem Empfinden die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in Frage gestellt werden. Dies ist im einzelnen nachzuvollziehen, wenn man zum Beispiel beobachtet, wie mit den Verpflichtungsermächtigungen umgegangen wird. Sie verschieben die Schulden im Prinzip auf kommende Jahre und Generationen. Sie tun zumindest so, als ob es später einmal bezahlt werden würde. Aber dies ist höchst zweifelhaft, wenn man weiß, daß Sie Ihre mittelfristige Finanzplanung jedes Jahr massiv verändern und anpassen müssen. So hat es damals mit den Fünfjahresplänen im Osten auch angefangen.

Bei der Nettoneuverschuldung wird gemogelt. Es wird davon ausgegangen, daß man über überplanmäßige Ausgaben, die Ende nächsten Jahres auf uns zukommen werden, nachholen kann, was man jetzt klammheimlich unterlassen hat. Man hat den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit bewußt zu niedrig angesetzt. Man hat die Arbeitslosenhilfe zu niedrig angesetzt. Man hat ziemlich unseriöse Einnahmeerhöhungen, zum Beispiel bei der Post, veranschlagt.

(D)

Man hat sich auf **globale Minderausgaben** verständigt. Das bedeutet, daß man gar nicht mehr weiß, an welcher Stelle das Ministerium einspart. Es bekommt vielmehr nur eine Gesamtsumme, die es, egal wo, einzusparen hat, ob es nun beim Radiergummi eines Beamten oder eben auch – das ist leider öfter der Fall – in dem bißchen beweglichen Finanzspielraum jedes Ministeriums ist. Das bedeutet, daß wir auf das bißchen Politik, das nicht gesetzlich gebunden ist, keinen Einfluß mehr haben. Ich kann daher die Worte „Stunde des Parlamentes" beim Haushaltsaufstellungsverfahren nicht mehr hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu haben wir auch gestern ganz aktuell einige spannende, mysteriöse Sätze von Herrn Huber gehört, der sich darauf verständigte, daß bei der **Grunderwerbsteuer** noch Änderungen möglich wären. Man kann nur davon ausgehen, daß sie noch weiter als nur von 2 auf 3 Prozent erhöht werden soll.

Hier frage ich mich natürlich, wo die F.D.P., diese Steuersenkungspartei, ist. Irgendwie haben Sie die Grunderwerbsteuer übersehen. Aber das macht nichts. Es ist ja nur eine „kleine" Steuer. Sie reden ja immer nur von großen Steuersenkungen. Die kleinen Steuererhöhungen sind nicht so wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Hermenau

(A) Bei all dem, was wir hier besprechen, vermisse ich eine mittelfristige Planung, eine gewisse mittelfristige Konsolidierung. In Ihren Vorschlägen gibt es keine **Kohärenz.** Auf der einen Seite wird von der F.D.P. propagiert, daß die Zuschüsse für den Steinkohlebergbau gesenkt werden müssen. Auf der anderen Seite werden Sie im Jahre 1997 in die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen eingreifen. Das heißt, daß Sie den Kumpels in NRW sagen: Wir werden euch die Zuschüsse streichen, ihr könnt nicht mehr produzieren, aber umschulen können wir euch auch nicht, weil die Zuschüsse für Umschulungsmaßnahmen in NRW, die es 1996 noch gab, um ein Drittel gekürzt sind. Das heißt, daß 1997 nur noch 60 Prozent der Umschulungsmaßnahmen, die es 1996 in NRW gab, zur Verfügung stehen werden. So kann man keinen Branchenumbruch vornehmen, so kann man kein Gebiet strukturell anpassen. Darin haben wir inzwischen Erfahrung gesammelt.

Noch keine Generation, noch kein Jahrhundert hat so schamlos auf Kosten der nachfolgenden Generation gelebt. Man erlebt bei diesem Haushalt immer wieder – ich habe gerade ein Beispiel genannt –, daß überhaupt nicht darüber nachgedacht wird, was nach 1997 kommt. Alle sind nur emsig bemüht, durch 1997 hindurchzutauchen – Theo Waigel, unser Tieftaucher, vorneweg –, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Das Problem dabei ist, daß allen suggeriert wird, 1998 könne man finanziell nach Luft schnappen. Aber das wird nicht so sein. Waigel muß 1998 absaufen. Er kommt gar nicht wieder nach oben, weil der (B) Konsolidierungskurs automatisch fortgesetzt werden muß, oder gerade Sie von der F.D.P. haben Ihre ganzen Reden umsonst gehalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Sieht man Sie einmal freundlich an, schon wird man beschimpft!)

Wir sind natürlich auch der Meinung, daß an der **Konsolidierung** kein Weg vorbeiführt. Das muß klipp und klar gesagt werden. Die Frage ist nur, wie man es macht. Ich habe gerade von der mittelfristigen Finanzplanung gesprochen und nicht von irgendwelchen hektischen Verschiebungen, die vorgenommen werden, weil Maastricht wie ein Damoklesschwert über dem Haupte schwebt, und die keiner mehr nachvollziehen kann. Man muß sich langfristige Gedanken machen. Wir hatten zum Beispiel vor einem Jahr in dieses Haus den Vorschlag eines sich selbst finanzierenden Ausbildungsfonds für Studierende – BAFF – eingebracht, bei dem der Bund mittelfristig aus der Finanzierung aussteigen würde, aber in einer erträglichen Weise. Solche Vorschläge werden wir auch weiter vortragen.

Wir haben schon über unser Ökosteuerkonzept hier zu sprechen und Ihnen nahezubringen versucht, was man damit alles erreichen könnte, zum Beispiel mehr Arbeitsplätze. Aber das leuchtet Ihnen ja immer alles nicht ein.

Ich habe mich sehr geärgert, daß wir zum Beispiel diese globalen Minderausgaben dann am Tag der (C) Bereinigungssitzung noch einmal für fast ausnahmslos jedes Haus auf den Tisch bekommen haben. Das ist wirklich ein haushälterisches Armutszeugnis. Aber ich kann natürlich die Koalitionshaushälter auch verstehen. Bei diesem Wirtschaftsminister Rexrodt, der so unzuverlässige Eckdaten prognostiziert, müssen sie Theo Waigel natürlich eine Chance geben; deswegen mußten sie auch 3 Milliarden DM Pufferzone einbauen, die aber nicht ausreichen wird, weil Sie Ihre Zuschüsse im Sozialbereich einfach zu niedrig darunter gemogelt haben. Wenn Sie Pech haben, landen Sie bei einer Nettoneuverschuldung von zirka 62 bis 63 Milliarden DM, und dann haben Sie das Ziel wieder verfehlt. So sieht es aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Laufe dieser Woche darzustellen versucht, daß wir ein ganzes Antragspaket erarbeitet haben, in dem wir unsere Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellen, mit dem wir unsere politischen Vorschläge sogar zum Teil finanzieren könnten und mit dem wir bei der Nettoneuverschuldung trotzdem auf solide 55 Milliarden DM kommen, weil wir zum Beispiel auch den Ansatz für die Bundesanstalt für Arbeit und für Arbeitslosenhilfe in vollem Umfang eingesetzt und seriös gegenfinanziert haben. Im Gegensatz zu Ihrer Behauptung, wir hätten keine Vorschläge oder keine Konzeption, ist das zum Beispiel ein sehr tiefgreifender konzeptioneller Vorschlag.

Weiterhin möchte ich beim Thema Konsolidierung auf folgendes hinweisen: Wir haben eine Reihe der Änderungs- und Kürzungsvorschläge der Koalition mitgetragen; meines Erachtens in einem Volumen (D) von fast 2,5 Milliarden DM. Das heißt, daß also der Vorwurf an die Opposition, wir betrieben keine Konsolidierungspolitik, völlig haltlos ist. Das ist eindeutig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

1997 ist das entscheidende Jahr für die Qualifikation zum Start der **Währungsunion.** Der Finanzminister beharrt auf der strikten Einhaltung der **Kriterien.** Das wird allmählich ein Eigentor. Der Musterknabe Theo Waigel beschimpft die anderen in Europa – wie hat er die Italiener vor einem Jahr noch heruntergemacht –, aber selber muß er mogeln, damit er seinen Haushalt klarziehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das erinnert etwas an den Ruf „Haltet den Dieb!", Herr Waigel.

Geben Sie doch einfach zu, daß Sie mogeln müssen! Ganz Europa mogelt inzwischen bei dieser Währungsunion. Die Franzosen bedienen sich bei den Pensionsrückstellungen der France Télécom, die Spanier, Portugiesen und Belgier verscherbeln ihr Gold, ihre Grundstücke und ihre Staatsfirmen – siehe Waigelwisch vom letzten Jahr; 3 Miliarden DM „Sonstiges" –, in Österreich wird inzwischen gesagt, der Haushalt sei nach dem Grundsatz aufgestellt, nach dem Stichtag zur Währungsunion komme die

Antje Hermenau

(A) Sintflut, und die Deutschen haben neben ihrer stillen Zukunftsverschuldung durch die Pensionslasten – seit Minister Kanthers Versorgungsbericht wissen wir ja, was auf uns zukommt – dann auch noch diesen unsoliden Haushalt 1997, bei dem das dicke Ende erst noch kommt.

So wird das Vertrauen in die europäische Währungsunion natürlich nicht hergestellt, weder in der Bevölkerung noch bei den Bankern, noch in der Wirtschaft. Ich weiß nicht, wie Sie das verantworten wollen.

(Vorsitz: Präsidentin Dr. Rita Süssmuth)

Graf Lambsdorff hatte für den Haushalt des Jahres 1996 ein Haushaltssicherungsgesetz verlangt. Danach hat die F.D.P. ihn schnell weggeschlossen, damit er es nicht noch einmal sagen konnte. Aber ich frage mich natürlich, ob nicht für den Haushalt 1997 ein solches Haushaltssicherungsgesetz nicht noch viel wichtiger gewesen wäre; denn dieser ist noch unsolider als der letzte Haushalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir noch zu einigen dieser Mogelpackungen, die uns hier untergeschoben und als seriöse Finanzpolitik dargestellt werden, zum Beispiel die **Kreditermächtigungen.** Nach § 18 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung gelten solche Kreditermächtigungen bis zum Ende des nächsten Haushaltsjahres noch fort. Das heißt, man durchbricht das Jährlichkeitsprinzip und unterläuft damit im Prinzip auch den Sparzwang, und zwar so, daß der Finanzminister

(B) Möglichkeiten hat, die Verschuldung noch einmal zu ändern. Ich finde, daß man dieser Vorgehensweise auf jeden Fall etwas entgegenhalten muß. Wir haben dazu auf Grund der dankenswerten Initative meines Kollegen Metzger einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

(Karl Diller [SPD]: Was? Frau Hermenau, das hat Herr Metzger von uns abgeschrieben!)

– Das haben auch schon andere gesagt, Herr Diller.

(Karl Diller [SPD]: Ja, das stimmt!)

Eine weitere Mogelpackung sind die **Privatisierungsvorhaben.** Schon im Haushaltsplan für das Jahr 1996 hatte Herr Waigel 9 Milliarden DM Privatisierungserlöse eingestellt. Wir haben damals über diesen berühmt-berüchtigten Waigelwisch gesprochen und festgestellt, daß ein Teil dieser Vorhaben im Jahr 1996 nicht realisierbar sein würde. Jetzt werden sie für 1997 wieder aufs Podest gehoben.

Ich erinnere mich an Kollegen Weng von der F.D.P., der hier vollmundig erklärte, „der Haushaltsvollzug im kommenden Jahr braucht Ihre ganze Kraft, Herr Minister Waigel; mit der Durchführung der geplanten Privatisierung sind Sie persönlich im Wort. Hierbei haben Sie uns an Ihrer Seite". Ich nehme an, er meinte den Vollzug des Wortbruches bei der Privatisierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

(C) Kollege Wengs Ausführungen zur Rückführung des Solidarzuschlages erspare ich mir und Ihnen. Aber eines ist natürlich in den letzten Wochen klargeworden, meine Damen und Herren von der Koalition: Der Weg von der CSU zur F.D.P. ist viel weiter, als ich das je gedacht habe. Wenn ich mir vor Augen führe, daß die CSU in ihrer Verantwortung als Volkspartei in Bayern weiß, daß sie für den kleinen Mann mit sorgen muß – und das meiner Beobachtung nach in Bayern auch erfolgreich tut –,

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Das ist doch keine Volkspartei, das ist eine Regionalpartei!)

dann frage ich mich natürlich, wie Sie von der CSU mit der F.D.P. klarkommen, deren Klientel sich persönlich kennt.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vor dem Hintergrund kann ich mir vorstellen, welche Schwierigkeiten Sie in der Koalition haben, was den Haushalt 1997 betrifft.

Ich habe, wie gesagt, die mysteriösen Worte des Finanzministers Huber erwähnt. Ich denke, bei der Debatte über die Grunderwerbsteuer werden wir sehen, daß es wieder eine Kollision zwischen der F.D.P. und der CSU gibt.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Klima der **Bereinigungssitzung** sagen; das ist ja teilweise auch kolportiert worden. Zum einen möchte ich vor allen Dingen den Mitarbeitern des Sekretariats des

(D) Haushaltsausschusses danken, daß sie diese unchristlichen Beratungszeiten tapfer, souverän und ohne pampig zu werden mit uns durchgehalten haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zum anderen muß ich dem Kollegen Kurt Rossmanith durchaus sagen: Er hat die Rolle des Vorsitzenden sehr gut gemacht, besser jedenfalls, als ich es je gedacht habe. Er ist in seinem Amte sehr gewachsen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Nicht übertreiben! – Nicht zuviel loben!)

Aber in der Bereinigungssitzung hat er sich dann so verhalten, daß ich dieses Lob wieder zurücknehmen muß. Als nämlich beantragt wurde, man möge zwei Tage für die Bereinigungssitzung ansetzen, einen für Personal-, einen für Sachtitel, war es leider nicht möglich, gemäß normaler parlamentarischer Gepflogenheit vorzugehen. Ich finde, das geht leider auch auf die Kappe des amtierenden Vorsitzenden.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Da müssen Sie den Herrn Metzger fragen! Die Obleute machen das!)

Ich habe das Gefühl, die Koalition hat sich davon versprochen, sie könne es wie beim letztenmal, als wir ja die Bereinigungssitzung verlassen haben, wieder so durchpeitschen. Aber darüber haben Sie sich natürlich getäuscht. Ihnen mußte eigentlich klar sein,

Antje Hermenau

(A) daß die Opposition nicht nur eine Vielzahl von Fragen, sondern auch eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen einbringen würde, wenn Sie uns einen solch unsoliden Haushalt vorlegen.

Ich habe gestern morgen bei meiner Rede zum Einzelplan des Wirtschaftsministeriums ausgeführt, daß zu meiner großen Erheiterung beigetragen hat, wie sich die F.D.P. die Zukunft der Arbeitslosen in diesem Land vorstellt – die Arbeitslosenzahlen werden Sie natürlich nicht halbieren; das ist ein völlig vages und falsches Versprechen –, nämlich daß alle in diesem Lande zu Aktienbesitzern, zu Rentiers werden. Ich habe mich an ganz alte Zeiten erinnert, als man uns versuchte nahezubringen, daß Lenin einmal ausführte, daß im Kapitalismus alle Staaten zu Rentiersstaaten würden. Ich habe mich maßlos erheitert; denn damals habe ich den Leuten auch nicht geglaubt.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächsten Redner rufe ich Hermann Otto Solms auf.

(Zuruf von der SPD: Der Mann mit dem Bart!)

Dr. Hermann Otto Solms (F.D.P.): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten drei Tage haben gezeigt, daß der Haushalt 1997 eben mehr ist als (B) die Summe von Einnahmen und Ausgaben. Er ist eine grundsätzliche Weichenstellung für die Finanzpolitik und die Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland und für unsere zukünftigen Generationen. Im Vorfeld der Haushaltsaufstellung hat es ja Auseinandersetzungen gegeben, weil es darum ging, diese grundsätzliche Weichenstellung zu klären.

Schließlich ging es um die Fragen: Bleibt Deutschland das Land mit den höchsten Steuern und Abgaben, das Land mit den unflexibelsten Tarifen und der kürzesten Arbeitszeit,

(Widerspruch bei der SPD)

das Land mit den dichtesten Regeln, dem langsamsten Amtsschimmel, das Land mit den ältesten Studenten und den jüngsten Rentnern? Wird zur Haushaltsdeckung die Steuerlast erhöht, die Flucht in höhere Schulden gesucht, die hohe Arbeitslosigkeit tatenlos hingenommen, die Beitrittsberechtigung zur Währungsunion aufs Spiel gesetzt? Oder gelingt es, die Haushalte zu konsolidieren, die Chancen auf neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu erhöhen, das Bildungssystem zu reformieren,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Dieser Regierung jedenfalls nicht!)

das Tarifkartell zu lockern, unsere Chancen im globalen Wettbewerb um Investitionen durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast zu steigern? Dies waren die Fragen, um die es ging.

(C) Wir – die F.D.P., die Koalition insgesamt – wollen gemeinsam den richtigen Weg gehen, den Weg, der den Arbeitslosen wieder Hoffnung gibt und der Bundesrepublik Deutschland die Chance bietet, am Euro teilzunehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Das ist der einzig gangbare Weg, der Weg nämlich, die **Angebotsbedingungen für Investitionen und Arbeit** zu verbessern, damit die Arbeitsplätze in Deutschland wettbewerbsfähig werden. Das ist es, worauf die Arbeitslosen warten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier geht es um die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Opposition. Ist die Opposition bereit, diesen einzig richtigen Weg mitzugehen, oder kann sie sich nicht aufraffen, den Mut dazu nicht fassen, ihre alten Tabugrenzen nicht überspringen? Bis jetzt hieß es: Mit uns nicht! Nicht so, das ist ungerecht, das ist unsozial, das kann man so nicht machen.

Meine Damen und Herren, nur durch die Umverteilung versicherungsfremder Leistungen aus den Versicherungssystemen auf den Haushalt haben Sie nichts gewonnen. Umverteilung nützt nichts.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wir brauchen Leistungsstärkung, Abgabensenkung, Entlastung. Darum geht es. Und wir brauchen natürlich auch Senkung der Ausgaben des Staates.

Sie haben beim Haushalt 1996 7 Milliarden DM durch Ihre Blockadepolitik im Bundesrat nicht zur Absenkung gebracht. (D)

(Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch auf mit dem Gerücht!)

Im Haushalt 1997 sind es 12 Milliarden DM. Viele Einsparungen wären in dieser Weise nicht nötig gewesen, wenn der vernünftige Weg gangbar gewesen wäre.

Gewerbekapitalsteuern abschaffen? – Nein! Solizuschlag abschaffen? – Nein! Kohlesubvention abbauen? – Nein! Lohnzusatzkosten verringern? – Nein! Ladenschluß verändern? – Nein! Öffnungsklauseln im Tarifrecht? – Nein! Deregulierung? – Nein!

(Zurufe von der SPD)

Ich muß es leider wiederholen: Es gibt keine positive Antwort der Opposition zu diesen Fragen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Sind denn die Einsparungsmaßnahmen, die wir getroffen haben, unsozial, meine Damen und Herren? Ist es denn unzumutbar, daß einem Sozialhilfeempfänger, der ein Arbeitsangebot ablehnt, die Sozialhilfe gesenkt wird? Und es geht ja nur um die Absenkung des Regelsatzes des Vaters, ansonsten bleibt die Sozialhilfe für die gesamte Familie erhalten.

Oder ist es unzumutbar, bei 31 Urlaubstagen einen **Urlaubstag** für eine Woche **Krankheit** zu opfern? Haben Sie übrigens die Information von SKW Trostberg,

Dr. Hermann Otto Solms

(A) einem großen Chemiebetrieb, gelesen? Dort hat man die gesetzliche Neuregelung zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt, und innerhalb von vier Wochen ist der durchschnittliche Krankenstand von 5 auf 3 Prozent gefallen. Sie sehen, daß dies wirkt, ohne daß die Arbeitnehmer Einkommensverluste hinnehmen mußten, denn sie konnten das durch Urlaub ausgleichen.

Ist es denn unzumutbar, bei **Kuren** 25 DM pro Tag als Eigenbeitrag zu leisten, wo man nicht zu Hause ist und sich auch zu Hause nicht ernähren muß?

Meine Damen und Herren, ist es denn unzumutbar, die Kuren von vier Wochen abzusenken und auf drei Wochen zu begrenzen?

Das Interessante ist ja, daß die Sozialdemokratische Partei, übrigens auch die Grünen, da, wo sie in der Regierung stehen, zwar Bonn kritisieren, aber dort das gleiche tun, nur - leider - meistens an der falschen Stelle.

Ich will einige Beispiele aufzählen. In **Schleswig-Holstein** kürzte Heide Simonis bei besonderen sozialen Maßnahmen für Kinder, Mütter, Problemfamilien und ältere Bürger die Mittel um 1,2 Millionen DM. Drastische Einschnitte gibt es in Schleswig-Holstein bei der Wohnungsfürsorge, bei den Schwangerenberatungsstellen ebenso wie beim Landesblindengeld.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Aber hier plärren!)

In **Niedersachsen** kürzt Gerhard Schröder die Gelder für die Suchtbekämpfung und streicht das Programm zur Förderung jugendlicher Arbeitsloser.

(B) (Ina Albowitz [F.D.P.]: Hört! Hört!)

In **Nordrhein-Westfalen** reduziert Johannes Rau die Posten Gesundheitshilfe und Suchtbekämpfung um 6,7 Millionen.

Im **Saarland** kürzt Oskar Lafontaine den Sozialetat um ganze 13,6 Prozent und streicht 2,9 Milliarden DM.

In **Hessen** will Hans Eichel 15 Millionen DM für studentische Essenszuschüsse im Staatssäckel behalten, und in **Brandenburg** schließlich kürzt Manfred Stolpe den Sozialetat um ein Drittel und kappt die Zuschüsse für Kindertagesstätten um 38 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, etwas weniger Doppelzüngigkeit und etwas mehr Ehrlichkeit wären in einer solchen Debatte schon angezeigt;

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

denn wir haben alle die gleiche Verantwortung, und da, wo Sie in der Verantwortung stehen, haben Sie die gleichen Probleme und müssen sie lösen. Allerdings gehört dazu auch ein wenig Sachverstand.

Ich habe den Eindruck, daß bei der SPD seit Karl Schiller und Helmut Schmidt der ökonomische Sachverstand völlig verlorengegangen ist.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Das will ich am Beispiel der **steuerlichen Behandlung der Ersparnisbildung** deutlich machen. Im ersten Semester Volkswirtschaftslehre lernt man, daß (C) die Investitionen volkswirtschaftlich gleich der Ersparnisbildung sind. Das heißt, je mehr Ersparnis gebildet wird, desto mehr Kapital steht für Investitionen zur Verfügung.

In der Bundesrepublik Deutschland leisten wir uns den Luxus, daß wir die Ersparnisbildung gleich fünfmal besteuern: erstens bei der Einkommenserzielung durch eine besonders hohe Lohn- und Einkommensteuer - höher als in irgendeinem anderen Land -, zweitens bei den Kapitalerträgen der Ersparnisse, bei der Zinsbesteuerung. Auch hier haben wir international die höchste Besteuerung. Was ist die Folge? Das Kapital flieht ins Ausland, und die Arbeit wird exportiert. Wir brauchen deshalb eine **Lohn- und Einkommensteuerreform,** um wieder wettbewerbsneutrale Verhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Ergebnis der Vermögensbildung, nämlich das Sparvermögen, wird doppelt besteuert: Zum einen - drittens - wird es beim Unternehmen besteuert; das ist die betriebliche Vermögensteuer. Zum anderen - viertens - muß der Anteilseigner seine Anteile am Betrieb versteuern. Fünftens schließlich wird das Sparvermögen bei der Erbschaftsteuer versteuert.

Es gibt also eine dreimalige Besteuerung des Vermögens und eine zweifache Besteuerung der Erträge des Vermögens. Das ist nun wirklich zuviel. Deswegen führt kein Weg daran vorbei, die Steuerreform durchzuführen - darüber werden wir ja noch ins Gespräch kommen - und die **Vermögensteuer** fallenzulassen. (D)

Das Interessante ist, Frau Matthäus-Maier, daß Ihr Parteivorsitzender, Lafontaine, am Mittwoch erklärt hat, auch er habe nun verstanden, daß das mit der Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer so einfach nicht sei. Warum? Wenn Sie die betriebliche Vermögensteuer abschaffen, schaffen Sie einen Vorteil für Kapitalgesellschaften gegenüber Personengesellschaften. Die Mehrzahl der Gesellschaften in Deutschland sind nun einmal Personengesellschaften. Deshalb dürfen wir das auf keinen Fall machen.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Personengesellschaften haben keine Doppelbesteuerung!)

Da man die betriebliche Vermögensteuer bei Personengesellschaften schlecht von der privaten trennen kann - das ist dann immer manipulierbar -, ist die Abschaffung der Vermögensteuer erforderlich. Das wissen Sie.

Daß dadurch nun die besonders Reichen begünstigt würden, ist ebenfalls nur ein Fehlargument, weil die Erbschaftsteuer, die natürlich dieselben Vermögen trifft, entsprechend erhöht wird.

Die **Gewerbekapitalsteuer** muß ebenso wegfallen. Sonst muß sie in den neuen Bundesländern eingeführt werden. Stolpe und Höppner sind persönlich verantwortlich dafür, wenn das geschieht. Sie kön-

Dr. Hermann Otto Solms

(A) nen dazu beitragen, daß die Gewerbekapitalsteuer ebenfalls abgeschafft wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Das werden wir in der Öffentlichkeit immer wieder anmahnen: Die **Substanzsteuern** müssen weg, damit in Deutschland mehr investiert wird. Investitionen sind nun einmal die Voraussetzung für Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, was man von den Grünen zur Steuerpolitik hört, ist nun wirklich abenteuerlich. Da geht es durcheinander wie Kraut und Rüben. Oswald Metzger, der haushaltspolitische Sprecher, darf in der Haushaltsdebatte Solotänze aufführen. Aber das, was er sagt, hat mit der Programmatierung und den Vorstellungen der Grünen so gut wie nichts zu tun. Er sagt: „Höhere Steuern auf keinen Fall!" Seine Kollegin Scheel sagt sogar, Steuersenkungen seien notwendig. Mutig, mutig! Nur sitzt sie in der falschen Fraktion.

Was sagt Joschka Fischer? Er plädiert für steuerliche Umverteilung. Damit aber ist noch niemand entlastet.

Jürgen Trittin: Es besteht kein Anlaß, Unternehmensteuern zurückzunehmen. Ganz im Gegenteil, er will die Steuern auf breiter Front erhöhen.

Ludgar Volmer wörtlich: „In Konkurrenz zum Sparpaket sagen wir: Statt Sparen mehr Geld ranschaffen!"

Kerstin Müller darf natürlich nicht fehlen: Sie will die Erbschaftsteuer verdreifachen, die Vermögensteuer erhöhen und zusätzlich eine Ökosteuer einführen.

(B)

Das sind die Aussagen der Grünen. Da kann ich mit Graf Lambsdorff nur sagen: Eintracht in Vielfalt ist das nicht; Zwietracht in Einfalt könnte man da schon eher sagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Sie haben jetzt Ihren Parteitag, deswegen dürfen wir heute früher Schluß machen. Klären Sie Ihre Positionen auf dem Parteitag, damit davon wenigstens eine klare Botschaft an die Wähler ausgeht! Dieses Durcheinander hilft nicht weiter.

Herr Scharping hat am Mittwoch die Kühnheit besessen, auf die Verfilzung von Partei- und Staatsämtern hinzuweisen. Ich glaube, das war der falsche Augenblick, weil wir gerade in der Zeitung lesen, was sich das Parteimitglied Henrichs in Hessen als oberster hessischer Richter geleistet hat. Aber was noch toller ist: Er hat eine ganze Reihe von Nebenjobs gehabt. Er war zum Schluß auch im Solde der IG Metall, ein Zeichen der Unabhängigkeit. 1,3 Millionen DM, die er dafür bekommen hat, sind nun auch nicht gerade ein Pappenstiel. Interessant ist auch, daß der Verteidiger von Recht und Ordnung, der Justizminister von Plottnitz, das alles auch noch genehmigt hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Da sieht man, wo es mit den Grünen und ihren Ansätzen hingekommen ist. In dem Moment, in dem Sie mit der Macht verquickt waren, haben Sie die Moral fallenlassen. (C)

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist schon erschütternd. Wir in Gießen – ich komme aus Mittelhessen –, haben leider die zusätzliche Last zu tragen, einen grünen Regierungspräsidenten zu haben, der nun alles tut, daß die Arbeitsplätze auch dort noch vertrieben werden.

Interessant ist, einmal die unterschiedlichen Positionen in den Nachbarländern Rheinland-Pfalz und Hessen zu beachten. Es sind, wie Sie wissen, unterschiedliche Koalitionen.

Rheinland-Pfalz steht für Senkung der Abgabenlast. Hier bekennt sich auch Ministerpräsident Beck ausdrücklich zum Verzicht auf die Gewerbekapitalsteuer – hört, hört, Herr Scharping, Ihr Nachfolger – –

(Rudolf Scharping [SPD]: Entschuldigung, ich habe Ihnen doch ein Angebot gemacht! Was wollen Sie eigentlich noch? – Beifall bei der SPD)

– Moment! Sie haben ein Angebot gemacht, das man nicht annehmen kann. Das kennen Sie aus dem Film „Der Pate".

(Rudolf Scharping [SPD]: Ist doch lachhaft!)

Wir müssen die Vermögen- und die Gewerbekapitalsteuer abschaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

(D)

Herr Beck steht für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und für die mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbeertragsteuer.

In **Hessen** dagegen – darauf wollte ich kommen, Herr Scharping – wird jegliche steuerliche Entlastung der Unternehmen über den Bundesrat blokkiert und die Steuerreform zu einer Neiddiskussion genutzt.

In Rheinland-Pfalz wurde die Zustimmung im Bundesrat zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten fest vereinbart, in Hessen dagegen wurde jede noch so kleine Flexibilisierung über den Bundesrat blockiert.

In Rheinland-Pfalz steht man für Abbau von Bürokratie, Kosten, Modernisierung der Verwaltung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Abschaffung der Bezirksregierungen ist vereinbart. Hessen steht dagegen dafür, die Verwaltung zu intensivieren, die Bearbeitungszeiten zu verlängern und die Genehmigungszeiten nach hinten zu schieben.

Ich will nur ein kleines praktisches Beispiel – ich habe mittlerweile eine ganze Sammlung solcher Beispiele; sie könnte man stundenlang vorlesen – vortragen. So verlangt zum Beispiel die Umweltbehörde, daß ein kleiner Betrieb den Schornstein erhöht. Die Untere Naturschutzbehörde verlangt Unterlassung dieser Erhöhung wegen Beeinträchtigung des Vogelflugs. Die Untere Denkmalschutzbehörde will eine Veränderungssperre, weil das Ganze einem Industriedenkmal ähnlich sei.

Dr. Hermann Otto Solms

(A) Das Unternehmen – es ist bei Kassel angesiedelt – geht mit seiner Dependance nach Westthüringen; Gott sei Dank nach Westthüringen und nicht einige hundert Kilometer weiter.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dies zeigt beispielhaft, wie die unterschiedlichen Positionen sind.

Allein in diesem Jahr unter anderem im Bundesrat: Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz – Rheinland-Pfalz dafür, Hessen dagegen. Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung emissionsrechtlicher Genehmigungsverfahren – Rheinland-Pfalz will Verzicht auf den Vermittlungsausschuß, Hessen ist dagegen. Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz – Rheinland-Pfalz dafür, Hessen dagegen. Da kann man nur fragen: Quo vadis, SPD? Sie haben die Alternativen. Ich habe sie nur aufgezeigt. Sie müssen entscheiden, nicht wir.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich will abschließend sagen: Der Haushalt ist solide.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Der Haushalt führt zu Ausgabensenkungen von 2,5 Prozent. Der Haushalt ist auch sozial. Die **Ausgaben für Soziales** werden sogar erhöht. Das sind die schlichten Fakten. Ich kann Ihnen auch die Zahlen vorlesen, wenn Sie wollen. Die Einsparungen im Sozialen insgesamt, volkswirtschaftlich gesehen, betragen nur 0,4 Prozent der Sozialquote. In allen anderen (B) westeuropäischen Ländern sind die Einsparungen höher.

Das heißt, wir werden unserer Verantwortung gerecht. Wir stellen die Weichen für die Zukunft richtig. Wir geben den Jungen, unseren Kindern und Enkeln, wieder Hoffnung, daß sie ihr Leben aus eigener Arbeit gestalten und finanzieren können. Wir glauben, daß wir damit unserer Verantwortung gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Dr. Christa Luft.

Dr. Christa Luft (PDS): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bundesfinanzminister hat in der gewohnten Tonart eine Rede vorgetragen. Das zeigt, er ist auf dem Wege der Genesung. Ich wünsche ihm dabei gute Fortschritte.

Sein Haushalt 1997 aber leidet an einem chronischen Infekt. Dieser Haushalt wird im nächsten Jahr garantiert kraftlos zusammenklappen.

(Beifall bei der PDS)

Diese Aussicht ist nicht einmal für eine Oppositionspartei Anlaß zu Schadenfreude und Häme. Denn die Menschen, die ohnehin am meisten betroffen sind, werden es am schwersten haben. Diese Menschen, (C) die es schon bisher am schwersten hatten, Herr Bundesminister, sind in Ihrer Rede nicht vorgekommen. Sie klopfen sich pausenlos selber auf die Schulter.

Sie, Herr Solms, sorgen sich nur um das Sparvermögen der Gutverdienenden und der Vermögenden, damit es zu Investitionen kommt. Aber die letzten Spargroschen derer, die wenig verdienen oder gar keine Arbeit haben, liegen Ihnen nicht am Herzen. Das ist schon eine eigenartige Konstellation.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, sagen: Ich bin in der vergangenen Woche in meinem Wahlkreis mit sehr vielen Frauen zusammengekommen, alle zwischen 30 und 50 Jahren. Sie sind regelrecht verzweifelt. Nach der Verabschiedung dieses Haushalts wird sich an deren Befindlichkeit überhaupt nichts ändern.

Ich kann den arbeitslosen Frauen nicht sagen, sie sollten endlich Existenzgründerinnen werden. Dazu haben sie weder Anfangskapital noch Beleihungsgrundlagen. Ich kann ihnen auch nicht empfehlen, Sie sollten nicht länger Besitzstandswahrerinnen sein. Diese Frauen haben nichts mehr, auf das sie verzichten könnten.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann ihnen leider auch keinen Tip geben, wo sie sich in Berlin oder anderswo bei einem Einzelhändler, einem privaten Handwerker, in einem Dienstleistungs- oder Produktionsunternehmen bewerben sollten, weil man dort gegenwärtig jemanden sucht, der einzustellen wäre. Es werden keine Menschen eingestellt; jedenfalls in Berlin kenne ich (D) solche Fälle nicht.

Vielleicht bekommen Sie demnächst aus dem CDU-regierten **Sachsen** die Quittung. Dort sind nämlich zum Jahreswechsel drei Viertel aller Frauenprojekte durch die **ABM-Mittelkürzungen** akut gefährdet. Mit dieser besonderen Frauenfeindlichkeit Ihrer Haushaltspolitik gewinnen Sie keine Zukunft, auch nicht für die Kinder und die Enkel, von denen Herr Solms gesprochen hat.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die vier Millionen offiziell **Arbeitslosen** und für die ebenso vielen Quasi-Arbeitslosen verbindet sich nach dem Etatansatz für 1997 keinerlei Hoffnung auf einen Job. Sie nehmen den Menschen die durch Fortbildung und Umschulung erhofften neuen Beschäftigungschancen sogar noch, indem Sie dort neuerliche Kürzungen vorgenommen haben.

Das **Baugewerbe** ist schon 1996 auf einer absoluten Talfahrt gewesen. Diese Talfahrt wird sich fortsetzen allein durch die Absenkung der öffentlichen Investitionen aus dem Bundeshaushalt von 7 Milliarden DM. Was in den globalen Minderausgaben sonst noch pro Ressort versteckt ist und inwieweit davon öffentliche Investitionen betroffen sein werden, das wissen wir noch gar nicht.

Beschäftigungseinbrüche wird es in den Rehabilitationseinrichtungen, bei Physiotherapeuten, bei Zahnprothetikern geben. Man kann die Liste fortset-

Dr. Christa Luft

(A) zen. Reihenweise droht kleinen und mittleren Unternehmen – Herr Solms, auch Sie wissen das – der finanzielle Ruin, weil sie durch den Rückgang bei der Inlandsnachfrage in ihrer Lebensfähigkeit beeinträchtigt werden.

Außerdem verschlechtert sich in diesem Lande die **Zahlungsmoral** katastrophal. Es wäre doch ein Betätigungsfeld für die F.D.P., denke ich, diese Sache einmal zu untersuchen und zu prüfen, wie wir dort vorankommen könnten. Das ist doch inzwischen ein Greuel und eine Geißel für die kleinen und mittleren Unternehmen und die dort Beschäftigten.

(Beifall bei der PDS)

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat gestern noch einmal nachdrücklich vor der ersatzlosen Kürzung des **Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit** gewarnt. Dramatische Einschnitte auf diesem Sektor führen nicht nur zu höherer Arbeitslosigkeit, sondern sie bedrohen auch weite Teile der sozialen Infrastruktur, besonders in den neuen Bundesländern.

Nach Angaben dieses Verbandes werden rund 50 000 der Beschäftigten im Bereich **sozialer Dienste** und der Jugendhilfe als ABM-Kräfte oder über Lohnkostenzuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Bei vielen sozialen Diensten in den neuen Ländern arbeitet auch sechs Jahre nach der deutschen Einheit noch kein einziger regulär Beschäftigter. In Thüringen sind über die Hälfte aller Alteneinrichtungen und über 40 Prozent aller Dienste für Behinderte vollständig auf Zuschüsse der Arbeitsämter angewiesen. Ich habe noch nicht bemerkt, daß sich dort ein (B) privates Unternehmen vor die Tür stellt und sagt: Ich möchte diese Dienste übernehmen.

Allein die Art und Weise, wie Sie mit dem alle Berufsgruppen in diesem Lande betreffenden Übel Massenarbeitslosigkeit in diesem Haushalt umgehen, ist Grund, ihn abzulehnen.

Hinzu kommt, daß Sie das Ost-West-Gefälle in Deutschland zementieren, daß Sie für Bildung, Forschung und den ökologischen Umbau, also für beschäftigungsintensive Dinge, viel zuwenig Mittel bereitgestellt haben.

Gründe für die Ablehnung dieses Haushaltes sind außerdem die fortgesetzte Praxis des Bundes, sich auf Kosten der Kommunen zu entlasten, wodurch auch ein Grundprinzip, nämlich das der kommunalen Selbstverwaltung, in Frage gestellt wird.

Schließlich trägt Ihr Haushalt in keiner Weise der veränderten **außen- und sicherheitspolitischen Lage** in Deutschland Rechnung. Sonst hätten Sie sich endlich von der Anschaffung neuer Waffensysteme verabschiedet.

(Beifall bei der PDS)

Nicht zustimmungsfähig ist der Haushalt auch, weil er grundgesetzwidrig ist; das ist hier schon angeklungen. Sie können dem Parlament nicht nachweisen, daß zur Stunde der Verabschiedung dieses Etats die **Nettokreditaufnahme** geringer ausfallen wird als die Summe der öffentlichen Investitionen; denn niemand weiß, wie sich die öffentlichen Investitionen angesichts der globalen Minderausgabe ausnehmen werden. (C)

Sie haben die Nettokreditaufnahme gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung in der Tat abgesenkt. Dies aber haben Sie doch wohl vor allem deshalb getan, um einen Puffer beim Haushaltsvollzug zu haben. Schon heute ist abzusehen, daß Sie Anfang 1998, also kurz vor der Bundestagswahl, einige Trostpflästerchen, kurzfristigen Wahlspeck sozusagen, verteilen werden. Das vorzubereiten ist Ihnen wichtiger, als langfristige, dauerhafte Antworten auf Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu geben.

(Beifall bei der PDS)

Sagen Sie nicht, die PDS kritisiere sowieso nur und habe nichts dazu beizutragen. Ich kann Ihnen sagen – wir haben es noch einmal zusammengezählt –, daß wir zu 127 Titeln des Haushaltsentwurfs Erhöhungs- und Absenkungsanträge gestellt haben. Die Erhöhungen und Absenkungen halten sich in etwa die Waage. Wir haben Vorschläge gemacht, wie die Einnahmen um annähernd 3 Milliarden verbessert werden können. Diese Vorschläge schlagen Sie in den Wind. Damit hätte man gut und gerne eine kommunale Investitionspauschale finanzieren können. Das wäre eine Initialzündung für mehr Beschäftigung in Ostdeutschland.

(Beifall bei der PDS)

In den Kommunen könnten diese Mittel kompetent ausgegeben werden.

Sie sagen, daß es öffentliche Gelder sind, die wir (D) mit dem Bundeshaushalt verteilen, und daß man sorgsam damit umgehen muß. Meine Damen und Herren, da kann man Ihnen nicht widersprechen. Das ist ein richtiger Grundsatz. Aber warum fällt Ihnen dieser Grundsatz, dieser Fingerzeig immer dann ein, wenn es um Sozialleistungen geht? Warum verausgaben Sie die öffentlichen Mittel eigentlich nicht endlich mit einem Höchstmaß an **Beschäftigungswirkung?** Das ist doch im allerhöchsten öffentlichen Interesse.

(Beifall bei der PDS)

Wozu die Anschaffung sogenannter intelligenter Minen? Man möge sich allein diese Wortzusammenstellung einmal zu Gemüte führen: intelligente Minen. Wozu also die Anschaffung dieser Minen? Wozu die Anschaffung eines Eurofighters? Weshalb nicht **Konversion?** Das wäre beschäftigungswirksam.

Wozu Kernfusion statt Finanzierung **alternativer Energiequellen?**

Wozu Abriß des Palastes der Republik, anstatt ihn schnell zu sanieren und in Betrieb zu nehmen? Auch das wäre ein Beitrag zur Beschäftigung.

(Beifall bei der PDS – Zuruf von der CDU/CSU: Ein architektonisches Monster!)

Warum stellen Sie eigentlich nie die Frage, wem die Zinsen zugute kommen, die Sie für die unter dieser Regierung aufgelaufenen Staatsschulden aus dem Haushalt jährlich zu begleichen haben? Das

Dr. Christa Luft

(A) sind ja doch immer zwischen 90 und 100 Milliarden DM. Wäre es in dieser Situation des Landes nicht an der Zeit, diejenigen, für die der klamme Bund zur Melkkuh geworden ist, zu einer solidarischen Leistung heranzuziehen?

Ich komme zum Schluß und sage: In einer schwierigen Lage und unverhofft mußte in dieser Runde der Haushaltsberatungen Kollege Kurt Rossmanith die Leitung des Ausschusses übernehmen. Ich möchte ihm ausdrücklich den Respekt der Mitglieder der Gruppe der PDS im Haushaltsausschuß für seinen fairen Umgangsstil zollen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Natürlich wünsche ich auch, daß Kollege Helmut Wieczorek bald vollends hergestellt ist und wie früher der Fels in der Brandung sein kann.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats des Haushaltsausschusses für ihre stete Hilfsbereitschaft.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition werden – daran wird kein Zweifel bestehen –, mit Ihrer knappen Mehrheit heute diesen unsolide finanzierten Haushalt beschließen. Eine Grundlage für eine hoffnungsvolle Zukunft von Millionen verunsicherter Menschen, darunter vieler Jugendlicher und Kinder, legen Sie damit nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

(B)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort erhält jetzt der Kollege Kurt Rossmanith.

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Brauch – man könnte fast sagen, von alters her –, daß der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Rahmen der dritten Lesung nicht nur zu Wort kommt, sondern auch einige Aussagen über die Finanzen, die Arbeit und anderes mehr trifft. Ich hätte diesen Part gern auch in diesem Jahr unserem geschätzten Kollegen Helmut Wieczorek überlassen, aber wir wissen alle, daß es sein Gesundheitszustand im Moment noch nicht erlaubt. Er wird aber – davon gehe ich aus und freue mich darauf – Anfang des nächsten Jahres wieder unter uns sein.

Er hat mich gebeten, Sie alle sehr herzlich von ihm zu grüßen. Ich will das hiermit tun und tue das mit der gleichen großen Herzlichkeit von uns allen auch ihm gegenüber, der diese Debatte sicherlich verfolgen wird.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich hatte in den vergangenen Monaten die Ehre, seinen Platz einzunehmen und seine Aufgaben als Vorsitzender des Haushaltsausschusses wahrzunehmen, also den Ablauf der Sitzungen nicht nur zu leiten, sondern ein wenig auch als Bindeglied zwischen Koalition und Opposition zu dienen, um eine möglichst sachliche Debatte über die sicherlich nicht einfachen Positionen im Bundeshaushalt zu sichern. (C)

(Karl Diller [SPD]: Du hast dich für die Aufgabe hervorragend qualifiziert!)

Ich glaube, daß die Beratungen des Bundeshaushalts 1997 innerhalb der letzten Wochen und Monate an alle Mitglieder dieses Ausschusses eine hohe Anforderung gestellt haben; denn die Sitzungen im Haushaltsausschuß sind, wie Sie alle wissen, sehr arbeitsintensiv und bedürfen sehr intensiver Vorbereitungen. Höhepunkt war – wenn man es so sagen will – die Bereinigungssitzung, die in diesem Jahr bis in die frühen Morgenstunden des 15. November andauerte.

Frau Kollegin Hermenau hat gemeint – ich weiß nicht, woher sie das hat –, die Wege zwischen der CSU und der F.D.P. seien weit. Nein, sie sind überhaupt nicht weit. Ein Meter ist je dazwischen. Aber ich vermute, verehrte Frau Kollegin Hermenau, daß die Wege innerhalb Ihrer Fraktion ein ganzes Stück weiter sind. Denn Sie hätten bei Ihrem Obmann, dem geschätzten Kollegen Oswald Metzger, nachfragen können. Er hätte Ihnen bestätigt, daß wir darüber, ob wir eine ein- oder zweitägige Bereinigungssitzung durchführen, kollegial im Obleutegespräch entschieden haben.

Die Mehrheit – es war an sich aber einstimmig – hat sich für einen Tag entschieden. Da zumindest der amtierende Vorsitzende ein folgsamer Mensch ist, hat er den Obleuten diesen Respekt gezollt.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: So respektvoll ist der Vorsitzende auch nicht!)

(D)

– Herr Kollege Weng, immer folgsam, wie man es gelernt hat.

Ich kann als amtierender Vorsitzender feststellen, daß alle Berichterstatter ihre Aufgabe mit großem Einsatz geleistet haben und dabei auch das große Ziel der Haushaltskonsolidierung im Auge behalten haben. Mein Dank gilt deshalb in besonderer Weise meinen beiden Stellvertretern, Hans Georg Wagner und Dieter Pützhofen. Mein Dank gilt auch den Obleuten, den Kollegen Adolf Roth, Karl Diller, Dr. Wolfgang Weng, Bartholomäus Kalb, Oswald Metzger und Frau Professor Dr. Christa Luft.

Natürlich schließe ich in meinen Dank auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haushaltssekretariats ein.

(Beifall im ganzen Hause)

Eine Abordnung von ihnen hat sich zu dieser Debatte gesellt.

(Beifall im ganzen Hause)

Die anderen sind bei der Arbeit. So sind die Haushälter nun einmal.

Ich schließe aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen ein. Von den Abgeordneten verlangt man die Arbeit schlicht und einfach. Aber für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muß ich sagen: Sie haben uns nicht nur hervorragend zu-

Kurt J. Rossmanith

(A) gearbeitet, sondern sind oftmals bis an die Grenze der psychischen und physischen Belastung für uns hier gewesen. Das gilt nicht nur für die sogenannte Marathonbereinigungssitzung, sondern wirklich für jede Sitzung und für die Vorbereitungen.

(Beifall bei Abgeordneten des ganzen Hauses)

Mein Dank gilt aber auch dem Bundesminister der Finanzen, der Parlamentarischen Staatssekretärin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihres Hauses, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Ministerien, die in den vergangenen Monaten insbesondere mit uns Haushältern zu tun hatten.

Dritte Lesung heißt Zusammenfassung und Richtungsbestimmung. Das gilt in der Haushaltsdebatte an sich jedes Jahr. Aber für diesen Haushalt 1997, den wir heute in dritter Lesung beraten, gilt das in besonderer Weise; denn das Jahr 1997 ist das Referenzjahr für Maastricht. Im Hinblick darauf und auf die schwierige arbeitsmarktpolitische Lage hat die Koalition ihre Ziele für das Haushaltsjahr erreicht. Die Beratungsergebnisse, die wir heute abschließend verabschieden werden, erscheinen mir auch als das richtige konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Signal.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

In den vergangenen Debattentagen wurden die Einzelheiten der Umsetzung dieser Ziele in allen Einzelplänen ausführlich erörtert. Deshalb werde ich die Ergebnisse nicht noch einmal darstellen. Aber dritte (B) Lesung – gestatten Sie mir, daß ich das sage – heißt für mich auch **Richtungsbestimmung.** Richtungsbestimmung heißt in die Zukunft blicken, die Zukunft im Auge haben. Zukunft wird maßgeblich durch die Finanzpolitik zu gestalten sein. Finanzpolitik umfaßt die Gestaltung der Ausgabenseite durch den Bundeshaushalt und der Einnahmenseite durch unsere Steuerpolitik. Ich nenne hier nur das Stichwort große Steuerreform; denn alle Maßnahmen der Finanzpolitik dienen dem Ziel, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und zu schaffen.

Bei der Gestaltung der Ausgabenseite stellt sich die Grundfrage, wie die **Haushaltssituation des Bundes** – für die Länder und die Kommunen stellt sich diese Frage in gleicher Weise – verbessert werden kann. Dabei kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, daß die Haushaltsansätze in einem Maß gebunden sind, daß sie im Rahmen der parlamentarischen Beratung nicht mehr wesentlich verändert werden können. Das liegt daran, daß die entsprechenden Ausgabenansätze entweder auf gesetzlicher oder auf vertraglicher Bindung beruhen.

Eine Schlüsselrolle spielen dabei sicherlich die **sozialen Sicherungssysteme.** Die Zukunft unseres Sozialstaates, die Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Entwicklung neuer Zielsetzungen müssen heute – davon bin ich felsenfest überzeugt – in einem verantwortlichen Dialog zwischen allen Politikbereichen gestaltet werden. Dabei gilt es, den weltweiten Strukturwandel zu berücksichtigen, den wir nicht negieren können. Es gilt auch den Rückgang der Bevölkerung und den globalen Wettbewerb (C) der Volkswirtschaften zu berücksichtigen.

Allgegenwärtige staatliche Fürsorge schwächt die gesellschaftliche und familiäre Solidarität und verkehrt Verantwortungsbewußtsein in Anspruchsdenken. Deshalb kann ohne strukturelle Veränderungen der Sozialsysteme der Produktions- und Arbeitsplatzstandort Deutschland seine internationale **Wettbewerbsfähigkeit** nicht bewahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Das werden Sozialisten nie begreifen!)

Unsere Zukunft wird durch gesellschaftliche Innovationsbereitschaft, durch mehr Mut zu wirtschaftlicher und sozialer Selbständigkeit und natürlich durch eine entsprechende, auf hohem Niveau stehende Bildung entschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zukunft läßt sich ja nicht nur gestalten, wenn die Gestaltung finanziert werden kann. Finanzierung heißt für uns, keine weiteren neuen Schulden zu machen, auch nicht kurzfristig und zu Lasten von Investitionen. Wir bemühen uns seit 1992 um Haushaltskonsolidierung und Verringerung der Steigerung der Staatsausgaben.

Nur glaube ich, Finanzpolitik ist nicht nur – unter diese Betrachtungsweise will ich es heute einmal stellen – nach außen, sondern auch nach innen gerichtet. Wir sollten deshalb, auch wenn wir als gewählte Abgeordnete verschiedene Regionen vertreten, dem ganzen deutschen Volk, so sagt es das Grundgesetz, verpflichtet sein. (D)

(Bundesminister Dr. Theodor Waigel: Sehr richtig!)

Deshalb sollten wir diese Aufgabe und diese Verantwortung, die wir hier übernommen haben, in entsprechender Weise ernst nehmen.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Da müssen die Kollegen von der SPD gut zuhören!)

Wir sollten jetzt – der Haushalt ist ja das klassische Beispiel der **Kontrolle** einer Regierung – diese Kontrollaufgabe wahrnehmen und der Regierung nicht unbedingt Blankoschecks geben, sondern gelegentlich auch einmal nachfragen, was denn im kommenden Jahr mit diesen und jenen bewilligten Mitteln getan wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vielleicht können wir dies auch in Zukunft noch in stärkerem Maße, als uns dies in den vergangenen drei Tagen und insbesondere am gestrigen Tag gelungen ist, gestalten.

Verantwortung für die Zukunft heißt aber auch Stärkung der Kräfte, die die Soziale Marktwirtschaft finanzierbar halten. Das sind Privatinitiativen aktiver Menschen in der Wirtschaft, Erfindungsreichtum und

Kurt J. Rossmanith

(A) Innovationen in vielen Bereichen. Dies hilft der Volkswirtschaft weit mehr als eine funktionärsgelenkte staatliche Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Beweis ist in der Geschichte immer wieder erbracht worden; denn nur ein wirtschaftlich starker Staat ist auch ein sozial starker Staat.

Verantwortung für die Zukunft heißt aber auch, daß wir entsprechende Sparmaßnahmen bei den **Staatsaufgaben** vornehmen. Dabei sehe ich Sparen nicht nur einfach als Kürzung staatlicher Aufgaben, sondern es beinhaltet auch, strukturelle Reformen anzugehen und die Staatsausgaben mit dem Ziel der Rückführung der Staatsquote und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu verbinden, um so die sozialen Sicherungssysteme für die Zukunft zu sichern.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.] – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Jetzt habe ich es doch einmal geschafft, allein zu klatschen!)

Sparen – das muß eben auch gesagt werden –, Ansprüche zurückschrauben, aber in die Zukunft investieren, gilt für alle öffentlichen Haushalte auf nahezu allen Gebieten.

Es wird deshalb in Zukunft eine nationale Aufgabe sein, bei der Gestaltung der Staatsausgaben eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu institutionalisieren, um die Erreichung der großen finanzpolitischen Ziele sicherstellen zu können. Es darf nicht so sein, daß aus parteitaktischen Überlegungen der Bundesrat dazu instrumentalisiert wird, die zukunftsgerichtete Politik für Bund, Länder und Gemeinden vor allem zum Nachteil der Gemeinden – lassen Sie sich das auch gesagt sein, lieber Herr Kollege Scharping – ständig zu blokkieren. (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich damit zum Schluß kommen. Ich glaube, jedem von uns ist klar, daß all diese Aufgaben zu lösen der Staat allein nicht in der Lage ist, daß der Staat nicht das Allheilmittel sein kann und nicht sämtliche Problemsituationen aus dem Wege räumen kann.

Aufgabe des Staates ist es vielmehr, allen am Wirtschaftsleben Beteiligten den erforderlichen Handlungsspielraum einzuräumen, sprich die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Die aktuelle Haushaltsknappheit zwingt aber zu Eingriffen und Einschnitten, die in der Öffentlichkeit um so mehr Akzeptanz finden – wie ich und sicherlich wir alle immer wieder erleben– , je stärker sie sich dämpfend auf Kosten, Steuern und Abgaben auswirken.

Wir alle sollten dazu unseren Beitrag leisten und deshalb heute diesem Haushaltsentwurf 1997 auch in dritter Lesung zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) **Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Als nächstes spricht die Kollegin Ingrid Matthäus-Maier.

Ingrid Matthäus-Maier (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Finanzminister Waigel Bundeshaushalte aufstellt, ist bekannt. Waigel verfährt mit den Haushalten nach der Vier-Jahreszeiten-Methode: Im Sommer wird geschönt, im Herbst wird vernebelt und notdürftig geflickt, im Winter bricht der Frost die Haushaltslöcher dann doch auf, und im Frühjahr bringt die Schneeschmelze die ganze Misere ans Licht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Während es aber im Kreislauf der Natur vom Frühjahr bis zum Sommer wieder bergauf geht, geht es bei Herrn Waigels Haushalten auch dann weiter bergab. Sein Haushaltskreislauf endet nämlich mit viel zu hohen neuen Staatsschulden, einer Zinsfalle, einer Rekordarbeitslosigkeit und einer noch nie dagewesenen Steuer- und Abgabenbelastung. Wir haben es satt, daß dieser Finanzminister dieses Land so schlecht behandelt, wie er es tut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nach dieser Vier-Jahreszeiten-Methode ist Waigel bereits mit dem **Haushalt 1996** verfahren. Im Sommer 1995 legte er einen Schönwetterhaushalt für 1996 vor: Die Daten waren geschönt, die Arbeitslosigkeit zu gering angesetzt, der Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit war auf Null gesetzt. Kritik der SPD wurde als Horrorszenarium abgetan. (D)

Obwohl der Haushalt die Herbststürme nicht überstand, weigerte sich Waigel, wirklich nachzubessern. Zwar legte er 4,3 Milliarden DM beim Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit drauf. Mit dem Waigel-Wisch – wir erinnern uns – wurden dann aber Nebelkerzen geworfen und mit angeblichen Privatisierungserlösen von 9 Milliarden DM die Löcher gestopft. Gleichzeitig verstieg sich Waigel zu der abenteuerlichen Behauptung, die SPD würde Haushaltslöcher beschwören und dann selbst hineinfallen.

Herr Waigel, wie war es dann? Schon im Januar brach der Frost die Haushaltslöcher auf. Monat für Monat wurden sie größer. Über 12 Milliarden DM mußten Sie schließlich wegen der Arbeitslosigkeit der Bundesanstalt für Arbeit nachbewilligen. Und die geplanten Privatisierungen lösten sich in Luft auf. Das angebliche Horrorszenarium der Opposition wurde zum Alptraum für Waigel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

59 Milliarden DM neue Schulden wollten Sie machen. Sie sind jetzt schon bei 73 Milliarden DM angelangt und das nur durch einen Trick: Weil Sie die Privatisierung der Lufthansa im Jahre 1996 nicht mehr hinkriegen, machen Sie ein Platzhaltermodell: Sie parken die Anteile bei einer öffentlichen Bank, damit es nicht auffällt, und können nur auf diese Weise die

Ingrid Matthäus-Maier

(A) Verschuldung im neuen Jahr auf etwa 73 Milliarden DM halten.

Ich sage Ihnen: Wir sind ja in Sachen Tricks bei Waigel schon allerhand gewohnt. Aber dieses Platzhaltermodell schlägt dem Faß nun wirklich den Boden aus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Nach **Art. 115** des Grundgesetzes dürfen in einem Jahr die neuen Schulden die Investitionen nicht überschreiten. Eine Ausnahme ist nur dann erlaubt, wenn eine Störung des **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes** vorhanden ist. Das haben Sie aber in der Sondersitzung des Bundestages strikt verneint. Die Folge ist, daß Ihr laufender Haushalt schlicht und einfach verfassungswidrig ist, weil die neuen Schulden die Investitionen dramatisch übersteigen.

Nun sagen Sie, es komme für die Verfassungsgemäßheit nicht auf den Verlauf des Haushaltsjahres an, sondern auf den Zeitpunkt der Verabschiedung, also auf den November 1995. Sie wissen, daß das in der Wissenschaft umstritten ist. Es gibt einige, die das behaupten, aber viele andere, die das Gegenteil sagen. Eines ist doch aber klar: Wer den Haushalt am Tag der Verabschiedung mit zweistelligen Milliardenbeträgen schönt und das Plenum betrügt, kann sich nicht auf diese Meinung versteifen. Er handelt verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Genauso schlampig geht das beim Haushalt 1997 weiter. Die Vier-Jahreszeiten-Methode feiert fröhliche Urständ. Im Sommer dieses Jahres haben Sie sich reichgerechnet: kein Zuschuß für die **Bundesanstalt für Arbeit**. Jetzt, im Herbst, haben Sie nachgebessert: 4,1 Milliarden DM. Es bedarf aber keiner großen Vorstellungskraft, um zu erkennen, daß Ihr Zahlenwerk auch im nächsten Jahr keinen Bestand haben wird, weil Sie schlicht und einfach viel zuwenig tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn mit dem Haushalt 1997 wird keines der drängenden Probleme dieses Landes bewältigt. Statt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, erhöhen Sie mit Ihrer Politik insbesondere zu Lasten der neuen Länder die Arbeitslosigkeit. Statt unser Land zukunftsfähig zu machen, streichen Sie die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Technologie zusammen. Statt Jugendlichen eine Perspektive zu geben, verweigern Sie sich einer sinnvollen Ausbildungsplatzinitiative und erhöhen sogar noch das Renteneintrittsalter für Frauen, wodurch die Jugendarbeitslosigkeit noch steigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Statt den Haushalt auf solide Füße zu stellen, operieren Sie mit globalen Minderausgaben und Lotterieansätzen. Statt beim Sparen alle Bürger in diesem Lande nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen, (C) verteilen Sie durch die Abschaffung der Vermögensteuer Steuergeschenke an Reiche und Supervermögende.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel **Arbeitslosigkeit**. 1997 wird bereits das zweite Jahr, in dem 4 Millionen Menschen keine Arbeit haben – nicht zu vergessen diejenigen, die es längst aufgegeben haben, Arbeit zu suchen. Wenn Ihnen in dieser Situation nichts anderes einfällt, als die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch zu kürzen, dann führt das zu höherer Arbeitslosigkeit. Das schadet den Menschen, ihren Familien und erhöht die Staatsverschuldung weiter.

Beispiel **Forschung**. Den sogenannten Zukunftsetat kürzen Sie um sage und schreibe fast 900 Millionen DM. Davon sind leider alle Förderprogramme betroffen, die dazu dienen sollen, unser Land zukunftsfähig zu machen. Weil Sie die Details vor den Menschen und vor dem Plenum des Bundestages vertuschen wollen, kürzen Sie allein in Höhe von über 360 Millionen DM durch eine sogenannte **globale Minderausgabe**.

Meine Damen und Herren, was heißt das? Im Haushalt steht normalerweise in vielen einzelnen Titeln und Positionen, was bezahlt wird, was man ausgibt. Wenn man kürzt, steht sehr konkret dabei, was gekürzt wird. Manchmal zankt man sich im Haushaltsausschuß um 1 Million DM rauf oder runter. Dies alles ist jetzt gar nicht möglich. Denn die Öffentlichkeit weiß ja nicht, wo vom sogenannten Zu- (D) kunftsminister diese über 360 Millionen DM herkommen sollen, wer da zum Opfer fällt und welches Programm gestrichen wird. Deshalb ist dieser Haushalt nicht mehr das Regierungsprogramm in Zahlen, sondern nur noch ein Waschzettel mit Zahlen ohne Wert. Dem werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Beispiel **Solidität des Zahlenwerkes**. Über Nacht zaubern Sie wieder Positionen in einer Größenordnung von Milliarden aus dem Hut. Da werden mal eben aus der Abwicklung von Treuhandunternehmen Mehreinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden DM angesetzt. Da werden mal eben über Nacht Einnahmen aus Grundstücksverkäufen mit zusätzlich 1 Milliarde DM angesetzt. Da werden mal eben über Nacht Lizenzgebühren aus der Telekommunikation in Höhe von 1,5 Milliarden DM angesetzt. Da werden mal eben über Nacht die Ausgaben für Gewährleistungen um 900 Millionen DM abgesenkt. Ich frage Sie: Wenn das alles so einfach über Nacht aus dem Hut zu zaubern ist, warum haben Sie das nicht im September getan?

(Beifall bei der SPD)

Entweder hatten Sie im September unrecht, oder Sie haben heute unrecht. Ich habe allerdings die Befürchtung, daß beide Zahlen falsch sind; denn daß

Ingrid Matthäus-Maier

(A) Sie mit falschen Zahlen operieren, das haben Sie schon hundertmal gezeigt, Herr Waigel.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Frau Matthäus-Maier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hammerstein?

Ingrid Matthäus-Maier (SPD): Ja.

Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein (CDU/CSU): Frau Kollegin Matthäus-Maier, heute morgen im Frühstücksfernsehen – da stehen Sie ja häufiger vor der Kamera –

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Ich bin halt Frühaufsteherin!)

sagten Sie, daß Sie heute dem Hohen Hause und der deutschen Öffentlichkeit sagen würden, wie man Arbeitslosigkeit abbaut und wie man weiter Schulden reduziert. Da über die Hälfte Ihrer Redezeit schon vorbei ist, hoffe ich, daß Sie in den wenigen Minuten, die Sie jetzt noch zur Verfügung haben, endlich zu diesen Äußerungen kommen; denn die deutsche Bevölkerung wartet darauf.

(Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ingrid Matthäus-Maier (SPD): Gleich dazu, Herr Koppelin, oder machen wir das in der nächsten Runde?

(B)

Ich möchte Ihnen das gerne erläutern, Herr Kollege. 100 000 Arbeitslose kosten 4 Milliarden DM. Das heißt, wenn es mir gelingt, 100 000 Menschen mehr in Arbeit zu bringen,

(Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein [CDU/CSU]: Wie?)

dann bringt das den öffentlichen Kassen 4 Milliarden DM. Deswegen habe ich Ihnen - man könnte ja meinen, daß Sie wissen, was ich heute vortragen will – zehn Gesetzentwürfe und Anträge der SPD im Deutschen Bundestag mitgebracht,

(Lachen des Bundesministers Dr. Theodor Waigel)

mit denen wir – sie enthalten konkret ausgearbeitete Vorschläge – die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne Ihnen als erstes Beispiel das **Entsendegesetz**.

(Abg. Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein [CDU/CSU] nimmt wieder Platz)

– Bleiben Sie ruhig stehen, Herr Kollege, wenn ich Ihnen das gerade erläutere. – Über ein Jahr haben Sie unseren Gesetzentwurf blockiert, der besagt, daß Briten und Portugiesen sehr wohl auf deutschen Baustellen arbeiten dürfen, aber doch bitte nicht zu Dumpinglöhnen. (C)

(Dr. Hermann Otto Solms [F.D.P.]: Das Entsendegesetz ist doch verabschiedet!)

Sie haben mit Ihrer Blockade beim Entsendegesetz dafür gesorgt, daß Zigtausende von Bauarbeitern arbeitslos sind. Nur, weil Sie nicht mitmachen wollten!

(Beifall bei der SPD – Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein [CDU/CSU] nimmt erneut Platz)

– Er hat sich zwar schon wieder gesetzt, weil ihm das nicht gefällt; aber jetzt, Herr Koppelin, darf ich meine zehn Beispiele hier vortragen. Bitte melden Sie sich dann wieder.

Zweites Beispiel: die **Lohnnebenkosten** runter. Wir haben im Bundestag einen Antrag zur ökologischen Steuerreform eingebracht, weil das Problem in diesem Lande die maßlose Belastung der menschlichen Arbeit und der menschlichen Leistung ist. Wir haben einmal eine Aufstellung gemacht, meine Damen und Herren. Nehmen Sie die gesamten Steuern und Sozialabgaben, dann kommen Sie im Jahr 1995 immerhin auf 1,4 Billionen DM. Davon nehme ich die Umsatzsteuer, die Mehrwertsteuer, weg, weil der Verbraucher sie bezahlt. Dann bleiben rund 80 Prozent. Von diesen 80 Prozent wiederum – ich darf Ihnen das einmal vorlesen; das ist alles unbestritten – entfallen durch Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer über 62 Prozent auf die menschliche Arbeit, unter 10 Prozent auf den Faktor Kapital und unter 10 Prozent auf den Faktor Natur. Angesichts dessen sage ich Ihnen: Wer nicht endlich mit uns zusammen bereit ist, die Lohnnebenkosten zu senken und auf der anderen Seite die Energie zu verteuern, der versündigt sich an den Arbeitslosen in diesem Lande. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittes Beispiel, meine Damen und Herren, auch im Bundestag als Antrag eingebracht: ein **100 000-Dächer-Solarenergieprogramm**. Warum? Weil das die Energie der Zukunft ist, weil andere Länder das tun. Wir haben ein lächerlich kleines Programm von wenigen tausend Förderfällen. Die Japaner hatten ein 100 000-Dächer-Solarenergieprogramm, und deswegen sind sie weiter. Aber ich sage Ihnen: Nicht das Land wird im Jahr 2000 die Nase vorn haben, das die besten U-Boote und Panzer exportiert, sondern das, das die besten Umweltschutz- und Energieeinspartechnologien exportieren kann.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Antje Hermenau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Abg. Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Rüttgers, jetzt lassen Sie mich das erst ausführen. Sie besitzen nämlich immer die Dreistigkeit zu sagen, wir hätten keine Alternativen. Wir haben sie im Bundestag eingebracht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU])

Ingrid Matthäus-Maier

– Sie wissen, ich lasse immer Zwischenfragen zu, aber heute erst nach den zehn Beispielen, damit Sie nicht mehr die Dreistigkeit haben, so etwas zu behaupten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Viertes Beispiel: Wir brauchen eine **Teilzeitoffensive.** In anderen Ländern, zum Beispiel in Holland, gibt es das längst. Wir müssen die Teilzeitoffensive psychologisch, aber auch durch Gesetzesvorschläge unterstützen.

Übrigens: Sie haben sicher gemerkt, daß das, was ich bisher vorgeschlagen habe, überhaupt kein Geld kostet. Sie behaupten immer das Gegenteil. Das alles, zum Beispiel das Entsendegesetz, sind Maßnahmen, die überhaupt kein Geld kosten.

Unser Antrag, zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit eine Teilzeitbeihilfe zu zahlen, um Teilzeitarbeit zu unterstützen, liegt bis heute in den Ausschüssen. Dazu sagen Sie nein. In den Ausschüssen liegt unser Antrag, für Beamte eine Einstellungsteilzeit zu schaffen. Auch das haben Sie bisher abgelehnt.

Fünftes Beispiel: **Überstunden.** Herr Jagoda von der Bundesanstalt für Arbeit sagte dieser Tage, es sei doch ein Unding, daß wir die höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten haben und gleichzeitig mit 2 Milliarden Überstunden den Rekord an Überstunden halten. Das beste Mittel, das zu ändern, wäre ein „Bündnis für Arbeit" gewesen. Das aber haben Sie mutwillig zerschlagen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Elisabeth Altmann [Pommelsbrunn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum nehmen Sie, wenn es dazu schon nicht kommt – das haben Sie zu verantworten –, nicht unseren Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, in dem Möglichkeiten zur Reduzierung der Überstunden enthalten sind, in die Hand? Dann wären wir alle ein Stück weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sechstes Beispiel: innovative **Forschungs- und Technologiepolitik.** Unser Antrag mit konkreten Einzelforderungen liegt auf dem Tisch. Er wird von Ihnen in den Ausschüssen blockiert.

Siebtes Beispiel: Wir wissen, daß bei den Sozialversicherungen, auch bei der Rentenversicherung, Riesenlöcher existieren. Warum denn? Weil Sie sich bis heute weigern, die **590-DM-Billigjobs** in die Sozialversicherung aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Bis weit in die Union hinein lesen wir, daß Sie das für ein Unding halten. Dieses Instrument war einmal gedacht, um Spitzen bei den Unternehmen mit Aushilfskräften abzubauen, für Studenten während des Semesters. Es wurde doch nicht dazu geschaffen, daß Millionen von Arbeitnehmern heute mit Billigjobs ohne Sozialversicherung abgespeist werden.

(Beifall bei der SPD)

Unser Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung des Mißbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung schmort in den Ausschüssen.

Achtes Beispiel: **Scheinselbständigkeit.** Wir treffen die Situation an – dies kostet die Sozialversicherungen Milliarden DM im Jahr –, daß immer mehr traditionelle Arbeitnehmerberufe, zum Beispiel Fahrer oder Kellner, zu Berufen mit Scheinselbständigkeit gemacht werden, und zwar zu einem einzigen Zweck: damit sie ihre Arbeitnehmerrechte verlieren und der Arbeitgeber nicht in die Rentenversicherung einzahlen muß.

Unser Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit liegt im Bundesrat. Ich weiß, daß viele von Ihnen gerne zustimmen würden, aber es nicht können.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Warum schreien Sie denn so? Das ist ja unerträglich!)

Neuntes Beispiel: Der Anteil der **aktiven Arbeitsmarktpolitik** geht unter Ihnen ununterbrochen zurück. Das ist ein schlimmer Fehler. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß es ein Gleichgewicht zwischen passiver und aktiver Arbeitsmarktpolitik geben. Unser Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes, im Bundestag eingebracht, ist von Ihnen abgelehnt worden.

Letztes Beispiel: **überbetrieblicher Leistungsausgleich** für die Schaffung von mehr Lehrstellen. Darauf haben Sie sich nun eingeschossen. Was heißt das? Jedes Jahr warten Zehntausende von Jugendlichen – übrigens nicht nur sie, sondern auch ihre besorgten Eltern – darauf, daß sie einen Ausbildungsplatz bekommen. Jedes Jahr ist es so, daß Tausende endgültig keinen bekommen.

Wir haben eine **Ausbildungsplatzumlage,** Sie können auch sagen: einen Ausbildungsplatzausgleich vorgeschlagen. Denn es ist heute doch so, daß die große Masse der Unternehmen – rund zwei Drittel – gar nicht mehr ausbildet und daß die Last der Ausbildung fast ausschließlich auf dem Handwerk liegt. Wir danken dem Handwerk dafür. Ich gratuliere dem neuen Handwerkspräsidenten zur Übernahme seines Amtes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was können Sie eigentlich dagegen haben, wenn wir auf gesetzgeberischer Ebene eine Regelung treffen, wie es sie beim Bauhandwerk oder bei den Schornsteinfegern gibt, wie mein Kollege Uwe Göllner immer sagt? Die haben in ihrer Kammer und in ihrer Innung längst ein Umlagemodell. Ich halte das für einen guten Vorschlag.

Sie sagen: Das sollen die Unternehmen freiwillig machen. Das wollen auch wir ja gern. Aber sollen wir in einer Zeit, in der sogar der Herr Bundeskanzler die Unternehmen angreift, weil sie freiwillig nicht mehr Arbeitsplätze schaffen, immer noch auf freiwillige Vereinbarungen setzen, obwohl damit in der Praxis offensichtlich keine Arbeitsplätze geschaffen wur-

Ingrid Matthäus-Maier

den? Ich sage Ihnen: Machen Sie endlich mit bei unserem Vorschlag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koppelin, haben Sie noch eine Frage? Ich nehme an, nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese zehn Beispiele, die ich erwähnt habe, zeigen eines: Diese Koalition lehnt das alles ab. Das ist verantwortungslos gegenüber den Menschen. Das ist schädlich. Sie sind eine Neinsagerkoalition. Machen Sie mit uns endlich konstruktive Politik für die Arbeitslosen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Sie kommen daher und beschweren sich – manchmal weinerlich und manchmal aggressiv –, wir würden Ihren Vorschlägen nicht zustimmen. Ich habe aber längst gemerkt, was Sie damit meinen: Sie wollen immer unser Ja zu Ihren Bedingungen. Wie kommen wir dazu?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Mehrheit im Bundestag. Die SPD hat die Mehrheit im Bundesrat. Da kann keiner dem anderen Bedingungen aufdiktieren. Da müssen wir zu Kompromissen kommen. Verweigern Sie sich nicht länger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie gerade in diesen Tagen bei der **Vermögensteuer** zeigen, das macht deutlich, das Sie Ihre Konditionen, Ihre Bedingungen durchsetzen wollen. Sie erwecken den Eindruck, als sei die SPD auf eine Art Einigung eingegangen. Kindergeld wird erhöht, sagen wir, Vermögensteuer wird abgeschafft, sagen Sie, und Sie behaupten, wir hätten dem zugestimmt. Dazu kann ich Ihnen nur zweierlei sagen: Auf die Durchsetzung der Erhöhung des **Kindergeldes** zum 1. Januar 1997, die wir erkämpft haben, sind wir stolz. Sie können machen, was Sie wollen: Es wird erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Aber es gilt auch umgekehrt. Ein Ja der SPD zu Ihren unsozialen Vermögensteuerplänen wird es weder im Bund noch im Land geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn eine Bundesregierung wie Sie die älteren Frauen später in Rente schickt und damit die Jugendarbeitslosigkeit erhöht, wenn eine Bundesregierung wie Sie die Lohnfortzahlung kürzt, wenn eine Bundesregierung wie Sie jeden Tag mit neuen Abkassiermodellen im Gesundheitswesen daherkommt, wenn eine Bundesregierung wie Sie Geld für aktive Arbeitsmarktförderung kürzt, wenn eine solche Bundesregierung gleichzeitig behauptet, sie habe Milliarden, um den Reichen und Superreichen die private Vermögensteuer zu schenken, dann gehört einer solchen Bundesregierung der politische Führerschein entzogen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu der Vermögensteuerdiskussion stellen Sie sechs Behauptungen auf. Fünf sind falsch, eine ist richtig.

Behauptung Nummer eins: Das Bundesverfassungsgericht verlange die Abschaffung. Das ist falsch. Im Karlsruher Beschluß heißt es: „Das Konzept der geltenden Vermögensteuer entspricht diesen Anforderungen."

Ihre Behauptung Nummer zwei: Die Verwaltungskosten seien so hoch, daß es sich bei der Vermögensteuer nicht lohne. Das ist falsch. Nach Ihren eigenen Aussagen betragen die Verwaltungskosten 300 Millionen DM. Bei einem Aufkommen von insgesamt 9,3 Milliarden DM ist das durchaus akzeptabel.

Behauptung Nummer drei: In Europa erhebe praktisch keiner eine Vermögensteuer. Das ist falsch. Ihr eigenes Informationsblatt, das der Bundesregierung, vom 30. Juni 1996 schreibt – ich zitiere nur die Aussagen zur privaten Vermögensteuer, denn Sie wissen, daß es uns darum geht –:

> Eine private Vermögensteuer gibt es in Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden, Schweiz und Spanien.

Bevor Sie hier einen solchen Unsinn erzählen, lesen Sie einmal diese Ausführungen der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Behauptung Nummer vier: Der SPD-Entwurf sei verfassungswidrig. Das ist falsch. An dieser Behauptung merken Sie, daß wir hier nicht tatenlos herumsitzen, wenn Sie die Vermögensteuer abschaffen wollen. Wir haben einen Gesetzentwurf – da fällt mir ein, den habe ich vergessen, aber der ist so dick und Sie wissen, daß er in den Ausschüssen liegt – zur Beibehaltung und Reform einer ordentlichen Vermögensteuer eingebracht. Dieser ist natürlich verfassungskonform, denn wir folgen den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichts.

Wir sagen zum Beispiel: Das normale Einfamilienhaus bleibt vermögensteuerfrei. Wir sehen Freibeträge – das sollen Sie sich einmal ansehen, weil Sie sonst doch immer „Klassenkampf" rufen – für den einen Ehepartner in Höhe von 300 000 DM, für den zweiten Ehepartner ebenfalls in Höhe von 300 000 DM – das sind zusammen 600 000 DM – und für die Kinder jeweils in Höhe von 200 000 DM vor. Das heißt, daß nach den Vorstellungen der SPD bei einer Familie mit zwei Kindern 1 Million DM vermögensteuerfrei bleiben. Also erzählen Sie nicht immer diesen Unsinn, unser Konzept sei nicht verfassungskonform. Es ist es.

(Beifall bei der SPD)

Ingrid Matthäus-Maier

(A) Behauptung Nummer fünf von Ihrer Seite: Die Abschaffung der Vermögensteuer schaffe Arbeitsplätze. Das ist falsch. Man muß zwischen der betrieblichen Vermögensteuer und der Vermögensteuer auf Privatvermögen unterscheiden. Wir haben das x-mal getan; das wissen Sie. Mein Partei- und mein Fraktionsvorsitzender haben es am Mittwoch hier im Bundestag nochmals angeboten, zwischen der privaten und der betrieblichen Vermögensteuer zu unterscheiden, das wissen Sie.

Selbst wenn wir die betriebliche Vermögensteuer abschaffen, schafft das nach meiner Überzeugung nicht sehr viele Arbeitsplätze. Warum? Dafür gibt es zwei Gründe, die ich hier deutlich machen will:

Erstens. Der Anteil der **Unternehmensteuern** ist in den letzten Jahren dramatisch gesunken, und die Arbeitslosigkeit hat dramatisch zugenommen. Ihr dauerndes Gerede: Laßt uns nur Unternehmensteuern senken, dann sinkt die Arbeitslosigkeit, ist per se schon dummes Zeug.

(Dr. Hermann Otto Solms [F.D.P.]: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Zweitens. Nehmen Sie die neuen Bundesländer: In den neuen Bundesländern gibt es keine Vermögensteuer, keine Gewerbekapitalsteuer, und es gibt riesige Abschreibungsmöglichkeiten. Trotzdem kommt der Aufschwung dort nicht in Gang. Daran sehen Sie, daß Ihre Gleichung „Unternehmensteuern runter, dann läuft das Ganze" dummes Zeug ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Trotzdem sind wir bereit - ich wiederhole das Angebot -, auf die betriebliche Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer zu verzichten, wenn Sie endlich davon ablassen, auch die private Vermögensteuer abzuschaffen. Meine Damen und Herren, was ist das für ein Angebot von einer Opposition!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich: Was müssen Sie ideologisch verbohrt sein, wenn Ihnen die Abschaffung der privaten Vermögensteuer wichtiger ist als die Abschaffung von zwei ertragsunabhängigen Steuern für die deutsche Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Behauptung Nummer sechs der Koalition: Die SPD könne sich mit ihrem Widerstand gegen die Vermögensteuer auf den Kopf stellen, sie werde trotzdem 1997 nicht mehr erhoben. Meine Damen und Herren, mit dieser Behauptung haben Sie leider Recht. Warum? - Weil im Beschluß von Karlsruhe steht:

> Der Gesetzgeber ist verpflichtet, eine Neuregelung bis spätestens 31. Dezember 1996 zu treffen. Längstens bis zu diesem Zeitpunkt ist das bisherige Recht weiterhin anwendbar.

Zwei Dinge sind hier bedeutsam; hören Sie gut zu: Erstens. Sie sind verpflichtet, Sie kommen Ihrer Pflicht zu einer Reform der Vermögensteuer nicht (C) nach, wie sie hier in der Entscheidung von Karlsruhe niedergelegt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Zweitens. Wenn Sie Ihrer Pflicht nicht nachkommen und sich Kohl und Waigel weigern, dann kann sie ab 1997 nicht mehr erhoben werden, aber nicht deshalb, weil die SPD eingeknickt ist oder weil sie sich abgefunden hat - wie Sie in Hintergrundgesprächen verbreiten wollen; das steht heute leider in der Zeitung -, sondern weil wir über Ihre Blockadehaltung bei der Vermögensteuer nicht hinwegkommen. Wir jedenfalls werden die Abschaffung der Vermögensteuer bis zum Schluß bekämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenfassend sind wir der Ansicht: Erstens. Ihr Bundeshaushalt ist unsolide und basiert auf Luftbuchungen. Zweitens. Er verschärft die Arbeitslosigkeit, statt sie zu senken. Drittens. Er ist perspektivlos für die Zukunft unserer Kinder. Viertens. Er ist sozial ungerecht.

Wer das Eintreten für soziale Gerechtigkeit in diesem Land als Sozialneid diffamiert, der weiß nicht, wie es in den Portemonnaies der Arbeitnehmer aussieht, und deswegen werden wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen.

(D) (Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort für eine Kurzintervention hat der Kollege Koppelin.

Jürgen Koppelin (F.D.P.): Die Kollegin Matthäus-Maier hat in ihren Ausführungen die **globale Minderausgabe** kritisiert. Wir haben im Haushaltsausschuß - ich denke, es wäre auch redlich gewesen, wenn sie es gesagt hätte - ausdrücklich beschlossen, daß die Berichterstatter selbstverständlich bei der Erbringung der globalen Minderausgabe mit einzubinden sind.

Aber da die Kollegin Matthäus-Maier hier sehr viel zitiert hat, will ich einmal ein Zitat der Kollegin Matthäus-Maier zum Thema globale Minderausgabe bringen. Dieses Zitat lautet:

> Ich möchte ein Mißverständnis ausräumen, das vielleicht zwischenzeitlich zwischen dem Herrn Bundesfinanzminister und der Opposition aufgetaucht ist, nämlich was die globale Minderausgabe angeht. Ich glaube, über dieses Instrument der Haushaltspolitik kann man füglich streiten, denn es ist sehr grobflächig und überläßt seine Wirkung dem Haushaltsvollzug. Aber wenn man sich aus rein praktischen Gründen zur Anwendung dieses Instruments entschließt, dann steht dieses Instrument Koalition und Opposition gemeinsam und gleichermaßen zur Verfügung.

Jürgen Koppelin

(A) Frau Matthäus-Maier hat dies allerdings in einer Zeit gesagt, als sie Mitglied der sozialliberalen Koalition auf seiten der F.D.P. und haushaltspolitische Sprecherin gewesen ist. Sie sollte sich daran einmal erinnern.

Nun ein zweites, Frau Kollegin Matthäus-Maier, was ich nicht verstehen kann. Sie treten jedes Jahr zum Abschluß der Debatten zum Haushalt hier auf und sprechen zum jeweiligen Bundeshaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ja soweit in Ordnung.

Ich bedauere allerdings, daß Sie kein einziges Mal an den Beratungen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages teilgenommen haben. Das finde ich unredlich. Kommen Sie zukünftig in die Sitzung, beraten Sie mit, und informieren Sie sich. Ich glaube, danach würden Sie hier andere Reden halten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Matthäus-Maier.

Ingrid Matthäus-Maier (SPD): Herr Kollege Koppelin, ich wundere mich, daß Sie das nicht als Zwischenfrage vorgetragen haben;

(B) (Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Sie haben sie nicht zugelassen!)

denn dann hätte ich Ihnen gleich sagen können: Dieses eine Argument der Anwesenheit oder Nichtanwesenheit bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß müssen Sie sich abschminken.

Ich bin gar nicht Mitglied im Haushaltsausschuß, und stellvertretende Fraktionsvorsitzende – auch in anderen Parteien – können üblicherweise nur an ganz besonders wichtigen Sitzungen, etwa an Hearings im Finanzausschuß, teilnehmen. Sehen Sie einmal in die Liste; ich bin nicht Mitglied im Haushaltsausschuß. – Aber über den Haushalt weiß ich trotzdem besser Bescheid als Sie, Herr Koppelin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Eine objektive Unwahrheit!)

Zweitens. Ich glaube, ich habe in meiner Äußerung zur globalen Minderausgabe, die Sie zitiert haben, genau dasselbe gesagt wie hier. Ich habe nämlich gesagt – Sie haben es zitiert –: Darüber kann man füglich streiten, und es ist ein grobflächiges Instrument – genau das –, das man möglichst wenig anwenden sollte. Ich habe schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition – damals als Vorsitzende des Finanzausschusses – versucht, es nach Möglichkeit zu verhindern.

Sie halten es doch wohl für völlig korrekt, wenn ich Ihnen sage: Wir wollen konkret wissen, wo Sie sparen wollen; wir wollen keine allgemeinen großen (C) Zahlen, die sich im Nachhinein als Luftbuchungen erweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat jetzt der Kollege Hans-Peter Repnik, CDU/CSU.

(Unruhe)

– Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten?

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verabschieden heute den Haushalt 1997, und wir sind damit am Ziel einer schwierigen Wegstrecke angelangt. Die Probleme während der Aufstellung und im Verlauf der Beratungen sowie die Veränderungen der Rahmendaten, auf die reagiert werden mußte, spiegeln nur einen Teil der Probleme wider, denen sich unsere Volkswirtschaft insgesamt ausgesetzt sieht und die es gemeinsam zu lösen gilt.

Ich komme gleich zu Beginn meiner Ausführungen, Frau Kollegin Matthäus-Maier, zu einem ganz entscheidenden Punkt. Frau Matthäus-Maier, Sie haben in Ihren Ausführungen

(Klaus Lennartz [SPD]: Recht gehabt!)

den Eindruck erweckt, als ob unser Finanzminister im Laufe dieses Jahres bei der Erstellung des Haushalts und beim Vollzug mit bestimmten Daten nicht korrekt umgegangen ist.

(D) (Karl Diller [SPD]: Ja!)

Ich möchte hier noch einmal auf folgendes hinweisen: Die Daten, die bei der Aufstellung eines Haushalts zugrunde gelegt werden, sind nicht die Daten des Finanzministers; die Daten, die bei der Aufstellung eines Haushalts zugrunde gelegt werden, werden im **AK Steuerschätzung** erhoben.

(Bundesminister Dr. Theodor Waigel: So ist es!)

Dort ist der Bundesfinanzminister vertreten, dort sind alle Länderfinanzminister vertreten, dort ist die Bundesbank vertreten, und dort ist die Wissenschaft vertreten.

Wenn sich diese Daten im Laufe eines Jahres verändern, dann bleibt dem Finanzminister nichts anderes übrig, als verantwortlich zu reagieren. Er hat sowohl im Hinblick auf den Vollzug des Haushaltes 1996 als auch im Hinblick auf die Veränderungen des Haushaltes 1997 verantwortlich reagiert. Hieraus ist ihm kein Vorwurf zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Unruhe)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Repnik, einen Augenblick bitte. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach zu laut. Es macht keinen Sinn, unter diesen Umständen eine Debatte zu führen, weil man nicht einmal hier oben im Präsidium hören kann, was gesagt wird. Also bitte ich um etwas mehr Ruhe, und ich bitte diejenigen, die mei-

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) nen, Privatgespräche führen zu müssen, so nett zu sein, in die Lobby hinauszugehen.

Bitte, Herr Kollege Repnik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Frau Matthäus-Maier, Sie können noch so lautstark hier an diesem Podium auftreten: Die Opposition hat an den vergangenen vier Tagen einmal mehr versäumt, konkrete, glaubwürdige, tragfähige Alternativvorschläge vorzulegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

– Nein. Ich habe mir das Zehn-Punkte-Programm, das von Ihnen am heutigen Vormittag vorgetragen wurde, sehr genau angehört. Entweder bedeuten die darin enthaltenen Maßnahmen Umverteilung, oder sie kosten Geld. Kein einziger konkreter Einsparvorschlag war dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie haben keine Alternative, und ich füge hinzu: Zu diesem Haushalt gibt es auch keine Alternative.

(Lachen bei der SPD)

Dieser Haushalt steht für umsichtige Politik mit dem Ziel der Entlastung unserer Volkswirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Dieser Haushalt führt im kommenden Jahr die Ausgaben um 2,5 Prozent zurück, und er zeigt erneut, daß wir mit dem Abbau der Staatsquote Ernst machen, um Marktkräften wieder mehr Spielraum zu geben, und daß wir damit Ernst machen, Spielräume für mehr Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze zu eröffnen.

Die Verabschiedung dieses Haushalts ist eine gute Gelegenheit, um einen Blick auch in die Zukunft der parlamentarischen Arbeit zu werfen. Damit spreche ich ein Thema an, das soeben ebenfalls genannt wurde, nämlich die parlamentarischen Beratungen auch im **Bundesrat** und im **Vermittlungsausschuß.**

Wir stehen mitten in außerordentlich schwierigen Verhandlungen, in Verhandlungen, von deren Ergebnissen es auch abhängt, ob der Standort Deutschland gestärkt wird, ob Arbeitsplätze geschaffen werden oder ob Arbeitsplätze verlorengehen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben es doch mit in der Hand, und deshalb fordere ich Sie auf: Wirken Sie doch daran mit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Punkte, die Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, im Streit um die Steuerpolitik und um die Haushaltspolitik vermeintlich gegen uns verbuchen, machen Sie auf dem Rükken der Arbeitslosen in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Dies ist doch kein Spiel, das wir hier treiben. Für rund 4 Millionen Menschen ist die **Arbeitslosigkeit** jeden Tag bittere Realität. Während Sie sich an polemischen Angriffen auf die Regierung berauschen, verlieren weitere Menschen die Arbeitsplätze.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Zehn Punkte haben wir!)

Sicher ist es eine feine Strategie der Opposition, Erfolge der Regierungskoalition zu behindern,

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Die 4 Millionen Arbeitslosen?)

wo immer sie dazu in der Lage ist. Das ist vermutlich Ihre Aufgabe. Aber Sie verkennen dabei eines: Erfolge dieser Koalition und Erfolge dieser Regierung äußern sich in mehr Investitionen und in mehr Arbeitsplätzen. Und deshalb müssen Sie Ihre Blockadepolitik einstellen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Reden in dieser Woche im Plenum zum Haushalt 1997 haben einmal mehr deutlich gemacht: Sie betreiben eine Sozialromantik, gepaart mit einem eiskalten Kalkül. Dies ist Ihre Strategie.

Wir wollen mehr Sicherheit, aber wir müssen sie doch auch bezahlbar halten. Es kann doch nicht der Sinn sein, durch überzogene Sozialkosten Arbeit so teuer zu machen, daß immer mehr Menschen in Deutschland arbeitslos werden.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, können Sie eigentlich diesen Teufelskreis nicht erkennen, oder wollen Sie es nicht? Können Sie nicht erkennen, wie wichtig es ist, diese Spirale nach unten zu durchbrechen? Nicht irgendwann, nicht in kleinen Schritten. Wir haben die Zeit nicht, wir haben sie nicht mehr. Deshalb haben wir doch das **Programm für Wachstum und Beschäftigung** aufgelegt, aus diesem Grund. Es hilft uns doch nicht weiter, wenn Ihr Parteivorsitzender Lafontaine am Mittwoch dieser Woche hier dagegen nur polemisiert hat.

Wenn Sie uns nicht glauben, daß dieses Programm zu mehr Wachstum, zu Investitionen, Beschäftigung und Arbeitsplätzen führt, dann nehmen Sie doch bitte den Sachverständigenrat und das Gutachten ernst.

Ich möchte mir erlauben, zwei Passagen aus dem Gutachten des **Sachverständigenrates** zu zitieren, hochaktuell, erst wenige Wochen alt. Er schreibt unter anderem:

> Ein wichtiger Schritt waren die Gesetze zur Umsetzung von Teilen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung. Sie werden in der Öffentlichkeit als Sparpaket diskutiert, eine unglückliche Bezeichnung; denn in wesentlichen Teilen, vor allem bei den Neuregelungen zum Arbeitsrecht, geht es nicht um Sparen, sondern darum, mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Arbeits- und Tarifverträgen zu ermöglichen.

Soweit der Sachverständigenrat.

Hans-Peter Repnik

(A) Und der Sachverständigenrat geht weiter. Er macht deutlich, daß nicht nur die Regierung und nicht nur das Parlament, sondern die gesamte Gesellschaft Verantwortung bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze trägt. Deshalb will ich eine zweite Passage zitieren. Der Sachverständigenrat schreibt:

> Die gesetzliche Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat bei den Tarifparteien zu einer Verhärtung der Fronten geführt. Es fehlt anscheinend an der Einsicht, daß es jetzt darauf ankommt, den vom Gesetzgeber geschaffenen Gestaltungsspielraum verantwortlich auszufüllen und dabei sowohl den Interessen der Arbeitnehmer an Lohn und Absicherung gegen Risiken Rechnung zu tragen, als auch die Voraussetzung für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn das kein Fahrplan ist, an den sich diese Regierung auch korrekt hält, dann weiß ich nicht weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hetzkampagne der Opposition – gerade auch in dem vorhergehenden Beitrag – gegen die Beseitigung der **Vermögensteuer** ist nur exemplarisch für die mangelnde Bereitschaft, wirtschaftliche Zusammenhänge anzuerkennen. Frau Matthäus-Maier, Sie haben es heute zum wiederholten Male getan. Wir haben gestern in schwierigen Verhandlungen vereinbart, daß wir nicht aus diesen Gesprächen zitieren.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Das habe ich auch nicht!)

(B) Und ich will mich an diese Vereinbarung halten. Aber auch am gestrigen Tag, am gestrigen Abend lag kein Angebot der SPD auf dem Tisch, daß bei der betrieblichen Vermögensteuer über die Kapitalgesellschaften hinaus auch **Personengesellschaften** davon betroffen sein sollen. Wir haben an diesem Pult den Streit schon einmal ausgetragen, und Sie gehen leichtfertig mit der Wahrheit um.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Langsam!)

– Ich habe Sie selbst hier an diesem Pult gefragt.

Tatsache ist, daß die SPD angeboten hat, auf die betriebliche Vermögensteuer zu verzichten, soweit es sich um Kapitalgesellschaften handelt, wohl wissend, daß 90 Prozent aller Gesellschaften in Deutschland Personengesellschaften sind und der gesamte Mittelstand davon nicht betroffen wäre. Den wollen Sie belasten. Da hilft auch Ihre ganze Hommage an das Handwerk nichts. Sie haben diesen Teil abgeschrieben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir reden in diesen Tagen und Wochen viel über den schlanken Staat und haben bereits eine Vielzahl von Maßnahmen dazu umgesetzt; andere sind noch in der Umsetzung. Sie wissen doch ganz genau: Selbst wenn wir den privaten Teil der Vermögensteuer erhalten wollten, wenn dies denn möglich wäre – wir wissen alle, daß es schwierig ist, hier Unterscheidungen vorzunehmen –, dann müßten für diesen geringen Teil der gesamte Apparat aufrechterhalten, alle Beamten damit befaßt, die Erhebungsmöglichkeiten bestehen bleiben. Mit schlankem Staat hat dies nichts zu tun. (C)

Deshalb ist es nur folgerichtig, daß wir die Vermögensteuer insgesamt abschaffen und den Teil, der der privaten Vermögensteuer zuzurechnen war – er ist zugegebenermaßen nicht arbeitsplatzrelevant –, der Erbschaftsteuer zuschlagen. Das heißt, diese Summe muß dieselbe Zielgruppe tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Sterben die denn jedes Jahr? Die sterben doch nicht jedes Jahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Sachverständigenrat sagt unter anderem folgendes – ich zitiere ihn zum drittenmal –:

> Weder der Export noch der reale Außenwert sind in erster Linie geeignete Indikatoren zur Beurteilung der Standortqualität. Worauf es ankommt, sind die Investitionen. Hierbei ist das besondere Augenmerk auf die Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland einerseits und die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland andererseits zu richten. Hier gibt es deutliche Warnzeichen: Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland fallen auf ein enttäuschend niedriges Niveau zurück.

Wenn wir jetzt wissen, daß die **Gesamtsteuerlast** einer Kapitalgesellschaft in Deutschland 64,9 Prozent beträgt – damit liegen wir weltweit an der Spitze –, ist es doch nur folgerichtig, daß wir die Möglichkeit der Abschaffung der Vermögensteuer nutzen, um die Gesamtsteuerlast zu senken und den Standort Deutschland attraktiver zu machen, damit in Deutschland wieder mehr Ausländer investieren und Arbeitsplätze schaffen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich muß mich mit noch einem Argument auseinandersetzen – nur weil Sie es gebetsmühlenartig wiederholen, wird es nicht wahrer, Frau Matthäus-Maier –: Die **Steuerquote** in der Bundesrepublik Deutschland habe eine Rekordhöhe erreicht. Werfen Sie doch einmal einen Blick auf die Auflistung dieser Quoten. Dann wird Ihnen folgendes auffallen: Die derzeitige Steuerquote – sie wird für dieses Jahr auf 22,5 Prozent geschätzt – ist die niedrigste seit 1960. Der wirkliche Rekord findet sich aber im Jahr 1977.

(Bundesminister Dr. Theodor Waigel: Ja, sehr richtig!)

Dort lag die Steuerquote bei 25,1 Prozent. Das war 1977, unter einer SPD-geführten Regierung, ohne die Belastung durch eine Wiedervereinigung. Dies ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Abgabenquote** wurde heute morgen ebenfalls wieder angesprochen. Es ist einfach unredlich, hier die Höhe der Abgabenquote zu geißeln und zugleich in den Bereichen, wo diese Koalition die Abgabenquote

Hans-Peter Repnik

(A) senken will, zu blockieren. Ich darf dafür nur einige wenige Beispiele nennen: Gesundheitsstrukturreform – im Bundesrat blockiert! Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes – heute im Bundesrat blockiert! Rentengesetzgebung – im Bundesrat blockiert! Bezügefortzahlungsgesetz – im Bundesrat blockiert!

Sie hätten heute die Möglichkeit gehabt, den Wahrheitsbeweis anzutreten, daß Sie bei der Senkung der Abgabenquote mitwirken. Sie sind ihn einmal mehr schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Irgendwann müssen Sie uns schon die Antwort auf die Frage geben, wie Sie die Probleme lösen wollen. Beispiele aus dieser Woche: Lafontaine – so diese Woche hier im Plenum – will mehr Schulden zugunsten von mehr Konsum; Matthäus-Maier geißelt die Verschuldung. Nach den verlorenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg fährt der SPD-Vorsitzende einen strammen Kurs Richtung Euro; der wirtschaftspolitische Sprecher dieser Partei, der niedersächsische Ministerpräsident, läßt sich letzte Woche in London als Euro-Skeptiker feiern.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Was macht der Stoiber?)

Matthäus-Maier prangert hohe Steuer- und Abgabenquoten an und kämpft verbissen gegen die Senkung dieser Steuer- und Abgabenquoten im Vermittlungsausschuß. Lafontaine fordert diese Woche an diesem Pult eine Ausbildungsausgabe, Schröder und Clement sind dagegen. Dies alles geschieht in einer (B) Woche. Was gilt eigentlich, was ist Ihre Politik?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die demoskopischen Umfragen sollten Ihnen von der Opposition zu denken geben. Auch das Gespräch mit den Bürgern im Wahlkreis müßte Ihnen doch verdeutlichen, daß die von Ihnen betriebene Politik nicht glaubwürdig ist. Die Bürger haben begriffen, daß wir mitten in einem **Strukturwandel** stehen. Dieser Strukturwandel ist notwendig, wenn wir dieses Sozialsystem und die Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Ich möchte noch einmal auf die Bemerkungen Ihres Parteivorsitzenden von dieser Woche eingehen. Statt mitzuhelfen, diese Probleme zu lösen, hat Oskar Lafontaine in dieser Woche eine Situation für Deutschland beschworen, die so zu nennen ich für leichtfertig und für fahrlässig halte. Er sprach von Brüningschen Landschaften, als wenn die Situation heute mit der Situation zu Beginn der 30er Jahre vergleichbar wäre. Noch nicht einmal das Saarland unter seiner Führung ist so weit heruntergekommen, wie es zu Beginn der 30er Jahre der Fall war.

Dies ist nicht nur verantwortungslos, sondern so kann man einen Standort auch international kaputtreden. Es ist schlichtweg auch falsch, wie man schlußendlich weiß.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles, (C) was Sie vorgeschlagen haben, führt zu mehr **Verschuldung.**

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Wieso? Entsendegesetz? Ökologische Steuerreform?)

Den expansiven Wirkungen wachsender Defizite – das wissen wir doch – stehen kontraproduktive Wirkungen im privaten Sektor gegenüber. Steigende öffentliche Verschuldung wird von den Unternehmen als Investitionsrisiko betrachtet, da sie **steigende Steuerbelastungen** befürchten – zu Recht. Je stärker der Staat den Kreditmarkt in Anspruch nimmt, um so mehr hat dies Auswirkungen auf das Zinsniveau und damit auf private Investitionen. Das derzeitig günstige Zinsniveau ist auch darauf zurückzuführen, daß ausländische Kapitalanleger nach wie vor darauf vertrauen, daß diese Bundesregierung eine überzeugende und eine verläßliche Konsolidierungsstrategie verfolgt.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Repnik, achten Sie bitte auf die Zeit.

Hans-Peter Repnik (CDU/CSU): Wenn Sie mir noch einige wenige Sätze geben.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ein Kurswechsel in der Finanzpolitik könnte dazu führen, daß **ausländische Kapitalanleger** einen Risikozuschlag für Anlagen in Deutschland verlangen, dadurch die Zinsen steigen und damit die Investitionsentscheidungen negativ beeinflußt werden. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Haushalt vorgelegt, der der jetzigen schwierigen Situation gerecht wird. Wir haben mit der Planung einer großen Steuerreform, die Steuern senkt, die das Steuersystem sozialverträglicher, transparenter macht, den Startschuß für mehr Glaubwürdigkeit und für Investitionen in Deutschland gegeben.

(Lachen bei der SPD)

Wir, die CDU/CSU-Fraktion, danken dem Finanzminister, daß er in schwierigen Zeiten Kurs gehalten hat.

Wir stimmen deshalb diesem Haushalt zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Wir wären nach dem ursprünglichen Fahrplan jetzt am Schluß der Debatte. Ich höre aber, daß sich die Fraktionen darauf verständigt haben, zu zwei Anträgen, nämlich den Anträgen auf Drucksache 13/6351 und 13/6354, eine Sonderdebatte zu führen. Wird dazu ein Antrag gestellt? – Herr Catenhusen.

Wolf-Michael Catenhusen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Bundestagsfraktion beantrage ich hiermit eine Verlängerung der Aussprache zur dritten Lesung um eine Kurzdebatte zu den vorliegenden Anträgen zur aktuellen Lage im

Wolf-Michael Catenhusen

(A) Iran. Ich gehe nach den Vorgesprächen davon aus, daß dies die Billigung aller Fraktionen findet.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das scheint so der Fall zu sein. Dann verlängern wir die Debatte. Verabredet waren fünf Minuten Redezeit pro Fraktion und Gruppe.

Dann setzen wir die Debatte fort. Das Wort hat der Kollege Rudolf Seiters, CDU/CSU.

Rudolf Seiters (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte ich zur deutschen und europäischen Iran-Politik folgendes feststellen:

Erstens. Die **Fatwa-Drohungen** aus dem Iran gegen die deutsche Justiz und die am Mykonos-Prozeß beteiligten Richter und Staatsanwälte sind unerträglich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Vorwurf, das Mykonos-Verfahren sei ein politischer Prozeß, ist abwegig und wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachdrücklich zurückgewiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Reaktion von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesregierung war unmißverständlich, war angemessen und findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Zweitens. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß nunmehr auch die iranische Regierung erkannt hat, daß sie alles tun muß, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Das **diplomatische Personal** und die **im Iran lebenden Deutschen** haben nach dem Völkerrecht **Anspruch auf persönliche Sicherheit** und den Schutz vor Übergriffen. Die iranische Regierung hat die volle Verantwortung dafür, daß dieser Schutz auch künftig gewährleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Drittens. Unser Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung bedingt eine **unabhängige Justiz.** Angesichts der berechtigten öffentlichen Emotionalisierung der Krise in den deutsch-iranischen Beziehungen gilt dieser Grundsatz um so mehr. Die Vorgänge im Iran erfordern selbstverständlich immer eine Prüfung, ob und in welcher Weise wir zu agieren und zu reagieren haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt jedoch mit Blick auf den Mykonos-Prozeß eine politische Vorwegnahme des Urteils ab. Sie unterstützt auch in dieser Hinsicht den besonnenen und zurückhaltenden Kurs der Regierung.

Viertens. Wir müssen jedoch auch erkennen, daß der **Begriff des kritischen Dialogs** zu Mißverständnissen geführt hat und führt; denn es ist der Eindruck entstanden, als handele es sich um eine privilegierte Beziehung. Dies ist aber eindeutig nicht der Fall.

(C) Wir verfolgen mit unserer Politik gegenüber dem Iran folgende Ziele: Wir wollen eine klar erkennbare, positive Haltung zum **Nahost-Friedensprozeß.** Teherans Politik gegenüber Israel ist immer auch ein Gradmesser für die deutsch-iranischen Beziehungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, daß der Iran **terroristische Aktivitäten** weder politisch noch logistisch, noch finanziell unterstützt. Wir bestehen darauf, daß der Iran seine umfangreichen Beschaffungsaktivitäten für nukleares Material einstellt und die von ihm unterschriebene **C-Waffen-Konvention** und den **Nichtverbreitungsvertrag** ohne Wenn und Aber einhält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Wir fordern vom Iran, die **Menschenrechte** einzuhalten und die **Glaubens- und Religionsfreiheit** zu respektieren. Selbstverständlich hat der Iran alle Aktivitäten zu unterlassen, die auf die Verfolgung von im Ausland lebenden Oppositionellen gerichtet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist erklärte Politik der Bundesregierung. Bei dieser Politik hat die Bundesregierung die volle Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Christoph Zöpel, SPD-Fraktion.

(D)

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD legen dem Hause einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu den Beziehungen Deutschlands zum Iran vor. Dabei bewegen uns zwei Problemkreise.

Der eine Problemkreis betrifft Angriffe aus dem Iran gegen die **Unabhängigkeit** unserer **Justizbehörden.** Diese weisen wir selbstredend zurück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Iran muß wie jeder andere Staat auf der Welt, wenn er gute Beziehungen zu Deutschland haben will, akzeptieren, daß bei uns die Justiz unabhängig ist und weisungsunabhängig von der Regierung arbeitet.

Der zweite Punkt, der uns Sorgen bereitet, ist: In ganz Europa und auch in Deutschland werden Exiliraner bedroht und teilweise ermordet. Es besteht der Verdacht, daß iranische Stellen, der iranische Geheimdienst in diese **Bedrohungen** und **Morde** verwickelt sind. Genauso wie die Unabhängigkeit der Justiz gehört zu den Prinzipien unseres Rechtsstaats, daß wir alles tun, um für jeden in Deutschland lebenden Menschen Schutz vor Bedrohungen und Ermordung sicherzustellen, sei er Deutscher, sei er Iraner.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christoph Zöpel

Im Mykonos-Prozeß werden entsprechende Verdächtigungen gegen den **iranischen Geheimdienst** zum Ausdruck gebracht. Ich möchte wiederholen, was ich dem zuständigen Staatsminister bereits gesagt habe: Schon eine öffentliche Diskussion darüber, mehr noch aber die Tatsache der Zusammenarbeit mit dem iranischen Geheimdienst ist unerträglich und auch nicht durch Erfolge, die manchmal vermeldet werden, zu rechtfertigen, solange der Verdacht nicht ausgeräumt ist, daß dieser Geheimdienst hier droht oder gar mordet. Das ist ein Essential.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Gregor Gysi [PDS])

Bei unseren internationalen Beziehungen – auch zum Iran – gibt es drei Ziele: die Sicherheit unserer eigenen Bürger, die Berücksichtigung unserer Verflechtung in den Welthandel und die Erfüllung unserer Verpflichtungen in bezug auf die Menschenrechte, auch gegenüber dem Iran.

Wie unsere Beziehungen zum Iran sind, hängt davon ab, wie sich der Iran verhält. Zur Zeit verhält er sich aus unserer Sicht nicht so, daß irgend etwas mit ihm als Beziehung definiert werden kann, was über die Normalität diplomatischer Beziehungen hinausgeht.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Diese Normalität halten wir allerdings für notwendig, weil sie die Basis dafür ist, überhaupt über Sicherheitsinteressen, Handel und Menschenrechte zu sprechen. Die Beziehungen können um so besser sein, je eindeutiger ist, daß Deutsche von Iranern nicht bedroht werden, daß der Iran endlich einen aktiven Beitrag zum mittelöstlichen Friedensprozeß leistet und daß er sich in die internationalen Bemühungen einschaltet, den Terrorismus zu bekämpfen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit der inneren Unterdrückung?)

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen ist aber vielleicht bei uns die größere Bringschuld. Es kann keine Debatte darüber geben, daß aus Deutschland Güter dorthin exportiert werden, die zur Herstellung von **ABC-Waffen** beitragen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen Schritt weitergehen: Gerade der Iran ist ein Beispiel dafür, daß noch einmal überlegt werden muß, ob es überhaupt irgendeinen Sinn macht, daß Deutschland **Rüstungsgüter** exportiert.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die **Menschenrechtsfragen** sind oft erörtert worden. Ich glaube, in allen Gesprächen der europäischen Länder insgesamt muß auf diese Fragen generell und einzeln noch stärker eingegangen werden. Daß Schriftsteller verschwinden oder ausgepeitscht werden, führt bei mir – dies habe ich schon einmal gesagt – zu einem Gefühl des Ekels. Wie im Iran mit Frauen umgegangen wird, angeblich sogar rechtlich legitimiert, das geht nicht an. Wir müssen darauf hinwirken, daß bestimmte, gegen die Konvention über die Menschenrechte verstoßende Rechtspraktiken im Iran nicht mehr möglich sind. Das muß diesem Land gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Seiters, vieles von dem, was Sie gesagt haben, deckt sich inhaltlich mit dem, was ich sage. Für mich stellt sich die Frage, ob Sie unserem Antrag nicht zustimmen können. Ich sage das sehr bewußt; denn – das bitte ich zu beachten – er beschimpft nicht die Bundesregierung. Er macht die Bundesregierung auch nicht für das verantwortlich, was im Iran passiert. Solche Debatten halte ich für abwegig. Ich halte es für abwegig, unsere Bundesregierung für das verantwortlich zu machen, was im Iran passiert. Auch wenn Sie, Herr Bundesaußenminister, noch nachdrücklicher reden würden – daß Sie nachdrücklich reden, bestreite ich nicht –, würde sich der Iran nicht gleich ändern. Ich glaube aber, bezüglich der Prinzipien der Iranpolitik, die ich genannt habe, müßte Einvernehmen herrschen.

(Ingrid Matthäus-Maier [SPD]: Ja!)

Deshalb frage ich Sie, ob Sie unserem Antrag nicht zustimmen können. Alles das, was ich gesagt habe, müßte eigentlich Ausdruck einer rechtsstaatlichen Gemeinsamkeit in einem aufgeklärten Staat sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Dr. Helmut Lippelt, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Helmut Lippelt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erster Punkt: Wir sind in den vergangenen Wochen Zeugen schlimmer Vorgänge gewesen. Ein unabhängiges Gericht ist in einer Weise beschimpft worden, daß sich die Staatsanwälte fast einer Fatwa ausgesetzt sahen. Der Bundeskanzler hat einen klugen Brief geschrieben, und der iranische Staatspräsident hat daraus in seiner Freitagspredigt gefolgert, der deutsche Bundeskanzler habe um Nachsicht gebeten. Das Gericht sei trotzdem beeinflußt und stehe dann eben unter dem Einfluß der Amerikaner und Israelis.

Ich glaube, wir haben als Bundestag die Pflicht, uns sehr entschieden für die **Unabhängigkeit der dritten Gewalt** auszusprechen. Das müssen wir unabhängig davon machen, welche Briefe auf politischer Ebene geschrieben werden.

Zweiter Punkt: Es gibt nicht nur den Mykonos-Prozeß. Es hat eine Reihe von bis heute unaufgeklärten Morden an Exiliranern gegeben, nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Wir haben in dem Antrag unsere Worte sehr wohl abgewogen. Wir

Dr. Helmut Lippelt

(A) alle wissen, daß die Aufregung im Iran so groß ist, weil der **Staatsterrorismus** auf der Anklagebank sitzt.

Dritter Punkt. Wir haben bis heute keine Aufklärung über das Verschwinden des iranischen Schriftstellers Faradj Sarkui, der auf dem Weg hierher war. Wir müssen auch in diesem Fall noch einmal mit allem Nachdruck die Regierung dazu auffordern, sich entschiedener für die Aufklärung einzusetzen. Ebenso müssen wir immer wieder den traurigen Umstand anprangern, daß es immer noch **Morde an den Baha'i** und – darauf hat der Kollege Zöpel bereits hingewiesen – schlimme Vorgänge im Verhalten zu Frauen gibt.

Letzter Gesichtspunkt: Wir alle wissen, daß wir, wenn ein Urteil gesprochen sein wird, möglicherweise vor sehr ernsthaften Überprüfungen der deutsch-iranischen Beziehungen stehen. In dem Antrag wird nicht die Isolierung Irans durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen gefordert. Das ist ganz klar.

Aber, Herr Außenminister, ich habe von Ihnen gelesen, es müßte erst ein rechtskräftiges Urteil ergehen. Das dauert zu lange. Ich glaube, die politischen Beurteilungen müssen früher ansetzen. Sie müssen vor allem an einem Punkt eher ansetzen: bei der **Zusammenarbeit der Geheimdienste.** Das ist eine Frage der politischen Beurteilung, und deshalb haben wir diesen Punkt in unserem Antrag sehr, sehr deutlich gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat jetzt der Kollege Ulrich Irmer, F.D.P.

Ulrich Irmer (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle zu meiner Befriedigung fest, daß in diesem Hause über einige Punkte allseits Einigkeit besteht. Das ist erstens der Punkt, daß wir Wert darauf legen müssen, auch anderen Ländern klarzumachen: Unsere **Justiz** ist **unabhängig** und weder durch Weisungen der Bundesregierung noch durch irgendwie gearteten Druck von außen zu beeindrucken, sondern strikt an Recht und Gesetz orientiert. Das muß so bleiben, darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Zweite Feststellung: Die Bundesregierung geht auch in ihrer **Politik gegenüber dem Iran keinen Sonderweg,** sondern ihre Politik ist in die Politik der Kollegen und Partner in der Europäischen Union eingebettet in enger Abstimmung mit den Verbündeten. Seit 1992 ist die Politik, die jetzt verfolgt wird, im Rat der Europäischen Union festgelegt. Heute findet eine erneute Besprechung zwischen den Europäern und dem Iran statt.

Der Begriff „kritischer Dialog" ist mißverstanden worden. Er hat nie etwas anderes bedeutet als den Versuch – so ist es auch in den Texten definiert –, auf den Iran aktiv einzuwirken, damit er sich an die internationalen Standards hält. Hier sind insbesondere zu nennen: die Unterstützung des **Nahost-Friedensprozesses** – wir erwarten vom Iran, daß er ihn aktiv betreibt, daß er nicht, wie in der Vergangenheit, diesen Prozeß zu stören versucht –, die Abkehr von der **Produktion von Massenvernichtungswaffen,** insbesondere von ABC-Waffen, die **Absage an Terror,** und zwar im eigenen Lande ebenso wie auf internationaler Ebene, und die **Wahrung der Menschenrechte,** auch der eigenen Staatsbürger. (C)

Dies alles – das entnehme ich den Äußerungen – ist in diesem Hause einvernehmlich.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Hinsichtlich der beiden Anträge geht es darum, daß wir bei unseren Anliegen, die wir formulieren wollen, nicht den Fehler machen, daß wir Dinge unterstellen, und zwar insbesondere der Bundesregierung, die nicht richtig sind. Herr Kollege Zöpel, es wäre mir eine Freude, Ihnen jetzt hier signalisieren zu können, daß wir bereit wären, Ihrem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das geht aber aus zwei präzisen Gründen nicht.

Ich will Ihnen das an Hand Ihres eigenen Textes darlegen. Sie schreiben in Ziffer 3:

> Das derzeitige Verhalten der Regierung des Iran erlaubt es aber nicht, Kontakte und Formen der Zusammenarbeit zu unterhalten, die über normale diplomatische Beziehungen hinausgehen.

(D)

Hierbei unterstellen Sie, meine Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, daß die Bundesregierung dies täte. Genau das ist aber nicht der Fall. Die **Beziehungen zum Iran** bewegen sich auf einem Niveau, das genau an der Grenze dessen liegt, was ganz normale diplomatische Beziehungen sind. Insofern enthält der zitierte Text eine Unterstellung.

Zweitens schreiben Sie in Ziffer 4 b Ihres Antrages, daß **Rüstungsexporte** eingestellt werden müssen. Operieren Sie doch hier nicht mit der Unterstellung, es gebe Rüstungsexporte! Die Bundesrepublik Deutschland hat in ihrer Gesetzgebung und in der Praxis ihrer Behörden alle Rüstungsexporte in den Iran geächtet und gebannt.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie finden nicht statt. Es ist eine bösartige Unterstellung, wenn hier so getan wird, als sei dies der Fall.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Irmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zöpel?

Ulrich Irmer (F.D.P.): Ich dachte, das sei in dieser Runde nicht möglich, und ich glaube, wir sollten uns auf die fünf Minuten beschränken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ulrich Irmer

(A) Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Der Iran entfaltet zur Zeit eine lebhafte diplomatische Offensive. Es werden Versprechungen und Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir sollten den Iran beim Wort nehmen. Wenn er Versprechungen oder Angebote macht, Überprüfungen vorzunehmen, dann nehmen wir ihn beim Wort. In den Beziehungen zum Iran gelten nicht Worte, sondern auch hier heißt es: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Dr. Gregor Gysi.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einig sind wir uns ganz sicherlich in der Zurückweisung der Versuche des iranischen Regimes, in welcher Form auch immer **Einfluß auf die Rechtsprechung** in der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen. Einig sind wir uns, glaube ich, weiterhin in der Frage, daß niemand in diesem Hause fordert, die **diplomatischen Beziehungen** zum Iran abzubrechen. Man braucht auch diplomatische Kontakte, um Einfluß nehmen zu können.

Aber dann beginnen die großen Unterschiede. Von CDU/CSU und F.D.P. ist hier geäußert worden, daß die Beziehungen der Bundesregierung zu der iranischen Regierung weder besonders intensiv gewesen (B) wären noch seien. Ich darf Sie daran erinnern, Herr Bundesaußenminister: Als die Mehrheit dieses Hauses gefordert hat, den iranischen Außenminister auszuladen, haben Sie lieber die ganze Konferenz abgesagt, als zu diesem Schritt bereit zu sein, obwohl das damals ein wichtiger diplomatischer Akt gewesen wäre,

(Beifall bei der PDS)

übrigens auch deshalb, damit die iranischen Behörden nicht glauben, sie könnten hier schalten und walten, wie sie wollen. Sie hatten nämlich den Eindruck, der Protest in Deutschland sei im Vergleich zu anderen Ländern immer besonders niedrig, und das hat sie zum Teil ermutigt.

Wir kommen auch um die Tatsache nicht herum, daß es in den Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran keineswegs nur um Fragen der diplomatischen Beziehungen geht. Es geht auch um sehr viel Geld. Es geht um sehr viel wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das ist es, was die Bundesregierung anscheinend lähmt.

(Beifall bei der PDS)

Da kommt dann das instrumentelle Verhältnis zu den **Menschenrechten** zum Ausdruck. Bei Ländern, bei denen es keine wirtschaftlichen Interessen gibt, werden die Menschenrechte besonders großgeschrieben. Bei Ländern, bei denen die wirtschaftlichen Interessen besonders groß sind, werden sie immer hintangestellt. Dieses Verhältnis der Bundesre- (C) gierung zu den Menschenrechten muß endlich überwunden werden.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im übrigen ist es doch so: Im Iran wird versucht, in Fragen der Religion, in Fragen der Behandlung von Frauen und in anderen Fragen mittelalterliche Strukturen durchzusetzen; nur geschieht dies mit äußerst modernen technischen und anderen Ausrüstungen und mit einem – im negativen Sinn gemeint – modern organisierten **Geheimdienst**. Das macht die Sache besonders gefährlich und brutal. Es geht nicht nur um Massenvernichtungswaffen, sondern auch um die Art und Weise, wie der Iran international wirkt und verfolgt. Ich habe erlebt, daß Mitglieder der Tudeh-Partei noch 1990 in der DDR versteckt werden mußten. Die Sicherheit war auf Grund der Art und Weise, wie der iranische Geheimdienst in solchen Fällen vorgeht, kaum zu gewährleisten.

Ich will sagen, weshalb wir dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen können. Sehen Sie, der letzte Punkt ist mir wirklich viel zu schwach. Sie schreiben:

> Für weitere Beziehungen zum Geheimdienst des Iran ist die Aufklärung des Verdachts seiner Verwicklung in die Ermordung von Exil-Iranern Voraussetzung.

Können Sie mir einmal erklären, wieso ein demokratischer Rechtsstaat überhaupt Beziehungen zum Geheimdienst eines solchen mittelalterlichen Regimes aufrechterhalten muß und wieso wir das erst noch aufklären müssen? (D)

(Beifall bei der PDS)

Es wird höchste Zeit, die Beziehungen zum iranischen Geheimdienst abzubrechen. Er hat noch nichts Positives in dieser Welt geleistet, sondern nur Negatives.

Das gilt übrigens auch und gerade für den **Friedensprozeß im Nahen Osten**. Dieser Geheimdienst hat immer daran gearbeitet, diesen Friedensprozeß zu verhindern, Israel zu diskreditieren und alle Schritte, die den Friedensprozeß erleichtert hätten, zu erschweren. Das wird mir hier einfach nicht deutlich genug. Deshalb kann man dem so nicht zustimmen.

Ich sage deshalb noch einmal: Das Verhalten der iranischen Regierung und überhaupt des iranischen Regimes ist stark zu kritisieren. Wenn der Präsident und andere im Iran erklären, daß vielleicht gar nicht Deutschland schuld ist, sondern Israel und die USA schuld sind an einem aus ihrer Sicht falschen Plädoyer der Staatsanwaltschaft im Mykonos-Prozeß, frage ich: Wieso begrüßen Sie denn in Ihrem Entschließungsantrag das Verhalten des Iran? Diese Aussage des Iran ist doch eine genauso große Unverschämtheit. Israel und auch die USA haben überhaupt nichts damit zu tun.

(Beifall bei der PDS)

Diese Regierung könnte man erst dann begrüßen, wenn sie sich zu ihrer eigenen Verantwortung be-

Dr. Gregor Gysi

(A) kennt. Davon ist sie meilenweit entfernt. Deshalb können wir Ihrem Antrag in gar keinem Falle zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich schließe die Aussprache. Ich weise darauf hin, weil es darüber Diskussionen gegeben hat: Ich habe in dieser Runde beantragte Kurzinterventionen nicht zugelassen, weil sie dem Charakter einer vereinbarten Fünf-Minuten-Runde widersprechen.

Deshalb kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Dazu ganz allgemein: Ich werde zunächst über alle Einzelanträge abstimmen lassen und die namentliche Abstimmung ganz ans Ende setzen. Entgegen den Ankündigungen zu Beginn dieser Debatte gibt es nicht zwei namentliche Abstimmungen, sondern nur eine, weil das Verlangen auf namentliche Abstimmung zu einem Entschließungsantrag zurückgezogen ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entschließungsantrag auf Drucksache 13/6351. Der Kollege Christoph Zöpel hat gebeten, dazu eine Erklärung zur Abstimmung abgeben zu dürfen. Da Sie, Herr Kollege Zöpel, in dieser Debatte gesprochen haben und wir für diesen Fall im Ältestenrat vereinbart haben, daß dann eine Erklärung zur Abstimmung nicht zulässig ist, kann ich Ihnen nur das Wort zu einer Erklärung zur Aussprache nach § 30 der Geschäftsordnung geben. Vergegenwärtigen Sie sich den Unterschied und achten Sie bitte darauf, wenn ich Ihnen jetzt das Wort gebe!

(B)

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Zöpel, ich darf Ihnen, damit es keine Mißverständnisse gibt, sagen: In einer Erklärung zur Aussprache können Sie nur Stellung nehmen zu Äußerungen, die sich in der Aussprache auf die eigene Person bezogen haben. Sie können diese zurückweisen oder richtigstellen. Ist das klar?

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Dieser Tatbestand der Geschäftsordnung wird zu Recht angewandt.

Ich nehme bezug auf das, was Herr Kollege Irmer zu meinem Vorschlag, die Regierungsfraktionen könnten unserem Antrag zustimmen, geäußert hat.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Das ist nicht zur Person! – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Nein, das geht nicht! Sie sprechen zur Sache!)

Ich stelle folgendes fest: Der Antrag unterstellt nicht, Herr Außenminister – –

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) – Der Antrag unterstellt – –

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Es wäre noch klüger, wenn Sie sagen würden: Wenn mir unterstellt worden ist, daß – –

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Aha!

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Christoph, sag': Mir wurde unterstellt!)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens. Herr Kollege Irmer hat mir – und damit den anderen Antragstellern – unterstellt, die Ziffer 3 unseres Antrages, in der von **„normalen diplomatischen Beziehungen"** die Rede ist, unterstelle der Bundesregierung, sie unterhalte weiterreichende Beziehungen zum Iran. Ich stelle hiermit fest: Ich unterstelle das nicht.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Das heißt: Sie können diesem Antrag problemlos zustimmen, wenn Sie nicht selbst glauben, daß die Bundesregierung Beziehungen zum Iran unterhält, die die Normalität überschreiten.

(D)

Zweitens. Herr Irmer hat mir – und damit den anderen Antragstellern – unterstellt, wir unterstellten der Bundesregierung, sie wolle **Rüstungsexporte** in dieses Land. Wir unterstellen das nicht. Sie können unserem Antrag problemlos zustimmen, weil wir das nicht unterstellen. Ihre Unterstellungen mir gegenüber, auf Grund derer die Regierungsfraktionen nicht zustimmen können, sind hinfällig.

Ich füge im übrigen hinzu – ich wurde angesprochen –: Wie viele andere auch werde ich mich bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entschließungsantrag auf Drucksache 13/6351. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/6354. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

Die Grünen und der PDS bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPD auf Drucksache 13/6345 (neu); dieser Antrag ist vorhin verteilt worden. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6353. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/6314. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 13/6348. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der PDS abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6339. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der PDS mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6341. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der PDS mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen damit zur Schlußabstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997. Das sind die Drucksachen 13/5200, 13/5836, 13/6001 bis 13/6025, 13/6026, 13/6027 und 13/6350.

Die Fraktion der CDU/CSU verlangt eine namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall.

Ich eröffne die Abstimmung. –

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Ich frage noch einmal, ob irgend jemand anwesend ist, der seine Stimme nicht abgegeben hat. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben.*)

Wir setzen jetzt die Beratungen fort. Ich rufe den Zusatzpunkt 2 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen, zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes und zur Änderung des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost**

– Drucksache 13/6088 –

(Erste Beratung 138. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

– Drucksache 13/6336 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Oswald Metzger
Dankward Buwitt
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich würde jetzt gern die Aussprache eröffnen; man beachte den Konjunktiv. Ich kann das aber erst tun, wenn einigermaßen geregelte Verhältnisse hier im Plenum hergestellt sind. Ich bitte also alle diejenigen, die den Mittelgang und die übrigen Gänge besetzt halten, sich entweder zu setzen oder das Plenum zu verlassen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Irmgard Karwatzki.

Irmgard Karwatzki, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits vor gut zwei Wochen haben wir über das Thema Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen und den Entwurf des Altschuldenregelungsgesetzes hier im Bundestag diskutiert. Um eine einvernehmliche Lösung mit den Ländern zu erreichen, hat der Bund in den vergangenen Tagen nochmals eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, die in dem heute zu beschließenden Entwurf berücksichtigt sind.

Ich habe die Erwartung und Überzeugung, daß die Länder im Bundesrat dem Entwurf, wie er jetzt vorliegt, zustimmen können und werden; denn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, „Altschulden und kein Ende" könnte formuliert werden. Ich bin der

*) Seite 12983 D

Parl. Staatssekretärin Irmgard Karwatzki

(A) Meinung, wir sollten den Knoten endlich durchschlagen.

Nach den Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden am 2. Oktober haben in der anschließenden Pressekonferenz alle Teilnehmer, insbesondere die Ländervertreter, von einem Durchbruch gesprochen. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt damit rechnen, daß die dann noch erforderlichen Abstimmungen so langwierig und mühsam sein würden. Ich habe Verständnis für die schwierige Lage der Länder. Angesichts der sehr unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den einzelnen Ländern und der unterschiedlichen Zusammensetzungen der Länderparlamente werden die verschiedenen Aspekte der Altschuldenproblematik unterschiedlich gewichtet. Es ist verständlich, wenn die Suche nach einem fairen, ausgewogenen und für alle Beteiligten vertretbaren **Kompromiß** durch diese Konstellation nicht gerade leichter wird. Nachdrücklich möchte ich aber den Vorwurf zurückweisen, der Bund zwinge den Ländern etwas auf. Wer von einer Zwangsverpflichtung der Länder durch den Bund spricht, macht es sich angesichts der komplizierten Interessenlage zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu einfach.

Wichtiges Ziel einer gesetzlichen Regelung der Altschuldenfrage ist es, langwierige Rechtsstreitigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften zu vermeiden.

In der Diskussion um die Altschuldenfrage wurde bis zuletzt gefordert, die Schulden einfach zu streichen. Leider kann kein Zweifel bestehen, daß es sich (B) um echte Kredite und nicht nur um fiktive Buchungsposten handelt, die durch einen Federstrich gelöscht werden könnten. Wenn es so einfach wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, müßten wir uns keine Gedanken über die Finanzierung der jährlich anfallenden Zinsen und Tilgungsleistungen machen.

Es liegt heute auch ein Antrag zur Abstimmung vor, die **Altschulden in den Erblastentilgungsfonds** zu übertragen und ihre Bedienung ausschließlich dem Bund anzulasten. Dieser Antrag ist nicht zielführend, da damit alte Maximalforderungen wiederholt und die inzwischen erreichten Verhandlungsergebnisse völlig ignoriert werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Natürlich mag man es bedauern, wenn zur Lösung des Altschuldenproblems **Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost** eingesetzt werden. Der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur in den neuen Ländern ist eine wichtige Voraussetzung für einen selbsttragenden Wachstumsprozeß in den neuen Ländern. Die Verwendung der Mittel für diesen Zweck entspricht jedoch dem ausdrücklichen Vorschlag der Ländermehrheit. Von zwei Ländern wird der Einsatz von Mitteln aus dem Investitionsförderungsgesetz nicht mitgetragen. Im Rahmen des finanzverfassungsrechtlich Zulässigen bietet die jetzige Gesetzesformulierung diesen Ländern aber die Wahlmöglichkeit, ihren Beitrag zur Annuität unmittelbar an den Bund zu leisten.

(C) Ich vermag auch die Bedenken nicht zu teilen, die gegen den **Einsatz des Parteivermögens** in diesem Zusammenhang vorgebracht werden. Nach meiner Kenntnis ist dies der Wunsch aller neuen Länder. Dem wollte sich der Bund nicht verschließen.

Es war ein langer Weg von den ersten Gesprächen mit Länder- und Gemeindevertretern über die Altschuldenfrage bis zu der heutigen abschließenden Beratung einer gesetzlichen Lösung hier im Bundestag. Ich bin davon überzeugt, daß wir eine faire, aber auch sachgerechte Regelung gefunden haben.

Die Gesamtlast der Altschulden, zu der nach Auffassung aller Beteiligten auch die Zinseszinsen und die Refinanzierungskosten gehören, wird im Erblastentilgungsfonds innerhalb einer Generation getilgt. Mit der Übernahme der Hälfte der jährlichen Zins- und Tilgungsaufwendungen leistet der Bund seinen Beitrag zu einer **fairen Lastenteilung.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend an alle Länder appellieren, auch ihrerseits Solidarität untereinander zu üben. Wenn das Altschuldenregelungsgesetz endgültig in Kraft getreten ist, kann man sicher davon sprechen, daß damit ein besonders schwieriges Kapitel im Zusammenhang mit der deutschen Einheit abgeschlossen und einer guten Lösung zugeführt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Schlußabstimmung** über (D) den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) bekanntgeben. Die entsprechenden Drucksachen habe ich vorhin vorgelesen; ich muß das nicht wiederholen. Abgegebene Stimmen: 649. Mit Ja haben gestimmt: 336. Mit Nein haben gestimmt: 313. Enthaltungen: keine. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 649;
davon:

ja:	336
nein:	313

Ja

CDU/CSU

Ulrich Adam
Peter Altmaier
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Dietrich Austermann
Heinz-Günter Bargfrede
Franz Peter Basten
Dr. Wolf Bauer
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Friedrich Bohl
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Rudolf Braun (Auerbach)
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Klaus Bühler (Bruchsal)
Hartmut Büttner
(Schönebeck)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Dankward Buwitt
Manfred Carstens (Emstek)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Gertrud Dempwolf
Albert Deß
Renate Diemers
Wilhelm Dietzel
Werner Dörflinger
Hansjürgen Doss
Dr. Alfred Dregger
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Rainer Eppelmann
Heinz Dieter Eßmann
Horst Eylmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Jochen Feilcke
Dr. Karl H. Fell
Ulf Fink
Dirk Fischer (Hamburg)
Leni Fischer (Unna)
Klaus Francke (Hamburg)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Michaela Geiger
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Wilma Glücklich
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Joachim Gres

(B)

Kurt-Dieter Grill
Wolfgang Gröbl
Hermann Gröhe
Claus-Peter Grotz
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Otto Hauser (Esslingen)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Josef Hollerith
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Siegfried Hornung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Peter Jacoby
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Helmut Jawurek
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Michael Jung (Limburg)
Ulrich Junghanns
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Manfred Kanther
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Peter Keller
Eckart von Klaeden
Dr. Bernd Klaußner
Ulrich Klinkert
Dr. Helmut Kohl
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors
Hartmut Koschyk
Manfred Koslowski
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Wolfgang Krause (Dessau)
Andreas Krautscheid
Arnulf Kriedner
Heinz-Jürgen Kronberg
Dr.-Ing. Paul Krüger
Reiner Krziskewitz
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Karl Lamers
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Armin Laschet
Herbert Lattmann
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Werner Lensing
Christian Lenzer
Peter Letzgus
Editha Limbach
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Sigrun Löwisch
Heinrich Lummer
Dr. Michael Luther
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Günter Marten
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Rudolf Meinl
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Rudolf Meyer (Winsen)
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Elmar Müller (Kirchheim)
Engelbert Nelle
Bernd Neumann (Bremen)
Johannes Nitsch
Claudia Nolte
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Gerhard Päselt
Dr. Peter Paziorek
Hans-Wilhelm Pesch
Ulrich Petzold
Anton Pfeifer
Angelika Pfeiffer
Dr. Gero Pfennig
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Dr. Winfried Pinger
Ronald Pofalla
Dr. Hermann Pohler
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Dr. Albert Probst
Dr. Bernd Protzner
Dieter Pützhofen
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Rolf Rau
Helmut Rauber
Peter Rauen
Otto Regenspurger
Christa Reichard (Dresden)
Klaus Dieter Reichardt (Mannheim)
Dr. Bertold Reinartz
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Roland Richter
Roland Richwien
Dr. Norbert Rieder
Dr. Erich Riedl (München)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühe
Dr. Jürgen Rüttgers
Roland Sauer (Stuttgart)
Ortrun Schätzle
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Gerhard Scheu
Norbert Schindler
Dietmar Schlee
Ulrich Schmalz
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Hans-Otto Schmiedeberg
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Michael von Schmude
Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Wolfgang Schulhoff
Dr. Dieter Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Gerhard Schulz (Leipzig)
Frederick Schulze
Diethard Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe

(C)

Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Marion Seib
Wilfried Seibel
Heinz-Georg Seiffert
Rudolf Seiters
Johannes Selle
Bernd Siebert
Jürgen Sikora
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger
Erika Steinbach
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Dr. Gerhard Stoltenberg
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Michael Stübgen
Egon Susset
Dr. Rita Süssmuth
Michael Teiser
Dr. Susanne Tiemann
Dr. Klaus Töpfer
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Gunnar Uldall
Wolfgang Vogt (Düren)
Dr. Horst Waffenschmidt
Dr. Theodor Waigel
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Jürgen Warnke
Kersten Wetzel
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Gert Willner

(D)

Bernd Wilz
Willy Wimmer (Neuss)
Matthias Wissmann
Dr. Fritz Wittmann
Dagmar Wöhrl
Michael Wonneberger
Elke Wülfing
Peter Kurt Würzbach
Cornelia Yzer
Wolfgang Zeitlmann
Benno Zierer
Wolfgang Zöller

F.D.P.

Ina Albowitz
Dr. Gisela Babel
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich
Rainer Funke
Hans-Dietrich Genscher
Dr. Wolfgang Gerhardt
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Burkhard Hirsch
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Detlef Kleinert (Hannover)
Roland Kohn
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Uwe Lühr
Jürgen W. Möllemann
Günther Friedrich Nolting
Dr. Rainer Ortleb
Lisa Peters
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Klaus Röhl
Helmut Schäfer (Mainz)
Cornelia Schmalz-Jacobsen
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Dr. Guido Westerwelle

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Robert Antretter
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr
Doris Barnett
Klaus Barthel
Ingrid Becker-Inglau
Wolfgang Behrendt
Hans Berger
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Rudolf Bindig
Lilo Blunck
Arne Börnsen (Ritterhude)
Anni Brandt-Elsweier
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Peter Conradi
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Dreßen
Rudolf Dreßler
Freimut Duve
Ludwig Eich
Peter Enders
Gernot Erler
Petra Ernstberger
Annette Faße
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Norbert Formanski
Dagmar Freitag
Anke Fuchs (Köln)
Katrin Fuchs (Verl)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Günter Gloser
Uwe Göllner
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Achim Großmann
Karl Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Dr. Liesel Hartenstein
Klaus Hasenfratz
Dr. Ingomar Hauchler
Dieter Heistermann
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Stephan Hilsberg
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Erwin Horn
Eike Hovermann
Lothar Ibrügger
Wolfgang Ilte
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Ernst Kastning
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Konrad Kunick
Christine Kurzhals
Dr. Uwe Küster
Werner Labsch
Brigitte Lange
Detlev von Larcher
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard
Klaus Lohmann (Witten)
Christa Lörcher
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Dorle Marx
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Herbert Meißner
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Doris Odendahl
Günter Oesinghaus
Leyla Onur
Manfred Opel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Dr. Eckhart Pick
Joachim Poß
Rudolf Purps
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Otto Reschke
Bernd Reuter
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Reinhold Robbe
Gerhard Rübenkönig
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Otto Schily
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler
Ottmar Schreiner
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Horst Sielaff
Erika Simm
Johannes Singer
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Dietrich Sperling
Jörg-Otto Spiller
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Dr. Bodo Teichmann
Margitta Terborg
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Dietmar Thieser
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Siegfried Vergin
Günter Verheugen
Ute Vogt (Pforzheim)
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Hans Georg Wagner
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Jochen Welt
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dieter Wiefelspütz
Dr. Wolfgang Wodarg
Hanna Wolf (München)
Heidi Wright
Uta Zapf
Dr. Christoph Zöpel
Peter Zumkley

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gila Altmann (Aurich)
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Amke Dietert-Scheuer
Franziska Eichstädt-Bohlig
Andrea Fischer (Berlin)
Joseph Fischer (Frankfurt)
Rita Grießhaber
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Ulrike Höfken
Michaele Hustedt
Dr. Manuel Kiper
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Helmut Lippelt

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A)

Oswald Metzger
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Egbert Nitsch (Rendsburg)
Cem Özdemir
Gerd Poppe
Simone Probst
Dr. Jürgen Rochlitz
Halo Saibold
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Ursula Schönberger
Waltraud Schoppe
Werner Schulz (Berlin)
Marina Steindor
Christian Sterzing
Manfred Such
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

PDS

Wolfgang Bierstedt
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Ludwig Elm
Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Ruth Fuchs
Dr. Gregor Gysi
Hanns-Peter Hartmann
Dr. Uwe-Jens Heuer
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Gerhard Jüttemann
Rolf Köhne
Rolf Kutzmutz
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Dr. Günther Maleuda
Manfred Müller (Berlin)
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Winfried Wolf
Gerhard Zwerenz

Das Wort hat jetzt der Kollege Manfred Hampel, SPD.

Manfred Hampel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann die Zuversicht von Frau Staatssekretärin Karwatzki leider nicht teilen,

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Das haben wir befürchtet!)

(B)

daß das heutige in zweiter und dritter Lesung zu beratende Gesetz zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen und die infolge dieses Gesetzes zu treffenden Änderungen im Gesetz über den Erblastentilgungsfonds und im Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost Bestand haben werden.

Ich kann mir das aus zwei Gründen nicht vorstellen. Erstens kennen Sie den Standpunkt von Berlin. Wie immer man ihn bewertet: **Berlin** hat angedroht, daß es **Verfassungsbeschwerde** einlegen wird. Ich befürchte, mit dieser Verfassungsbeschwerde wird Berlin recht bekommen. Dann ist das Gesetz nicht mehr gültig und muß neu geregelt werden. Es wäre besser und günstiger gewesen, Sie hätten mit allen Ländern eine einvernehmliche Regelung treffen können, damit dieses Gesetz Bestand hat und damit dieses Problem endlich vom Tisch kommt.

Zweitens. Wir können uns aber auch mit der Art und Weise, in der die Dinge gelöst und geregelt worden sind, nicht einverstanden erklären. Wir werden diese Gesetzentwürfe deshalb ablehnen.

Ich will das für unsere Fraktion kurz begründen. Erstens hat die Bundesregierung durch Untätigkeit die ehemals zu Buche stehenden 4,9 Milliarden DM auf 8,4 Milliarden DM anwachsen lassen. Es hätte schon sehr viel früher eine Lösung dieses Problems erfolgen müssen; dann wäre es um einen wesentlich niedrigeren Betrag gegangen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Zweitens sind in einer Hochzinsphase Zinsen von 9,5 und 10 Prozent genommen worden.

(Otto Schily [SPD]: Hört! Hört!)

Keine Kommune hätte in dieser Hochzinsphase einen Kredit zu diesen Konditionen aufgenommen. Wenn man sich über Regelungen unterhält, sollte man auch sagen: Die Zinsen, die der Bund verschuldet hat, müssen erst mal außen vor bleiben. Über den Rest muß man sich dann noch unterhalten.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Mit der hälftigen Übernahme tragen Sie gerade mal etwas mehr, als Sie durch eigenes Verschulden verursacht haben. 3,5 Milliarden DM haben Sie verursacht, verschuldet.

Weiterhin können wir uns nicht einverstanden erklären, daß zur Tilgung der Schulden im Erblastentilgungsfonds das **Parteienvermögen** mit herangezogen wird. Im Einigungsvertrag ist ausdrücklich festgehalten, daß dieses Parteienvermögen gemeinnützigen und wirtschaftsfördernden Zwecken dienen soll. Ich weiß nicht, inwieweit eine solche Tilgungsleistung gemeinnützig und wirtschaftsfördernd ist.

(Otto Schily [SPD]: Die Regierung kann einfach nicht mit Geld umgehen! – Jürgen Türk [F.D.P.]: Wie würden Sie es denn machen?)

(D)

– Nun wir hatten entsprechende Vorschläge gemacht. Wir hatten gesagt: Das, was der Bund verursacht hat, muß erst mal rausgerechnet werden. Über das andere muß man sich verständigen. Dann wären andere Beträge zu Buche gestanden, die sicher leichter hätten bedient werden können.

Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß die **Mittel des Investitionsförderungsgesetzes** für die Regelung der Altschuldenfrage benutzt werden.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Hampel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Krziskewitz?

Manfred Hampel (SPD): Ja.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Bitte.

Reiner Krziskewitz (CDU/CSU): Herr Kollege, können Sie bestätigen oder negieren, daß die Mittelverwendung aus dem Parteienvermögen einem Kabinettsbeschluß der sachsen-anhaltinischen Landesregierung unter Ministerpräsident Höppner zugrunde liegt?

Manfred Hampel (SPD): Herr Krziskewitz, wir sind das Verfassungsorgan Bundestag. Die Länder haben

Manfred Hampel

(A) das Verfassungsorgan Bundesrat. Wir sind nicht gegenseitig Erfüllungsgehilfe.

(Jürgen Türk [F.D.P.]: Immer so, wie Sie es brauchen! – Zuruf von der CDU/CSU: Das merken wir, alles wird blockiert! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wenn eine Lösung gefunden wurde, dann ist die mehr oder weniger – die Länder sind doch nicht freiwillig dazu bereit gewesen, das Parteienvermögen und IFG-Mittel zu verwenden –, auf Druck des Bundes zustande gekommen. Damit müssen wir doch nicht einverstanden sein.

(Reiner Krziskewitz [CDU/CSU]: Das war nicht meine Frage!)

– Doch, das ist die Antwort auf Ihre Frage gewesen.

Zum anderen ist uns am Mittwoch, als wir über den Gesetzentwurf im federführenden Haushaltsausschuß beraten haben, noch eine Änderungsvorlage vorgelegt worden, die von Mittwoch vormittag stammte. Auf unsere Frage, inwieweit diese Vorlage mit den Ländern abgestimmt sei, konnte Herr Dr. Overhaus nicht präzise antworten. Er hat gesagt, er gehe davon aus. Diese Vorlage sieht ab dem Jahre 2004 vor, daß dann, wenn es bis dahin zu keiner Einigung zwischen Bund und Ländern kommt, eine **automatische Anschlußregelung** in der Form erfolgt, daß die Beträge, die zur Tilgung notwendig sind, einfach von der Einfuhrumsatzsteuer, die den Ländern zusteht, abgezogen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Länder mit einer solchen Lösung einverstanden sind, denn damit wird ein Automatismus ge-

(B) schaffen, der nicht akzeptabel ist.

Meine Damen und Herren, aus den genannten Gründen lehnen wir den vorliegenden Gesetzentwurf ab. Ich hoffe, daß vielleicht im Vermittlungsausschuß – sollte es so weit kommen – noch eine bessere Lösung gefunden wird. Bringen Sie das Einverständnis aller Länder, einschließlich Berlins, zustande; sonst ist das, was Sie heute verabschieden, verlorene Liebesmüh!

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Der Kollege Werner Schulz, der jetzt sprechen sollte, gibt seine Rede zu Protokoll.*) Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist. – Nun hat der Kollege Jürgen Türk das Wort.

Jürgen Türk (F.D.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun sind die neuen Bundesländer endlich ihrer Verantwortung für die Kommunen gerecht geworden und haben sich mit dem Bund auf ein einvernehmliches Verfahren zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen verständigt. – Diese Einleitung hätte ich mir eigentlich gewünscht. Leider aber führen zwei Bundesländer trotz des gefundenen Kompromisses

*) Anlage 2

(C) weiterhin Drohgebärden auf. Diese Situation beweist, wie notwendig der vorliegende Gesetzentwurf war.

Meine Bewertung des Prozedere der Lösungsfindung ist durchwachsen. Positiv bewerte ich, daß wir auf der Grundlage des jetzigen Gesetzentwurfes überhaupt zu einer Lösung kommen.

Ich habe in meiner Rede zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes am 14. November 1996 die sechs **neuen Bundesländer** zu mehr Solidarität aufgefordert. Ich glaube, daß das berechtigt war, denn erst protestierten die Länder lauthals gegen die Ungerechtigkeiten, die den Kommunen durch die kommunalen Altschulden entstehen, aber als es zur Einigung kam, stritten sich plötzlich die neuen Bundesländer untereinander. Die Sorgen der Kommunen interessierten anscheinend überhaupt nicht mehr. Die Bundesregierung legte deshalb einen Gesetzentwurf vor, um das Trauerspiel auf dem Rücken der Kommunen endlich zu beenden. Nach weiteren Verhandlungen haben wir nun – mit kleinen Änderungen – die Beschlußfassung zur Lösung der Altschulden für die gesellschaftlichen Einrichtungen auf dem Tisch.

Schäbig ist das Verhalten von Sachsen und Berlin – das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen –,

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

die sich anscheinend weiterhin gegen eine für alle Seiten vernünftige Lösung sperren und deshalb sogar eine **Verfassungsklage** in Karlsruhe anstreben. Die so lebensnotwendige Entlastung der Kommunen, um die es bei diesem Entwurf geht, wird damit von Berlin und Sachsen weiterhin in Frage gestellt.

(D)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Türk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kolbe?

Jürgen Türk (F.D.P.): Bitte.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Herr Kollege Türk, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß der Freistaat Sachsen keine Verfassungsklage anstrebt? Sind Sie auch bereit, das Wort „schäbig" zurückzunehmen?

Jürgen Türk (F.D.P.): Ich nehme das erste gern zur Kenntnis, aber das Wort „schäbig" nehme ich nicht zurück.

Wie sieht eigentlich die neue Lösung aus? Bund und Länder haben sich darauf verständigt, daß die Bundesregierung die Gesamtschuld in Höhe von 8,4 Milliarden DM in den Erblastentilgungfonds übernimmt und sich beide Seiten die jährliche Zahlung von Tilgung und Zinsen in Höhe von 630 Millionen DM teilen. Zur Finanzierung der 315 Millionen DM der sechs Länder sollen wunschgemäß ab 1998 105 Millionen DM aus dem **Vermögen der DDR-Altparteien** eingesetzt werden, wie das Herr Höppner wollte. Der Rest soll zu gleichen Teilen auf die Länder aufgeteilt werden.

Dagegen wehren sich, wie schon gesagt, Berlin als besonderes Fördergebiet der Bundesrepublik und eben auch der Freistaat Sachsen. Brandenburg,

Jürgen Türk

(A) Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden zur Bedienung der Altschulden auf jährliche Leistungen des Bundes von 34 Millionen DM zur Investitionsförderung verzichten. Auch das wollen Berlin und Sachsen nicht. Darum haben wir in unserem Entwurf festgelegt, daß nun beide Länder ihren Anteil aus dem Haushalt aufbringen müssen.

Für eine **Abschlußregelung ab 2005** soll eine neue Vereinbarung über die Restzahlung auf der Basis der dann gültigen Zahlen der Altlasten getroffen werden. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, soll der Bund auf die Länderanteile an der Einfuhrumsatzsteuer zurückgreifen können. Das ist keine Knebelung der Länder, wie das die SPD-Fraktion sagt, sondern ganz einfach ein vernünftiger Kompromiß. Das sehen auch die neuen Bundesländer so, bis eben auf Berlin und Sachsen, die aus ihrer willkürlichen Begünstigung in DDR-Zeiten jetzt Kapital schlagen wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist schäbig!)

– Das ist schäbig.

Zirka 400 Milliarden DM sind vom Bund bis 1990 zwecks Unterstützung nach Westberlin geflossen, und Ostberlin bekam von Honecker als Geschenk zur 750-Jahr-Feier die kommunalen Altschulden erlassen. Das war also ein reiner Gnaden- und Willkürakt. Zum großen Teil wurden auch die sächsischen Städte Chemnitz und Dresden entschuldet. Jetzt aus der Finanznot eine Untugend zu machen ist nicht nur unsolidarisch, sondern eben schäbig.

(B) Die F.D.P.-Fraktion wird der nun gefundenen Regelung zur Frage der kommunalen Altschulden zustimmen, weil ein weiteres Abwarten nicht nur teuer, sondern auch verantwortungslos ist. Wir haben für dieses Spielchen auf Kosten der Kommunen kein Verständnis mehr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut! Das war deutlich!)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Dr. Uwe-Jens Rössel, PDS.

Dr. Uwe-Jens Rössel (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie, verehrte Koalitionäre, eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, daß der CDU/SPD-Senat von Berlin mit seiner Position recht haben könnte, wonach der vorliegende Gesetzentwurf zur leidigen Altschuldenfrage verfassungswidrig ist, ein Gesetzentwurf, den pikanterweise auch noch Herr Buwitt, ein Berliner CDU-Abgeordneter aus Neukölln, vor dem federführenden Haushaltsausschuß begründen mußte?

Es ist doch so, daß das Land **Berlin** diesen Gesetzentwurf ablehnt, weil entsprechend den verfassungsrechtlichen Grundsätzen für eine freiwillige – ich betone, eine freiwillige – Übernahme von Zins- und Tilgungsverpflichtungen ein einstimmiger Beschluß der (C) betroffenen Länder notwendig gewesen wäre. Diesen Beschluß aber gibt es nicht.

Meinen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, wirklich, daß Sie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf der dauerhaften Lösung der Altschuldenfrage nähergekommen sind? Das Gegenteil wird wohl der Fall sein. Die Unruhe wird bleiben, und die Leidtragenden werden die ostdeutschen Gemeinden, werden die Menschen im Osten überhaupt sein. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der PDS)

Unverständlich bleibt für die PDS auch die Position der **Landesregierungen** von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt, die dem Gesetzentwurf in weiten Teilen zustimmen. Ihnen ist mit Blick auf ihre Gemeinden offensichtlich wieder einmal das Hemd näher als der Rock.

Die PDS lehnt jedenfalls diesen Gesetzentwurf der Koalition als Mogelpackung mit möglichem verfassungswidrigen Inhalt ab. Sie hat deshalb auch einen eigenen Änderungsvorschlag eingebracht, der vom Gesetzentwurf der Koalition genau einen Punkt übrigläßt, und zwar die Einstellung der sogenannten kommunalen **Altschulden** in den **Erblastentilgungsfonds** des Bundes. Diesem Vorschlag, den die PDS vor einem Jahr als erste Gruppe bzw. Fraktion im Bundestag überhaupt unterbreitet hat, stimmen wir natürlich zu.

(D) Alles andere jedoch soll aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden. Das betrifft vor allem die im Grundsatz hälftige **Beteiligung der ostdeutschen Länder und Berlins** an der Refinanzierung des Erblastentilgungsfonds. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund, und es kommt hinzu, daß sich die ostdeutschen Länder zumindest einen Teil dieser Aufwendungen von ihren Gemeinden wieder zurückholen würden. Dann säßen die Kommunen wieder mit im Altschuldenboot, eine obskure Vorstellung.

Schließlich sollen sogar noch Teile des **Vermögens der Altparteien der DDR** für die Refinanzierung des Erblastentilgungsfonds verwendet werden. Das ist eine Zweckentfremdung dieser Mittel, die laut Einigungsvertrag für gemeinnützige Zwecke, namentlich für den Aufbau in Ostdeutschland, zu verwenden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, und lehnen Sie damit die Vorstellungen der Regierungskoalition ab. Nur so können die Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger dauerhaft von den sogenannten Altschulden befreit werden.

Ich danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Arnulf Kriedner, CDU/CSU.

(A)

Arnulf Kriedner (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

> Eine Lösung ist jetzt in greifbare Nähe gerückt, mit der alle Seiten leben können: Der Bund auf der einen und die ostdeutschen Länder und Kommunen auf der anderen Seite teilen sich jeweils zur Hälfte die Altschulden in Höhe von 8,73 Milliarden DM.

Dieses Zitat stammt von einem Ihrer Kollegen, nämlich vom Kollegen Schwanitz, und zwar vom Dezember 1995. Ich staune wirklich – ich muß das einmal sagen, Herr Kollege Hampel –, und man hat es ja auch Ihrer Miene angesehen, wie schwer es Ihnen angesichts unserer sachlichen Zusammenarbeit gefallen ist, daß Sie dieses Trauerspiel, das zum Teil auch von den Ländern begonnen worden ist, jetzt nicht beenden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Bund hat in dieser Sache Stück für Stück nachgegeben, und er hat das nicht getan, weil ihm das leichtgefallen ist. Vielmehr hat er es deshalb getan, weil es im letzten darum geht, Lasten von den **Kommunen** zu nehmen. Wer dabei die Länder, unsere neuen Bundesländer, außen vor läßt, der ist doch völlig auf dem falschen Dampfer. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß die für die Kommunen zuständigen Regelungsinstanzen – das sind nun einmal die Länder – hier völlig außen vor gelassen werden. Wir sind uns alle darüber einig, daß sich die kommunalen Altschulden in bezug darauf, wie sie entstanden und wo sie einmal gestrichen worden sind, zufällig ergeben haben.

(B)

Deshalb muß ich sagen, Kollege Türk: Ich bedauere mit Ihnen, daß es keine Solidarität unter allen Bundesländern im Osten gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich appelliere auch an das Bundesland **Berlin** – ich habe riesengroßes Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten, die dieses Land auf Grund der Wiedervereinigung hat –, das Verfassungsgericht aus dem Spiel zu lassen und seinen Anteil zu tragen. Auch das gehört zur deutschen Wiedervereinigung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es würde uns allen leichter fallen, über Berliner Fragen in einer anderen Art und Weise zu reden, wenn in dieser Sache die nötige **Solidarität** gezeigt würde.

Herr Kollege Hampel, Sie haben von einer hälftigen Übernahme gesprochen. Ich habe den Eindruck, man kann es der SPD einfach nicht recht machen. Sie satteln bei jedem einmal erzielten Ergebnis erneut drauf. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, daß der Ministerpräsident Ihres Bundeslandes und der Ministerpräsident von Thüringen mit dem Bundesfinanzminister zusammengesessen und sich auf die heute zur Abstimmung stehende Lösung geeinigt haben. Ich staune, daß Sie das außer acht lassen.

(Zuruf von der F.D.P.: Das ist die vorgegebene Linie!)

(C)

Ich muß Ihnen sagen: Dies kann nicht der Weg sein, den wir gemeinsam gehen, wenn wir dieses traurige Kapitel endlich abschließen wollen.

Ich fordere Sie nach den vielen Diskussionen, die wir hatten, noch einmal auf – ich habe das im Haushaltsausschuß schon in aller Ruhe und Besonnenheit getan –: Machen Sie endlich damit Schluß! Betreiben Sie nicht auch noch hier eine Blockadepolitik, da es um die neuen Länder geht! Es sind in diesem Land schon genügend Blockaden bei finanziellen Maßnahmen aufgerichtet worden. Ich appelliere an Sie: Geben Sie diese Blockade auf und stimmen Sie dieser sehr vernünftigen und allen Ländern und insbesondere den Kommunen gerecht werdenden Lösung zu!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. eingebrachten Gesetzentwurf zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen, zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes und zur Änderung des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost; das sind die Drucksachen 13/6088 und 13/6336.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6340 vor. Darüber stimmen wir zuerst ab.

Wer stimmt für den Änderungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen abgelehnt.

(D)

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der CDU/CSU und einer aus den Reihen der SPD angenommen.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Bei den Bündnisgrünen ist eine ganze Reihe leer!)

– Jeder hat einmal einen Parteitag, und da bitte ich um Nachsicht.

Dritte Beratung

und Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie in der zweiten Beratung angenommen.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 4. Dezember 1996, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.12 Uhr)



(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Dr. Eid, Uschi	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29. 11. 96
Frick, Gisela	F.D.P.	29. 11. 96
Gysi, Andrea	PDS	29. 11. 96
Dr. Haussmann, Helmut	F.D.P.	29. 11. 96
Dr. Knake-Werner, Heidi	PDS	29. 11. 96
Krüger, Thomas	SPD	29. 11. 96
Dr. Graf Lambsdorff, Otto	F.D.P.	29. 11. 96
Lehn, Waltraud	SPD	29. 11. 96
Lemke, Steffi	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29. 11. 96
Rupprecht, Marlene	SPD	29. 11. 96
Dr. Schäfer, Hansjörg	SPD	29. 11. 96
Scherhag, Karl-Heinz	CDU/CSU	29. 11. 96
Schumann, Ilse	SPD	29. 11. 96
Tippach, Steffen	PDS	29. 11. 96
Tröger, Gottfried	CDU/CSU	29. 11. 96
Wallow, Hans	SPD	29. 11. 96
Wieczorek (Duisburg), Helmut	SPD	29. 11. 96
Wittich, Berthold	SPD	29. 11. 96
Wohlleben, Verena	SPD	29. 11. 96

(B)

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede zu Zusatztagesordnungspunkt 2 (Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen, zur Änderung des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes und zur Änderung des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost)

Werner Schulz *(Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Die Übernahme der Altschulden in die Rechtsverhältnisse der Bundesrepublik ist von der juristischen Grundlage her überaus fragwürdig. Namhafte Rechtswissenschaftler vertreten die Auffassung, daß die sogenannten DDR-Altschulden willkürlich zustande gekommen sind, daß ihre Übertragung in die Bundesrepublik rechtlich nicht begründbar war und ist und daß daher die Forderungen der Gläubigerbanken substanzlos sind. Zu diesem Ergebnis ist Professor Harms in einem Gutachten für den Deutschen Städtetag gekommen.

Der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern sagt in seinem Gutachten hierzu das gleiche. Ich zitiere die Schlußfolgerung: „Hieraus folgt, daß den Kommunen hinsichtlich der Finanzierung der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Einrichtungen keine Verbindlichkeiten entstanden sind." Klarer geht es nicht.

Meine Damen und Herren, sie wissen oder Sie könnten zumindest wissen, daß im Gegensatz zu Westdeutschland die ostdeutschen Kommunen zu DDR-Zeiten über keine nennenswerten eigenen Einnahmen verfügten. Die meisten Ausgaben von Städten, Gemeinden und Kreisen wurden aus dem zentralen Staatshaushalt der DDR bestritten. Auch die Entscheidungen über den Bau „gesellschaftlicher Einrichtungen" – das ist ein Sammelbegriff, der Kulturhäuser bis hin zu Luftschutzbunkern erfaßt –, wurden zentral getroffen und durch entsprechende Zuweisungen finanziert.

Nur im Zeitraum Anfang der 70er bis Mitte der 80er Jahre erfolgte die Finanzierung dieser Einrichtungen größtenteils über Kredite. Es entstanden damit auf dem Papier Verbindlichkeiten gegenüber der Staatsbank der DDR. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion wurden diese Verbindlichkeiten der DDR als Kreditverpflichtungen der Kommunen im Verhältnis 2:1 in die bundesrepublikanische Ordnung übertragen. Die Kommunen hatten zu keinem Zeitpunkt die freie Entscheidung über die Investitionen in diese Einrichtungen. Die Verteilung der Altschulden auf die Kommunen in neuen Ländern ist von Zufälligkeiten und Willkürlichkeiten geprägt. Daher ist im Ergebnis die Belastung der Kommunen extrem unterschiedlich. Die Zuordnung von Vermögenswerten zu den Altschulden ist in vielen Fällen äußerst zweifelhaft und ungeklärt, häufig sind die Einrichtungen in einem desolaten Zustand oder gar nicht mehr vorhanden.

(D)

Die Belastungen mit Altschulden hat zu einer teilweise erheblichen Einschränkung der Handlungsspielräume der betroffenen Körperschaften geführt. Die Altschulden haben damit den Aufbau in den neuen Ländern nachhaltig behindert. Sollten die Kommunen genötigt werden, die Altschulden in der einen oder anderen Weise zu bedienen, wird dadurch ihre Investitionsfähigkeit und also ihre Fähigkeit, Anstöße zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu geben, stark eingeschränkt.

Der Gesetzentwurf, der heute hier zur Beratung vorliegt, soll einen Rechtsstreit vermeiden helfen. So weit, so gut. In der Sache ist er jedoch nicht gerechtfertigt. Zwar hat der Bund immerhin auf die Hälfte der Forderungen verzichtet, zwar sind die ostdeutschen Kommunen von der direkten Schuldenlast befreit, aber zumindest der Länderanteil wird zu einem wesentlichen Teil auf Kosten anderer Aufbau-Ost-Mittel finanziert. Es geht zu Lasten von Mitteln, die die Länder nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost erhalten, und zu Lasten der Förderung kultureller und gemeinnütziger Aufgaben mit Mitteln des DDR-Parteivermögens. Und schließlich werden die Kommunen indirekt über die Länder letztendlich

(A) ebenfalls zur Kasse gebeten für Schulden, die sie nie gemacht haben.

Nun könnte man sagen, mit dem nun vorliegenden Gesetz sei vielleicht nicht der große Wurf gelungen, aber immerhin, die Kommunen seien die Schuldenlast los, und der Rechtsfrieden sei wiederhergestellt. So ist es aber offenbar nicht. Noch vor zwei Tagen hat der Haushaltsausschuß mit heißer Nadel Änderungswünsche des thüringischen Ministerpräsidenten eingearbeitet. Doch die teilweise grundsätzlichen und teilweise interessenbedingten Einwände Berlins sind offenbar nicht ausgeräumt und lassen sich auch nicht ohne weiteres vom Tisch wischen.

Machen wir uns also darauf gefaßt, daß der leidige Dauerstreit um die kommunalen Altschulden auch mit dem heutigen Tag nicht zu einem einvernehmlichen Abschluß kommt, sondern demnächst im Bundesrat oder vor Gericht seine Fortsetzung findet.

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen

Die Abgeordneten Vera Lengsfeld, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Waltraud Schoppe und Helmut Wilhlem (Amberg) haben ihre Unterschrift zu dem Antrag **Kaschmir-Konflikt, Drucksache 13/5273** zurückgezogen. Damit ist das gemäß § 76 Abs. 1 der Geschäftsordnung erforderliche Quorum nicht mehr gegeben. (C)

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

Auswärtiger Ausschuß

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1995

  - Drucksachen 13/3827, 13/4401 Nr. 1 -

Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- Unterichtung durch die Bundesregierung

  Bericht der Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Stärkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Europäischen Parlaments

  - Drucksachen 13/4212, 13/4588 Nr. 1 -

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

  56. Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union
  (Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 1995)

  - Drucksachen 13/4176, 13/4401 Nr. 6 -

(B) (D)



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0720-7980